

LUDWIG-MAXIMILIAN-UNIVERSITÄT MÜNCHEN
SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT
GESCHWISTER-SCHOLL-INSTITUT FÜR POLITISCHE
WISSENSCHAFT

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines
Magister Artium (M.A.)

Liberaler Demokratie – Ein regionales Phänomen?
Der Aufstieg von nicht-demokratischen Regierungssystemen durch den
Einfluss von regionaler Wirtschaftsintegration

Erstgutachter: Prof. Dr. Christopher Daase, vertreten durch
Prof. Dr. Dieter Kerwer
Zweitgutachter: N.N.

Vorgelegt am: 31.03.2009

Vorgelegt von:

Marlene Kammerer

Raintaler Straße 16

81539 München

Tel: 089-38537078

marlene.kammerer@hotmail.de

Matrikelnummer: 48302362

Inhaltsverzeichnis:

ABBILDUNGSVERZEICHNIS	II
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	II
I. EINLEITUNG	1
1.1 <i>Quo vadis liberale Demokratie?</i>	1
1.2 <i>Demokratie – was ist das?</i>	4
1.4 <i>Erläuterung der zentralen Fragestellung</i>	10
1.5 <i>Vorgehensweise in der Arbeit</i>	11
II. THEORETISCHE GRUNDLAGEN	14
2. FORSCHUNGSSTAND	14
2.1 <i>Demokratisierungsforschung</i>	14
2.2 <i>Regionalismusforschung</i>	17
3. DAS „PUZZLE“	23
4. DAS THEORETISCHE KONZEPT	28
4.1 <i>Auf der Suche nach einer passenden Theorie</i>	28
4.1.1 <i>Der Hirschmansche Ansatz</i>	31
4.1.2 <i>Die Neuaufarbeitung</i>	33
4.2 <i>Anwendung der Theorie auf die Fragestellung</i>	33
III. EMPIRISCHE ANALYSE	42
5. METHODISCHE GRUNDLAGEN	42
5.1 <i>Auswahl der Methode und der Fallstudien</i>	42
5.2 <i>Bertelsmann Transformation Index</i>	44
5.3 <i>Freedom House</i>	45
6. LIBERALE DEMOKRATIE – EIN REGIONALES PHÄNOMEN?	48
6.1 <i>Auswertung der Indizes</i>	48
6.2 <i>Ergebnis der Auswertung</i>	53
7. REGIONALE INTEGRATION UND DEMOKRATIE	56
7.1 <i>ASEAN</i>	56
7.1.1 <i>Integrationsprozess der ASEAN</i>	58
7.1.2 <i>Das Prinzip der Nichteinmischung</i>	67
7.1.3 <i>Die „Asian Values“ und die „asiatische Demokratie“</i>	69
7.1.4 <i>Demokratie in der ASEAN</i>	72
7.1.5 <i>Fazit zur ASEAN</i>	79
7.2 <i>MERCOSUR / MERCOSUL</i>	83
7.2.1 <i>Integrationsprozess des MERCOSUR</i>	84
7.2.2 <i>Entwicklung des intraregionalen Handels</i>	88
7.2.3 <i>Argentinienkrise</i>	89
7.2.4 <i>Der ALCA-Prozess und die Bank des Südens</i>	93
7.2.5 <i>Demokratie im MERCOSUR</i>	96
7.2.6 <i>Fazit zum MERCOSUR</i>	103
7.3 <i>Auswertung der Fallstudienanalyse</i>	105
IV. AUSBLICK	108
LITERATURVERZEICHNIS	112
ANHANG	123
ANHANG I: KRITERIENKATALOG UND EINZELFRAGEN DES BERTELSMANN TRANSFORMATION INDEX	123
ANHANG II: FREEDOM HOUSE.....	129
LEBENS LAUF	132
EIGENSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG	134

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dimensionen, Teilregime und Kriterien der rechtstaatlichen Demokratie.	5
Abbildung 2: Typen defekter Demokratie.....	6
Abbildung 3: Einstufung der neuen EU-Mitgliedsstaaten nach Freedom House und BTI	25
Abbildung 4: Bewertung der politischen und bürgerlichen Freiheit in der ASEAN.....	26
Abbildung 5: Stimmanteile IWF im regionalen Vergleich	36
Abbildung 6: Ratings Freedom House	46
Abbildung 7: Demokratie weltweit	54
Abbildung 8: Karte der ASEAN.....	57
Abbildung 9: Entwicklung des intraregionalen Handels der ASEAN	62
Abbildung 10: Entwicklung von politischer und bürgerlicher Freiheit in der ASEAN-6	77
Abbildung 11: Status Demokratie und Marktwirtschaft in der ASEAN.....	80
Abbildung 12: Karte des MERCOSUR.....	83
Abbildung 13: Entwicklung des intraregionalen Handels seit 1990	89
Abbildung 14: Einkommensverteilung im MERCOSUR	102
Abbildung 15: Status Demokratie und Marktwirtschaft im MERCOSUR	104

Abkürzungsverzeichnis

AEC	ASEAN Economic Community
AFTA	ASEAN Free Trade Area
ALBA	Alternativa Bolivariana par las Américas
ALADI	Asociación Latinoamericana de Integración
ALALC	Asociación Latinoamericana de Libre Comercio
ALCA	Área de Libre Comercio de las Américas
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASC	ASEAN Security Community
ASCC	ASEAN Socio-Cultural Community
BTI	Bertelsmann Transformation Index
EG	Europäische Gemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EU	Europäische Union
FTAA	Free Trade Area of the Americas
IWF	Internationaler Währungsfond
MERCOSUR	Mercado Común del Sur (Gemeinsamer Markt des Südens)
MMC	Millennium Challenge Corporation
MMA	Millennium Challenge Account
NAFTA	North American Free Trade Agreement
PICAB	Programa de Integración Argentina-Brasil
PTA	Preferential Trading Arrangement
TIDC	Tratado de Integración, Coperación y Desarrollo Argentina y Brasil
UNASUR	Unión de Naciones del Sur
UNO	United Nations Organization
WTO	World Trade Organization
ZOPFAN	Zone of Peace, Freedom and Neutrality Declaration

I. Einleitung

1.1 Quo vadis liberale Demokratie?

Mit dem Ende des Ost-West Konfliktes stellte sich - unter anderem- die Frage, wie es mit der weltweiten Entwicklung der Demokratie weitergehen würde. Besonders exemplarisch für diese Debatte ist die Auseinandersetzung der beiden Politologen Francis Fukuyama und Samuel P. Huntington mit diesem Thema.

In Fukuyamas 1992 erschienenen Buch mit dem Titel „Das Ende der Geschichte“¹, erkennt er in der liberalen Demokratie die endgültige Herrschaftsform der Menschheit. Auch wenn sie in der Praxis durchaus Mängel aufweist, ist „(...) das *Ideal* der liberalen Demokratie (...) nicht verbesserungsbedürftig“.² Liberale Demokratie beinhaltet neben fairen und freien Wahlen auch die Existenz eines funktionierenden Rechtsstaates, der den Schutz von individuellen Grundrechten garantiert und gewaltenteilig organisiert ist. Unter Geschichte versteht Fukuyama einen „einzigartigen, kohärenten evolutionären Prozess“³ und meint somit nicht das Ende jeglicher Ereignisse, sondern das Ende der menschlichen ideologischen Entwicklung. Ursächlich dafür ist der naturwissenschaftliche und technologische Fortschritt. Dieser führt dazu, dass Gesellschaften immer stärker zueinander konvergieren, da aufgrund von Modernisierungs- und Liberalisierungsdruck ähnliche Kräfte wirken. Da diese Prozesse für alle Gesellschaften gleichermaßen (unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund) gelten, glaubt Fukuyama an die Existenz einer Universalgeschichte der Menschheit. Einschränkend fügt er allerdings hinzu, dass Liberalismus und Demokratie zwar zusammenpassen - und vielleicht auch zusammengehören - aber trotz allem unterschiedliche Konzepte sind. Wirtschaftlicher Liberalismus und Fortschritt heißt somit nicht automatisch Demokratie, sondern „ein technologisch fortgeschrittener Kapitalismus [kann auch] mit politischem Autoritarismus Hand in Hand“⁴ gehen. Allerdings ist die Anzahl der Möglichkeiten, wie sich ein Land entwickeln kann, das heißt wie es wirtschaftlich und politisch verfasst sein kann, geringer geworden. Vor allem seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks Ende der 1980er Jahre ist die liberale Demokratie aus der Sicht Fukuyamas auf dem Siegeszug.

¹ Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte, München, 1992 (Titel der Originalausgabe: The End of History. Originalverlag: The Free Press, New York.) Die grundlegenden Gedanken zu diesem Buch veröffentlichte Fukuyama bereits 1989 in einem gleichnamigen Artikel in der amerikanischen Fachzeitschrift *The National Interest*.

² Fukuyama: Das Ende der Geschichte, 1992, S. 11 (Hervorhebung im Original)

³ ebd., S. 12

⁴ ebd., S. 16

Weniger optimistisch sieht Samuel P. Huntington die Zukunft der liberalen Demokratie. Huntington ist Vertreter der gemäßigten „Kulturhypothese“⁵ und glaubt deshalb, dass verschiedene Kulturen unterschiedlich gut kompatibel mit liberaler Demokratie sind. Er teilt die Welt in acht hauptsächliche Kulturkreise ein und beurteilt deren Verträglichkeit mit Demokratie in absteigender Reihenfolge: der westliche, der lateinamerikanische, der japanische, der slawisch-orthodoxe, der hinduistische, der afrikanische, der konfuzianische und der islamische. Die islamische und die konfuzianische Kultur bewertet Huntington als besonders demokratiefeindlich und mit liberaler Demokratie nicht zu vereinbaren.⁶

Im Gegensatz zu Fukuyamas Annahmen führen technologische und wirtschaftliche Modernisierungsprozesse in Gesellschaften für Huntington nicht zu einer universalen Kultur oder zur Verwestlichung: „In den Anfangsphasen des Wandels fördert (...) Verwestlichung die Modernisierung. In den späteren Phasen hingegen fördert Modernisierung die Entwestlichung und das Wiederaufleben der einheimischen Kultur (...).“⁷ Für Huntington ist es in erster Linie die Kultur, die die Entwicklung eines Landes beeinflusst, nicht der wirtschaftliche und technologische Fortschritt. Modernisierung stärkt nichtwestliche Gesellschaften unter anderem *aufgrund* wachsenden wirtschaftlichen Wohlstands. Es wird modernisiert, *ohne* dabei die eigene Kultur aufzugeben. Durch das Erstarken nichtwestlicher Gesellschaften verschiebt sich das Mächtegleichgewicht zwischen den Kulturkreisen und der „Westen“⁸ verliert relativ gesehen an Einfluss. Die Welt wird zwar moderner, dabei aber nicht westlicher. Die Machtverschiebung zwischen den Kulturkreisen führt zu Erneuerung und Steigerung des kulturellen Selbstbewusstseins der nichtwestlichen Gesellschaften und zur wachsenden Ablehnung der westlichen Kultur.⁹ In dem Maße, wie die Macht des Westens schwindet, verringert sich auch das Vermögen, anderen Kulturen westliche Vorstellungen von Menschenrechten, Liberalismus und Demokratie aufzuzwingen. Gleichzeitig schwindet durch den Machtverfall aber auch die Attraktivität der westlichen Werte für andere Kulturen. Eine weltweite Ausbreitung von liberaler Demokratie schließt Huntington damit aus. Die westliche Kultur ist für ihn einzigartig und schützenswert, aber nicht universell.

⁵ Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen, 1999, S. 96f

⁶ Vgl. Huntington, Samuel P.: The Clash of civilizations?, in: Foreign Affairs, 72/3 (1993), S. 22-49; Huntington, Samuel P.: Democracy's Third Wave, in: Journal of Democracy 2/2 (1991), S. 12-34

⁷ Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, 2002, S. 109

⁸ Die Region des „Westens“ wird später noch genauer definiert. Grundlegend ist in dieser Arbeit damit gemeint: Nordamerika, die EU einschließlich ihrer neuen Mitgliedsstaaten, Australien und Neuseeland.

⁹ Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen, 2002, S. 117f

Zusammenfassend lassen sich in der Debatte zwei zentrale Unterschiede ausmachen: Fukuyama glaubt an die weltweite und stetige Ausbreitung der liberalen Demokratie. Huntington sieht sie auf einige mit ihr kompatible Kulturkreise beschränkt, allen voran den Westen. Technologische und wirtschaftliche Modernisierungsprozesse sind für Fukuyama der Motor der weltweiten Etablierung von liberaler Demokratie, für Huntington sind es genau diese, die nichtwestliche Gesellschaften in ihrer eigenen Kultur bestärken und das westlich-liberale Entwicklungsmodell zurückdrängen. Wer hat also Recht?

Samuel P. Huntington selbst war es, der 1991 erstmals von einer „dritten Demokratisierungswelle“¹⁰ (1974-1995) sprach, welche ausgehend von Europa im Laufe der Zeit auch Asien, Lateinamerika und Afrika erreichte.¹¹ Im Laufe dieser Demokratisierungswelle stiegen die Anzahl und der Anteil der Staaten mit einem demokratisch verfassten System tatsächlich stark an. 1974 waren lediglich 39 von 145 Staaten demokratisch verfasst (26,9 %). Im Jahr 2008 waren es dagegen bereits 121 von 193 Staaten (62,7%).¹² Der Anteil der Demokratien an der Gesamtzahl aller Staaten ist somit um 35,8% gestiegen. Obwohl diese Zahlen zunächst Anlass zur Freude geben, muss man im Auge behalten, dass es sich bei vielen der neu entstanden Demokratien nicht um voll entwickelte Demokratien handelt. Sie sind teilweise noch sehr weit vom Idealtypus der liberalen Demokratie entfernt. Im Zusammenhang mit der Debatte um die Zukunft der liberalen Demokratie und angesichts der eher ernüchternden Ergebnisse der dritten Demokratisierungswelle leitet sich bereits eine erste interessante Frage ab: Hatte Huntington doch Recht? *Ist liberale Demokratie wirklich nur ein regionales Phänomen?*

¹⁰ Vgl. Huntington, Samuel P.: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman and London, 1991, S. 15

¹¹ Eine *Demokratisierungswelle* definiert Huntington als eine Anzahl von Transitionen nichtdemokratischer Regimes zu demokratischen Regimes, innerhalb einer spezifischen Zeitperiode, die deutlich größer ist als die Anzahl von Transitionen in die umgekehrte Richtung. Nach Huntington gibt es *drei Demokratisierungswellen*. Die erste trat in dem langen Zeitraum von 1820-1926 auf. Sie war allem durch die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts auf einen Großteil der Bevölkerung gekennzeichnet. Mit der Machtübernahme Mussolinis in Italien im Jahr 1922 beginnt die erste „reverse wave“, die erst mit dem Triumph der Alliierten in eine zweite Demokratisierungswelle umschlug. Doch bereits 1962 erreichte diese ihren Zenit und wurde abgelöst durch einen weiteren rückläufigen Trend. Die dritte Welle der Demokratisierung begann im Frühling 1974 mit dem Zusammenbruch der portugiesischen Diktatur. Von Südeuropa aus breitete sie sich in den späten 1970er Jahren auf Südamerika aus und erreichte in den frühen 1980er Jahren Ost-, Südost- und Südasiens. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus kam es Anfang der 1990er Jahre auch in Osteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu verstärkter Demokratisierung. Schließlich errichtete der Trend zur Demokratie Ende der 1990er auch den afrikanischen Kontinent.

¹² Vgl. Freedom House: *Freedom in the World 2008: Electoral Democracies*. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=411&year=2008> [Stand: 07.01.2009]; Diamond, Larry: *Developing Democracy: Toward Consolidation*, Baltimore und London, 1999, S. 25

1.2 Demokratie – was ist das?

Freedom House führt eine jährliche komparative Studie über die Verwirklichung von politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten in den Staaten weltweit durch. In ihr wird ein Staat bereits dann als demokratisch eingestuft, wenn er den Minimalkriterien einer Demokratie entspricht. Die Definition dieser *elektoralen Demokratien*¹³ steht in der Tradition von Joseph A. Schumpeter und Robert Dahl. Damit ist ein System demokratisch, wenn die mächtigsten politischen Entscheidungsträger durch faire, ehrliche und periodisch stattfindende Wahlen bestimmt werden, in welchen die Kandidaten einen fairen Wettbewerb austragen und jede erwachsene Person das aktive und passive Wahlrecht besitzt. Demokratie hat nach dieser Definition zwei Dimensionen: *Wettbewerb* und *Partizipation*. Damit diese Wahlen auch sinnvoll ausgetragen werden können, schließt diese Definition gewisse bürgerliche und politische Grundfreiheiten, wie Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, mit ein.¹⁴ Die Qualität der elektoralen Demokratien schwankt allerdings beträchtlich. Huntington stellt in diesem Zusammenhang fest:

„Elections, open, free and fair, are the essence of democracy, the inescapable sine qua non. Governments produced by elections may be inefficient, corrupt, shortsighted, irresponsible, dominated by special interest, and incapable of adopting policies demanded by the public good. These qualities may make such governments undesirable but they do not make them undemocratic.“¹⁵

Es ist also wichtig innerhalb des Spektrums der elektoralen Demokratien Unterscheidungen zu treffen und eine anspruchsvollere Definition von Demokratie zu finden, die mehr als nur die vertikale Dimension des demokratischen Wahlregimes umfasst.¹⁶ Es gibt mehrere Bezeichnungen für diesen anspruchsvolleren Demokratiebegriff, darunter zum Beispiel rechtstaatliche Demokratie, konstitutioneller Liberalismus oder liberale Demokratie. Gemeint ist aber im Großen und Ganzen das Selbe und zusätzlich zu den Kriterien der elektoralen Demokratie umfasst der Begriff folgende Punkte: Die Gewährleistung eines liberalen Rechtsstaates erfolgt durch den Schutz bürgerlicher Freiheits-

¹³Vgl. Diamond: *Developing Democracy*, 1999, S. 8ff;

Freedom House: *Freedom in the World 2008*. Methodology, S. 4ff. Online in Internet: URL: http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=341&year=2008 [Stand: 09.01.2009]

¹⁴ Vgl. Schumpeter, Joseph A.: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern, 1950, S. 427f;

Dahl, Robert A.: *Polyarchy, Participation and Opposition*, New Haven and London, 1971, S. 1-16.

Schumpeter sieht Demokratie als „politische Methode“ und definiert: „die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben.“ Die beiden Dimensionen „Partizipation“ und „Wettbewerb“ wurden von Dahl formuliert.

¹⁵ Huntington: *The Third Wave*, 1991, S. 9f

¹⁶ Vgl. Merkel, Wolfgang: *Demokratie in Asien. Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie*, Bonn, 2003, S. 18f

rechte (individuelle Schutzrechte gegenüber staatlichen und privaten Akteuren, Justizrechte und Gleichbehandlung vor dem Gesetz, Schutz von Privateigentum, Religionsfreiheit und Minderheitenschutz) und horizontaler Gewaltenteilung. Die gewählten Mandatsträger müssen effektive Regierungsgewalt haben und für nicht gewählte Mandatsträger, wie zum Beispiel das Militär, darf es keinen Zugang zur Macht geben.¹⁷ Ausgehend von den Minimalkriterien, die ein Staat erfüllen muss, um demokratisch verfasst zu sein, entwickelt diese Herangehensweise die liberale Demokratie somit als Idealtypus.

Umgekehrt funktioniert das Konzept der „embedded democracy“¹⁸. Ausgehend von einem komplexen Demokratiebegriff werden dabei Defekte analysiert. Somit wird unter dem Begriff *Demokratie* immer eine intakte und damit rechtsstaatliche, respektive liberale Demokratie verstanden. Diese umfasst drei Dimensionen, fünf Teilregime und zehn Kriterien, die im Wesentlichen mit den Punkten der oben genannten Definition übereinstimmen. In Abbildung 1 ist dies systematisch dargestellt:

Abbildung 1: Dimensionen, Teilregime und Kriterien der rechtsstaatlichen Demokratie

I.	Vertikale Dimension der Herrschaftslegitimation und -kontrolle
A.	Wahlregime
	(1) Aktives Wahlrecht
	(2) Passives Wahlrecht
	(3) Freie und faire Wahlen
	(4) Gewählte Mandatsträger
B.	Politische Partizipationsrechte
	(5) Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit
	(6) Assoziationsfreiheit
II.	Dimension des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates
C.	Bürgerliche Freiheitsrechte
	(7) Individuelle Schutzrechte gegen staatliche und private Akteure
	(8) Justizrechte und Gleichbehandlung vor dem Gesetz
D.	Horizontale Verantwortlichkeit
	(9) Horizontale Verantwortlichkeit (Gewaltenteilung)
III.	Dimension der Agendakontrolle
E.	Effektive Regierungsgewalt
	(10) Gewählte Mandatsträger mit realer Gestaltungsmacht

Quelle: Merkel, Wolfgang: Demokratie in Asien, 2003, S. 22

¹⁷ Vgl. Merkel: Demokratie in Asien, 2003, S. 18; Zakaria, Fared: The Rise of Illiberal Democracy, in: Foreign Affairs 76/6 (1997), S.22-42; Diamond: Developing Democracy, 1999, S. 10ff

¹⁸ Vgl. Thiery, Peter: Intakte und defekte Demokratien – Wohin bewegt sich Lateinamerika?, in: Lateinamerikaanalysen 20/2 (2008), S. 55- 75; Merkel: Demokratie in Asien, 2003, S. 18ff

Im Konzept der „embedded democracy“ sind defekte Demokratien damit Subtypen von Demokratie, bei welchen ein oder mehrere Teilregime beschädigt sind. Je nach dem welches Teilregime beschädigt ist, wird der Subtypus bestimmt. Wichtig ist, dass auch eine defekte Demokratie einen Kernbestand demokratischer Regelsysteme aufweisen muss. Ist dies nicht der Fall, ist die Demokratie lediglich eine Fassade autoritärer Herrschaftsmuster, oftmals bezeichnet als elektorale Autokratie oder quasiliberale Demokratie.¹⁹ Eine ausführliche Diskussion der einzelnen Subtypen kann an dieser Stelle nicht erfolgen, Abbildung 2 soll jedoch einen Überblick geben:

Abbildung 2: Typen defekter Demokratie

Teilregime	Beschädigte Dimension	Subtypus
A und B	Vertikale Legitimations- und Kontrolldimension	Exklusive Demokratie
C	Rechtsstaat	Illiberale Demokratie
D	Horizontale Kontrolldimension	Delegative Demokratie
E	Effektive Herrschaftsgewalt	Enklaven Demokratie

Quelle: Merkel, Wolfgang: Demokratie in Asien, 2003, S. 24

Der Bertelsmann Transformation Index (BTI), verfolgt eine ähnliche Konzeptualisierung. Auch hier werden, ausgehend von einem komplexen Demokratiebegriff Defekte ausgemacht.²⁰ Da in dieser Arbeit zur Bewertung von demokratischer Performanz hauptsächlich mit dem BTI gearbeitet werden soll, ist es sinnvoll das dargestellte Demokratiekonzept der „embedded democracy“ als Grundlage für die weitere Methodik zu verwenden.

Fareed Zakaria warnte bereits 1997 vor einem Aufsteigen illiberaler Demokratien. Prinzipiell sind in westlicher Vorstellung Demokratie und Liberalismus untrennbar miteinander verbunden. Wie aber soeben erläutert, haben „konstitutionell verbrieft Rechte (...) per se nichts mit Demokratie zu tun“²¹. Vielen Staaten, so stellt er weiterhin fest, bleiben in einer Regierungsform stecken, die Demokratie mit einem frappierenden Grad an Unfreiheit vermischt.²² Mit dieser Einschätzung steht Zakaria nicht allein. Larry Diamond, beispielsweise spricht in diesem Zusammenhang vom „democratic rollback“²³

¹⁹ Vgl. u.a. Diamond: Developing Democracy, 1999. S. 15f

²⁰ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2007, S. 16. Online in Internet: URL: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Broschuere_DE.pdf [Stand: 25.01.2008]

²¹ Zakaria, Fareed: Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch?, Frankfurt am Main, 2005, S. 15

²² Vgl. Zakaria: The Rise of illiberal Democracy, 1997, S. 23

²³ Diamond, Larry: The Democratic Rollback, in: Foreign Affairs, 87/2 (2008), S. 36-48

oder einer „democratic recession“²⁴. Generell ist die Euphorie über die dritte Demokratisierungswelle, die eine breite Transitionsforschung nach sich zog, abgeflaut. Dadurch hat sich in der Demokratisierungsforschung ein Wandel von der reinen Transformations- zur Typenforschung vollzogen. Das Augenmerk wird mittlerweile auf so genannte Mischsysteme gerichtet. Zahlreiche Typologien unterschiedlicher Demokratieformen wurden formuliert. Bezeichnungen wie defekte Demokratie, hybride Regime, semiliberale Demokratie, illiberale Demokratie, quasiliberale Demokratie- um nur einige davon zu nennen- fanden Eingang in die Wissenschaft.²⁵ Gemeinsam ist allen diesen Typologien, dass sie ausgehend vom Idealtypus der liberalen Demokratie Defekte identifizieren. Außerdem kam man zu der Erkenntnis, dass sich viele der betroffenen Länder nicht mehr in Transition befinden, sondern in ihrem defekten Zustand verharren und somit als eigenständige Systemtypen anerkannt werden müssen. Thomas Carothers, beispielsweise, spricht hier vom „Ende des Transitionsparadigmas“.²⁶

Wie sieht es nun mit der Ausbreitung der liberalen Demokratie in der Welt aus? Nach *Freedom House* beträgt der Anteil der Staaten, die im Jahr 2008 als frei eingestuft wurden, und damit als liberale Demokratie gelten, circa 47%.²⁷ Das bedeutet einen Anstieg seit Beginn der dritten Demokratisierungswelle um 18%. Zur Erinnerung: Der Anteil der elektoralen Demokratien ist in diesem Zeitraum um circa 36% gestiegen. Ein Blick in die einzelnen Transitionsregionen zeigt, dass nur die Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa sehr gute Fortschritte bei der Etablierung einer liberalen Demokratie gemacht haben. Die Europäische Union (EU) „ist dabei gleichermaßen Zielpunkt wie auch gestaltender Akteur im laufenden Transformationsprozess.“²⁸ Die Region Lateinamerika und Karibik zeichnet sich im Allgemeinen durch einen Trend zu demokratischer Stabilität und Wirtschaftswachstum aus, allerdings wirken populistische Strömungen entgegen. Die Staaten sind zwar alle, bis auf Kuba, demokratisch verfasst, aber die meisten Systeme sind noch durch erhebliche Mängel, vor allem in Bezug auf die Schwäche der demokratischen Institutionen, gekennzeichnet. In Afrika sind es vor allem Armut, man-

²⁴ Diamond, Larry: *The Spirit of Democracy. The Struggle to Build Free Societies throughout the World*, New York, 2008, S. 56

²⁵ Einen guten Überblick über die Typenforschung gibt der Sammelband: Bendel, Petra et al. (Hrsg.): *Zwischen Diktatur und Demokratie. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen, 2002

²⁶ Vgl. Carothers, Thomas: *The End of The Transition Paradigm.*, in: *Journal of Democracy* 13/1 (2002), S. 5-21

²⁷ Vgl. Freedom House: *Freedom in the World. Country Ratings*. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/uploads/fow08/CountryStatusAndRatingsOverview1973-2008.pdf> [Stand: 11.01.2008]

²⁸ Bertelsmann Transformation Index 2008 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, 2007, S. 14

gelnde Bildung und Defizite in der Infrastruktur und Staatlichkeit, die die Transformationsprozesse blockieren. Im nahen Osten und Nordafrika ist eine Stagnation zu verzeichnen, nach wie vor ist autokratische Herrschaft das normale Muster. In der GUS und Mongolei sind die farbigen Revolutionen, wie zum Beispiel in der Ukraine, hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben. Demokratie und Demokratisierungsbestrebungen bleiben weiterhin eher eine Fassade als Realität und Korruption das zentrale Problem. Südkorea und Taiwan sind in der Region Asien und Ozeanien nach wie vor die Vorbilder im Bezug auf demokratische Transformation. Im Allgemeinen lässt sich in der Region eine Tendenz zur Entkoppelung von marktwirtschaftlicher und demokratischer Transformation erkennen.²⁹

Zusammenfassend kann man also sagen, dass die Ausbreitung liberaler Demokratie viel geringer ist, als die der elektoralen Demokratie. In Bezug auf die Transformation zu einem liberaldemokratischen Regierungssystem kann auf den ersten Blick bislang lediglich die ostmittel- und südosteuropäische Region überzeugen.

1.3 Der „Neue Regionalismus“

Obwohl sich die Demokratisierungs- bzw. Transitionsforschung bei ihren Analysen und Untersuchungen oftmals auf Regionen bezieht, ist der Zusammenhang zwischen regionaler (wirtschaftlicher) Integration und Demokratisierung bislang nur selten Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung gewesen. Eine Region ist „eine nach bestimmten Kriterien als homogen abgrenzbare räumliche Einheit.“³⁰ Welche Gebiete genau eine Region bilden, bleibt mit dieser Definition offen. In dieser Arbeit bezieht sich der Begriff der Region auf eine Gruppe von Staaten, die neben geographischer Nähe auch kulturelle, wirtschaftliche, sprachliche und (oder) politische Gemeinsamkeiten oder Verbindungen haben.

Neben der dritten Demokratisierungswelle war verstärkte Regionalisierung ein weiterer Trend nach dem kalten Krieg. Regionalisierung ist die empirisch „messbare Verdichtung grenzüberschreitender Transaktionen zwischen nationalen Einheiten, d.h. Staaten, Volkswirtschaften und Gesellschaften.“³¹ Davon zu unterscheiden ist der Begriff des Regionalismus, unter dem „die Institutionalisierung zwischenstaatlicher Kooperati-

²⁹ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, 2007, S. 14f

³⁰ Fürst, Dietrich: Region/Regionalismus, in: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf: Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2 N-Z, München, 2002, S. 847ff

³¹ Spindler, Manuela: Regionalismus im Wandel. Die neue Logik der Region in einer globalen Ökonomie, Wiesbaden, 2005, S. 99

on durch [zum Beispiel] die Bildung von Freihandelszonen, Zollunionen oder Gemeinsamen Märkten“, aber auch durch politische Kooperation verstanden wird.³² Im Bezug auf diese Definition kann Regionalismus und regionale (Wirtschafts-)Integration synonym verstanden werden.

Regionalismus ist kein neues Phänomen. In der Literatur ist mehrheitlich von zwei Wellen der Regionalisierung die Rede.³³ Zwischen 1950 und 1960 kam es zur *ersten Welle des Regionalismus*. Diese ist unter anderem durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft geprägt. Die *zweite Welle der Regionalisierung* begann Mitte der 1980er Jahre nach einer Phase der Stagnation, und brachte eine Entwicklung hervor, die in der Literatur auch als „neuer Regionalismus“³⁴ bezeichnet wird. Im Unterschied zu seinen Vorgängern ist die letzte Welle globaler und hat eine größere Bedeutung für die Weltwirtschaft. In dieser Phase entstanden innerhalb von relativ kurzer Zeit mehrere nennenswerte Handelsabkommen. Um hier nur einige Beispiele zu nennen: Die Einheitliche Europäische Akte von 1986 bildete die Grundlage für einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt, der mit dem Vertrag von Maastricht (1992) manifestiert wurde. Der MERCOSUR (Mercado Común del Sur) wurde 1991 gegründet und stellte für die lateinamerikanischen Gründungsmitglieder insofern eine Kehrtwende dar, als dass sie sich von ihrer traditionell binnenorientierten und protektionistischen Wirtschaftspolitik abwendeten. Die nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA), gegründet 1994, integriert die Märkte Mexikos, der USA und Kanadas. In Südostasien wurde 1992 die Bildung einer Freihandelszone der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) bis 2003 beschlossen³⁵.

In der Wissenschaft werden, ausgehend vom Stufenmodell Béla Balassas, mehrheitlich folgende Stufen der Regionalisierung unterschieden: In einer *Freihandelszone* wird der Abbau von allen Zöllen zwischen den Mitgliedsstaaten angestrebt, es gibt aber keinen gemeinsamen Außenzoll. Dieser wird erst in der nächsten Stufe, der *Zollunion*, geschaffen. Die Errichtung eines *gemeinsamen Marktes* hat zum Ziel, Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Steuerpolitik aneinander anzugleichen und volle Freizügigkeit von

³² Spindler, Manuela: Regionalismus im Wandel. Die neue Logik der Region in einer globalen Ökonomie, Wiesbaden, 2005, S. 99

³³ Mansfield und Milner sprechen in ihrem Artikel, „The New Wave of Regionalism“, von vier Wellen. Aus ihrer Sicht war die erste Welle der Regionalisierung in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und beschränkte sich weitgehend auf den europäischen Raum. Zwischen den beiden Weltkriegen verorteten sie die zweite Welle der Regionalisierung.

³⁴ U.a. Gilpin, Robert: Global Political Economy. Understanding the International Economic Order, New Jersey, 2001, S. 341; Spindler: Regionalismus im Wandel, 2005, S. 11

³⁵ Schirm, Stefan: Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung, Baden-Baden, 2004, S. 183-200

Personen, Kapital, Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Die höchste Stufe wirtschaftlicher Integration ist die *Wirtschafts- bzw. Währungsunion*, in welcher eine gemeinsame Währung eingeführt wird. Die letzte Stufe der Regionalisierung ist die *politische Union*.³⁶

1.4 Erläuterung der zentralen Fragestellung

Um eine regionale wirtschaftliche Integration von Märkten zu ermöglichen, müssen die beteiligten Staaten ihre Ökonomien öffnen, ihre Wirtschaftspolitiken liberalisieren und aneinander anpassen. Führt das auch zu einer Liberalisierung des politischen Systems? Weiterhin kann durch gemeinsame Standpunkte hinsichtlich wirtschaftlicher, aber auch allgemeiner politischer Aspekte die Verhandlungsposition einer Region gegenüber der internationalen Gemeinschaft verbessert werden. Welche Implikationen hat diese Tatsache auf die Entwicklung von liberaler Demokratie in den jeweiligen Regionen? In Bezug auf die EU scheint der Fall klar: Eine Mitgliedschaft in der Organisation erfordert die Etablierung von liberaldemokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen. Konsequenterweise zeigen die neuen EU-Mitglieder im internationalen Vergleich auch die größten Erfolge hinsichtlich des Transformationsprozesses in Richtung einer liberalen Demokratie. Zweifelsohne können diese Zusammenhänge auf andere Transitionsregionen nicht ohne weiteres übertragen werden. Im Zusammenhang mit der Zukunft der liberalen Demokratie nach der dritten Demokratisierungswelle und regionaler Integration in Transitionsregionen stellt sich nun die folgende zentrale Frage:

Welchen Einfluss hat regionale (wirtschaftliche) Integration auf den Demokratisierungsprozess, beziehungsweise auf die Ausbreitung, und/ oder Konsolidierung von liberaler Demokratie in den Transitionsregionen?

Bei der Untersuchung der Fragestellung geht es letztlich um die Zukunft der *liberalen Demokratie*. Wenn also vom Konsolidierungs- oder Transformationsprozess gesprochen wird, ist damit immer eine Bewegung *in Richtung* einer liberalen Demokratie gemeint. *Demokratisierung* bedeutet die Einführung eines demokratischen Regierungssystems in einem zuvor autokratisch regierten Staat. *Konsolidierung* bezieht sich dagegen auf die Verfestigung der demokratischen Strukturen. Wenn eine Demokratie konsolidiert ist, dann bedeutet dies, dass die Demokratisierung abgeschlossen ist. Juan J. Linz und Alfred Stepan definieren eine konsolidierte Demokratie als ein

³⁶ Vgl. u.a. Balassa, Béla A.: *The Theory of Economic Integration*, London, 1961, S. 1ff; Spindler: *Regionalismus im Wandel*, 2005, S. 31; Becker, Maren/John, Stefanie/ Schirm, Stefan: *Globalisierung und Global Governance*, Paderborn, 2007. S. 178f

„ (...) political regime in which democracy as a complex system of institutions, rules, and patterned incentives and disincentives has become, in a phrase, ‚the only game in town‘ “ and „(...) no significant political group seriously attempts to overthrow the democratic regime or to promote domestic or international violence in order to secede from the state“³⁷.

Maßgeblich für eine konsolidierte Demokratie ist also, dass die politischen Eliten und relevanten gesellschaftlichen Akteure die grundlegenden Spielregeln eines demokratischen Systems internalisiert haben. Eine prinzipielle Anerkennung von Demokratie als die beste aller möglichen Regierungsformen und eine formale Verankerung ihrer Regeln genügt dabei nicht. Für Larry Diamond ist eine Demokratie erst dann konsolidiert, wenn die Eliten, Organisationen und die breite Bevölkerung der Überzeugung sind, dass das politische System ihres Landes es wert ist, es zu verteidigen und seine Regeln zu befolgen. Konsolidierung findet folglich in zwei Dimensionen – Normen und Verhalten - und auf drei Ebenen statt:³⁸

Die höchste und, aufgrund ihres überproportional großen Einflusses, wichtigste Ebene sind die *Eliten*³⁹. Auf der mittleren Ebene ist die Demokratie konsolidiert, wenn der Einfluss von antidemokratischen *Bewegungen, Organisationen* und vor allem *Parteien* marginal ist. Die unterste Ebene bildet die *Öffentlichkeit* beziehungsweise die *Zivilbevölkerung*: Ein System gilt hier als konsolidiert, wenn eine deutliche Mehrheit der Bürger die Demokratie generell und im Speziellen für das eigene Land, als die bestmögliche Regierungsform einschätzt.⁴⁰

1.5 Vorgehensweise in der Arbeit

Die folgende Arbeit ist im Wesentlichen in einen theoretischen und einen empirischen Teil gegliedert. Der theoretische Teil umfasst dabei drei grundlegende Abschnitte: In **Kapitel 2** wird zunächst ein Überblick über die Demokratisierungs- und Regionalisierungsforschung gegeben und die relevanten Forschungsansätze und Theorien jeweils knapp dargestellt. Im Hinblick auf die Demokratisierungsforschung soll dabei insbesondere auf Ansätze eingegangen werden, die untersuchen, welchen Einfluss wirtschaftliche Entwicklung auf die Demokratisierung von Staaten hat. Hinsichtlich der Regionalisierungsforschung werden zunächst die grundlegenden politikwissenschaftlichen theoretischen Ansätze dargestellt, die erklären, weshalb sich Staaten zu regionalen Or-

³⁷ Linz, Juan J./ Stepan, Alferd: Toward Consolidated Democracies, in: Journal of Democracy 7/2 (1996), S. 14

³⁸ Vgl. Diamond: Developing Democracy, 1999. S. 66ff

³⁹ Gemeint sind damit die höchsten Entscheidungsträger, Partei- und Organisationsvorsitzende, politische Aktivisten und Meinungsbildner in Politik, Regierung, Wirtschaft und Gesellschaft.

⁴⁰ Vgl. ebd., S.66f

ganisationen zusammenschließen. Anschließend soll kurz ein Überblick über die Forschung hinsichtlich der Auswirkungen dieser Kooperation auf das zwischenstaatliche Verhalten und die internationalen Beziehungen gegeben werden. Weiterhin wird kurz auf die wirtschaftswissenschaftliche Forschung zur Regionalisierung eingegangen. Im **Kapitel 3** wird anschließend auf der Basis des Forschungsstandes gezeigt, dass die geschilderten theoretischen Ansätze nicht zwangsläufig zu zufrieden stellenden Annahmen über den Zusammenhang von regionaler Integration und den Demokratisierungsprozessen innerhalb von Transitionsregionen führen. Für die Definition dieser Forschungslücke wird bereits vorab ein kurzer Überblick über die Demokratisierungsprozesse in den Mitgliedsstaaten der beiden, für die Arbeit zentralen Fallbeispiele, ASEAN und MERCOSUR, gegeben. Das grundlegende theoretische Konzept dieser Arbeit wird in **Kapitel 4** dargestellt. Dafür soll zunächst der theoretische Ansatz von Albert O. Hirschman, welcher zwischenstaatliche Einflüsseffekte aufgrund von Handelsbeziehungen erklärt, und dessen Neuaufarbeitung von Rawi Abdelal und Jonathan Kirshner beschrieben werden. Anschließend wird versucht den Ansatz auf die konkrete Fragestellung anzuwenden und darauf basierend eine Arbeitshypothese zu formulieren.

Der empirische Teil dieser Arbeit umfasst drei Abschnitte: Im **Kapitel 5** werden zunächst die methodischen Grundlagen beschrieben. Dafür soll die verwendete Methode für die beiden zu untersuchenden Fragestellungen erklärt und die Auswahl der beiden Fallstudien begründet werden. Im Anschluss wird ein kurzer Überblick über die Methodik der Demokratieindizes der Bertelsmann Stiftung (Bertelsmann Transformation Index) und der Forschungseinrichtung *Freedom House* (Freedom in the World) geschaffen, da diese eine maßgebliche Basis für die Analysen in dieser Arbeit darstellen. Im **Kapitel 6** erfolgt die Untersuchung der ersten Fragestellung. Um festzustellen, ob liberale Demokratie ein regionales Phänomen ist, wird mittels einer Analyse der einzelnen Regionen untersucht, wo diese das dominierende politische System darstellt. Zur Untersuchung der zentralen Fragestellung - Auswirkung von regionaler Integration auf Demokratisierungsprozesse – sollen in **Kapitel 7** die beiden gewählten Fallbeispiele im Detail analysiert werden. Dafür wird jeweils der Integrationsprozess dargestellt und auf, für die Demokratisierung relevante Ereignisse eingegangen. Weiterhin sollen jeweils die Transformationsprozesse, wenn vorhanden, und der Stand der demokratischen Entwicklung dargestellt werden. Jeweils im Anschluss an die beiden Fallstudienanalysen, soll in einem kurzen Fazit Rückschlüsse darauf gezogen werden, wie sich die Mitgliedschaft auf die Entwicklung, respektive Ausbreitung von liberaler Demokratie in der regionalen Organisation auswirkt. Abschließend werden die Ergebnisse der beiden Fallstudien mit-

einander verglichen und es wird geklärt, ob sich die, der Untersuchung zu Grunde liegende, Arbeitshypothese bewahrheitet.

II. Theoretische Grundlagen

Das folgende Kapitel umfasst drei wesentliche Gliederungspunkte: Im Forschungsstand werden die relevanten Theorien und Ansätze zum Thema Demokratisierung und Regionalisierung dargestellt. Im darauf folgenden Abschnitt wird dann aufgezeigt, wie im Bezug auf die zentrale Fragestellung der Arbeit, die klassischen theoretischen Ansätze und die Empirie nicht zusammenpassen. Auf dieser Basis wird eine Forschungslücke definiert. Im Anschluss daran wird ein theoretisches Konzept gefunden, mit dem die Problemstellung erklärt werden soll. Ausgehend von dessen Anwendung auf die zentrale Fragestellung soll, in einem letzten Schritt, die grundlegende Arbeitshypothese formuliert werden.

2. Forschungsstand

Im einleitenden Kapitel dieser Arbeit wurden einige für die Fragestellung relevante Aspekte der Demokratisierungsforschung bereits umfassend dargestellt. Deshalb werden hier zusätzlich nur kurz die unterschiedlichen Theoriestränge der Forschung aufgezeigt. Im Hinblick auf die Problemstellung der Arbeit ist dabei der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und Demokratisierung von besonders großem Interesse. Mit der Regionalismusforschung wird sich in dieser Arbeit intensiver auseinandergesetzt. Im Zusammenhang mit der ersten und zweiten Welle des Regionalismus entstanden eine Reihe von politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Theorien und Erklärungsansätzen, die auf unterschiedliche Art und Weise das Phänomen der regionalen Integration zu erklären versuchten. Im folgenden Abschnitt soll deshalb zunächst die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Theoriendebatte dargestellt werden. Dies ist wichtig, da sie die Basis für das aktuelle Verständnis dafür bildet, *aus welchen Gründen* Staaten regionale Arrangements eingehen. Darauf aufbauend sollen kurz die Ansätze zur *Wirkung* von regionaler Integration auf staatliches Verhalten und staatliche Politik in den Internationalen Beziehungen erläutert werden. Im Anschluss soll in Kürze die wirtschaftswissenschaftliche Forschung zur Thematik dargestellt werden.

2.1 Demokratisierungsforschung

Es gibt eine breite Forschung zu den Bedingungen, Ursachen und Hindernissen einer erfolgreichen Konsolidierung von Demokratie. Dabei wird sich einerseits gefragt, was Demokratisierungsprozesse auslöst und andererseits unter welchen Bedingungen sich

Demokratie konsolidiert. Dabei lassen sich in der Demokratisierungsforschung vier große Theoriestränge ausmachen: Struktur-, Akteurs- Kultur- und Systemtheorien.⁴¹

In den *strukturellen Ansätzen* geht man im Allgemeinen davon aus, dass Demokratisierungsprozesse durch Veränderung der Machtstrukturen in einer Gesellschaft ausgelöst werden, beispielsweise durch ein Erstarren des Wirtschaftsbürgertums. Grundlegende Gedanken dazu kamen bereits 1969 von Barrington Moore⁴², welche später unter anderem von Dietrich Rueschemeyer, Evelyn Stephens und John Stephens weiterentwickelt wurden.⁴³ Der Finne Tatu Vanhanen greift diese Grundgedanken auf, untersucht aber genauer die Machtverteilungen innerhalb einer Gesellschaft und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass eine gleichmäßige Verteilung von Machtressourcen Demokratisierung wahrscheinlicher macht.⁴⁴

Die *Akteurstheorien* setzen für ihre Untersuchung auf der Mikroebene an, und erklären Demokratisierungsprozesse, beispielsweise, anhand von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Akteuren innerhalb einer Gesellschaft. Exemplarisch dafür steht das Konzept der strategischen und konfliktfähigen Gruppen, entwickelt in den 1990er Jahren von Rainer Teztlaff, Gunter Schubert und Werner Vennwald. Dieses erklärt Demokratisierung durch die Austragung von Konflikten zwischen den herrschenden und oppositionellen Gruppen eines Staates.⁴⁵

Die *Kulturtheorien* sehen die Voraussetzungen für Demokratisierungsprozesse in religiösen und kulturellen Traditionen. Die Demokratiefähigkeit wird dabei entweder auf der Basis von religiös-kulturellen Zivilisationstypen, oder durch „soziales Kapital“ bestimmt. Die restriktive Form der „Kulturhypothese“ „postuliert, dass nur die ‚westliche Kultur‘ eine förderliche Basis für die Demokratie abgibt und die (liberale) Demokratie für nicht westliche Gesellschaften untauglich ist.“⁴⁶ Samuel P. Huntington ist Vertreter der gemäßigten Variante, in der auch andere Kulturen verträglich mit Demokratie sein können.⁴⁷ Robert Putnam entwickelt 1993 in seinem Ansatz das Argument, dass demokratische Strukturen in einem langfristigen zivilgesellschaftlichen Prozess als „soziales

⁴¹ Vgl. Merkel: Systemtransformation, 1999, S. 78ff

⁴² Vgl. Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt am Main, 1969

⁴³ Vgl. Rueschemeyer, Dietrich et al.: Capitalist Development and Democracy, Cambridge, 1992

⁴⁴ Vgl. z.B. Vanhanen, Tatu: The Process of Democratization: A Comparative Study of 147 States, 1980-1988, New York [u.a.], 1990

⁴⁵ Vgl. Schubert, Gunter/ Teztlaff, Rainer (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt, Opladen, 1998; Schubert, Gunter et al. (Hrsg.): Demokratisierung und politischer Wandel: Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen, Hamburg, 1994

⁴⁶ Vgl. Merkel: Systemtransformation, 1999, S. 96

⁴⁷ Vgl. Kapitel 1.1 in dieser Arbeit.

Kapital“ akkumuliert werden müssen. Je mehr davon in einer Gesellschaft angesammelt wurde, desto wahrscheinlicher ist, dass autokratische Strukturen nicht überleben können.⁴⁸

Innerhalb der *Systemtheorien* lässt sich insbesondere die Modernisierungstheorie hervorheben. Deren zentrales Erkenntnisinteresse ist der Einfluss von wirtschaftlicher Entwicklung auf die Demokratisierung. Wichtigster Vertreter ist Seymour Martin Lipset, der in den 1960 die bis heute weitgehend akzeptierte grundlegende Voraussetzung für einen erfolgreichen Demokratisierungsprozess formuliert hat:

„The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy.“⁴⁹

Nach Lipsets Interpretation gibt es also einen starken Zusammenhang zwischen erfolgreicher Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung. Adam Przeworski und Fernando Limongi kommen in einer ergänzenden empirischen Analyse zu dem Schluss, dass ein hohes sozioökonomisches Entwicklungsniveau keine hinreichende oder notwendige Bedingung für das Auslösen eines Demokratisierungsprozesses ist. Wohl aber ist dieses förderlich für die weitere Konsolidierung von demokratischen Strukturen, wenn diese bereits etabliert sind.⁵⁰ Durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum kann das Einkommen breiter Schichten verbessert und Armut und Arbeitslosigkeit verringert werden. Neben der, durch die wirtschaftliche Entwicklung induzierten Institutionalisierung, ist es für die Konsolidierung junger Demokratien wichtig, dass das System die Zustimmung der Bevölkerung hat. Durch solides Wirtschaftswachstum kann dies erreicht werden. Wirtschaftlicher Wohlstand verschafft dem politischen System demgemäß die nötige Legitimität.⁵¹ Voraussetzung dafür ist allerdings eine gerechte Einkommensverteilung. Larry Diamond merkt in diesem Zusammenhang an:

„However, what damages the political legitimacy and sustainability of economic reform programs, and perhaps democracy itself, are perceptions that a few are benefiting while many stagnate and suffer and that the beneficiaries of reform have come upon their windfall earnings unfairly, as a result of political connections and corruption rather than honest enterprise and risk-taking initiative.“⁵²

⁴⁸ Vgl. Putnam, Robert D.: *Making Democracy Work. Civic Traditions in modern Italy*, Princeton, 1993

⁴⁹ Lipset, Seymour M.: *Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*, in: *American Political Science Review* 53/1 (1959), S. 98

⁵⁰ Vgl. Przeworski, Adam/ Limongi, Fernando: *Modernization. Theories and Facts*, in: *World Politics* 49 (1997), S. 155-183

⁵¹ Lipset: *Social Requisites of Democracy*, 1959, S. 86ff

⁵² Diamond: *Developing Democracy*, 1999, S. 80

Eine gleiche Einkommensverteilung allein reicht aber noch nicht aus. Weitere Umverteilungsprozesse schließen die Entwicklung von funktionierenden Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystemen mit ein. Dies ist die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik, die zu politischen Reformen und der Bildung von politischen und sozialen Strukturen führt.

2.2 Regionalismusforschung

Die erste Welle des Regionalismus, vor allem aber die europäische Integration, brachte den *Neofunktionalismus* hervor. Dieser baut auf den Grundgedanken des Funktionalismus nach David Mitrany auf, der den Ausgangspunkt für Integration in technokratischen Aufgaben sieht, die sich durch zunehmende Internationalisierung und damit einhergehende Kooperation über nationale Grenzen hinaus ergeben. Dadurch entsteht eine zunehmende Notwendigkeit von kollektiver Problemlösung. Die technokratische Zusammenarbeit löst Lernprozesse aus, die eine allgemeine Tendenz zur Kooperation in weiteren Gebieten nach sich ziehen. Diese so genannten „spill-over“ Effekte vollziehen sich im Funktionalismus *notwendigerweise*, im Neofunktionalismus hingegen sind sie lediglich *wahrscheinlich*. Es sind vor allem wirtschaftliche Interessensgruppen, die von der Integration profitieren. Diese beeinflussen ihre nationalen Regierungen dahingehend, regionale Institutionen zu bilden. Das Erkenntnisinteresse dieser Theorie ist somit zu erklären, wie politische Ordnung jenseits des Nationalstaates entsteht und im Bezug auf regionale Integration zu klären *wie* und *warum* sich diese vollzieht. 1975 wurde der Neofunktionalismus von seinem Erschaffer, Ernst Haas, selbst verworfen, da der europäische Integrationsprozess ins Stocken geriet (Eurosklerosis) und der Ansatz an empirischem Rückhalt verlor. Dennoch hat er die nachfolgende Forschung, vor allem die liberalen Ansätze maßgeblich beeinflusst.⁵³

Mit der zweiten Welle der Regionalisierung kam die Forschung wieder in Schwung. Der *neoliberale Institutionalismus* sieht regionale Kooperation als eine „Spezialform“ zwischenstaatlicher Kooperation⁵⁴ bezogen auf ein geographisch abgrenzbares Gebiet. Durch die Bildung von internationalen Regimes und Organisationen wird zwischenstaatliche Kooperation institutionalisiert. Kooperation entsteht nicht, wie in der realistischen Perspektive, aufgrund von Macht- und Gegenmachtbildung (zum Beispiel in

⁵³ Vgl. Haas, Ernst B.: *Beyond the Nation-State. Functionalism and International Organization*, Stanford, 1964, S. 26-50; Conzelmann, Thomas: *Neofunktionalismus*, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, 2003, S. 141-168; Spindler: *Regionalismus im Wandel*, 2005, S. 28f; Gilpin: *Global Political Economy*, 2001, S. 349ff

⁵⁴ Spindler: *Regionalismus im Wandel*, 2005, S. 36

Form von rivalisierenden Handelsblöcken), sondern in der Erwartung von Gewinnen. Individuelles staatliches Handeln führt aufgrund von „komplexer Interdependenz“⁵⁵ in den internationalen Beziehungen zu suboptimalen Ergebnissen und von daher zu Kosten. Kooperatives Verhalten entsteht somit aufgrund von Kosten-Nutzen Kalkülen staatlicher Akteure. Auch wenn der liberale Institutionalismus das Denken über regionale Institutionen deutlich spürbar beeinflusst hat, so hat er doch zu keiner spezifischen und stringenten Theorie über regionale wirtschaftliche Kooperation geführt.⁵⁶

Der *liberale Intergouvernementalismus* nach Andrew Moravcsik entstand im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozess.⁵⁷ Der Ansatz teilt mit dem Neofunktionalismus die Betonung von wirtschaftlichen Interessen, die als prinzipielle Antriebskraft zur regionalen Integration verstanden werden. Genauso wie der liberale Institutionalismus betont er die Wichtigkeit von regionalen, respektive internationalen Organisationen um zwischenstaatliche Kooperation zu erleichtern und voranzutreiben. Integrationsprozesse geschehen aufgrund von Konvergenz nationaler Interessen auf Basis eines dreistufigen Prozesses: erstens bilden innerstaatliche Präferenzordnungen die Interessen der nationalen Regierungen.⁵⁸ Zweites werden diese intergouvernemental verhandelt und drittens in Form von politischen Entscheidungen und konkreten Maßnahmen an eine internationale Institution delegiert. Problematisch bei diesem Ansatz ist, dass nur erklärt wird, *wie* sich nationale Interessen entwickeln und auf intergouvernementaler Ebene umsetzen. Außen vor bleibt *welche* Interessen sich *weshalb* entwickeln.

Gerade dies ist aber von zentralem Interesse bei der zweiten Welle des Regionalismus, da Wirtschaftsvereinigungen der zweiten Generation⁵⁹ fast simultan Anfang der 1990er Jahre entstanden sind. Daraufhin entwickelt Stefan Schirm 1999 den „*Globale-Märkte Ansatz*“⁶⁰. In Übereinstimmung mit den bereits diskutierten Theorien, wird auch hier davon ausgegangen, dass „regionale Kooperation die Folge von neuen Anforderungen ist, denen Regierungen mit neuen regionalen Regeln besser nachzukommen glauben

⁵⁵ Keohane, Robert O./ Nye, Joseph S.: Power and Interdependence. Third Edition, New York [u.a.], 2001, S. 25-30

⁵⁶ Vgl. Keohane, Robert O.: Neoliberal Institutionalism: A Perspective on World Politics, in International Relations Theory, Boulder, CO: Westview, 1989, S. 1-20; Spindler: Regionalismus im Wandel, 2005, S. 35f; Gilpin: Global Political Economy, 2001, S. 353f

⁵⁷ Schieder, Siegfried: Neuer Liberalismus, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 2003, S. 183f

⁵⁸ Moravcsik greift hier auf die Prämissen des Neuen Liberalismus zurück. Vergleiche hierzu Kapitel 4 dieser Arbeit.

⁵⁹ Beispielsweise Europäische Gemeinschaft, AFTA, MERCOSUR, NAFTA usw.

⁶⁰ Schirm, Stefan: Globale Märkte, nationale Politik und regionale Kooperation – in Europa und den Amerikas, Baden-Baden, 1999

als mit bisheriger nationaler (...) Politik.“⁶¹ Das verstärkte Auftreten von globalen Märkten Anfang der 1990er Jahre erhöht die Kosten von binnenorientierter Wirtschaftspolitik und setzt Anreize zu liberalen Reformen. Diese können besonders ökonomisch effizient und politisch verträglich im Rahmen von regionaler Integration durchgeführt werden. Die ökonomische Effizienz entsteht durch Skalen-, Spezialisierungs- und Wettbewerbseffekte, die in einer Freihandelszone eine größere Wirkung haben.⁶² Die innenpolitische Verträglichkeit dieser Reformen wird durch deren Implementierung in regionalen Abkommen erhöht. Die Regierungen können ihre Verhandlungsposition gegenüber nationalen Oppositionen verbessern, da die Verantwortung für Reformen nicht mehr ausschließlich auf den eigenen Schultern getragen werden muss, sondern teilweise auf multilaterale Verpflichtungen zurück gehen. Nationalen Regierungen sind so zu sagen ‚die Hände gebunden‘ („tied-hands“-Argument).⁶³

Trotz unterschiedlicher Herangehensweisen und Prämissen haben doch alle geschilderten Theorieansätze eines gemeinsam: Sie untersuchen, *wie* und *warum* Staaten (regional) kooperieren, und *wie* und *warum* diese Kooperation auf regionaler Ebene institutionalisiert wird. Im Bezug auf die konkrete Fragestellung dieser Arbeit schaffen diese Ansätze eine solide Basis für das Grundverständnis von regionaler Kooperation. Zu ihrer Beantwortung muss aber in Erfahrung gebracht werden, wie sich diese Kooperation auf den Staat auswirkt.

Andere Studien in der Regionalismusforschung beschäftigen sich mit der Wirkung von regionaler Kooperation auf zwischenstaatliche Konflikte oder stellen sich die Frage welche Staaten verstärkt regional kooperieren. Edward D. Mansfield, Jon C. Pevehouse und David H. Bearce kommen, beispielsweise, 1999 in einer gemeinsamen Studie zu dem Schluss, dass die Mitgliedschaft in einem präferentiellen Handelsabkommen das Auftreten von zwischenstaatlichen Konflikten verhindert. Dies begründen sie einerseits mit den Gewinnen, die durch Kooperation entstehen und die im Rahmen eines militärischen Konfliktes wegfallen würden. Andererseits wird durch ein derartiges Abkommen ein Forum für Verhandlungen und Gespräche geschaffen, wodurch Streitschlichtungsmechanismen institutionalisiert werden können.⁶⁴ In einer weiteren gemeinsamen Studie kommen Pevehouse und Mansfield zehn Jahre später zu der Erkenntnis, dass Staaten die

⁶¹ Schirm: Internationale Politische Ökonomie, 2004, S. 178

⁶² Vergleiche hierzu auch die Neue Außenhandelstheorie von Paul Krugman dargestellt im Kapitel 3 dieser Arbeit.

⁶³ Vgl. Schirm: Globale Märkte, 1999, S. 22-41; Schirm: Internationale Politische Ökonomie, 2004, S. 178ff

⁶⁴ Vgl. Mansfield, Edward D. et al.: Preferential Trading Arrangements and Military Disputes, in: Security Studies 9/1 (1999) S. 91-118

gerade dabei sind sich zu demokratisieren mit größerer Wahrscheinlichkeit in eine internationale Organisation eintreten werden, als autokratisch regierte Staaten oder bereits fest etablierte Demokratien. Begründet wird dies durch die positiven Effekte, die die Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation auf sich entwickelnde Demokratie hat, zum Beispiel in Form von internationaler Reputationssteigerung oder Unterstützung bei der Durchführung von Reformen.⁶⁵ Etel Solingen kommt 1996 in einer Studie zu dem Schluss dass Demokratie weder eine notwendige noch hinreichende Bedingung für regionale Kooperation ist. Vielmehr hat die politische, beziehungsweise wirtschaftliche Ausrichtung der Regierung (regierenden Koalition) einen großen Vorrausagewert für kooperatives Verhalten. Solingen stellt fest: je liberaler eine Regierung eingestellt ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit zur regionalen Kooperation, vor allem zwischen Gleichgesinnten. Mit diesem Ansatz lässt sich beispielsweise die Integration in der ASEAN gut erklären: Obwohl es dort keine Demokratien gibt, herrscht in der Region seit Jahren Frieden.⁶⁶

Mit seiner Studie über den *Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft eines Staates in einer regionalen internationalen Organisation und der Konsolidierung von Demokratie*, von 2002, kommt Pevehouse der zentralen Fragestellung dieser Arbeit am nächsten.⁶⁷ Er kommt zu dem Ergebnis, dass in regionalen internationalen Organisationen der Einfluss auf den Konsolidierungsprozess von jungen Demokratien positiv ist, wenn es sich um eine Organisation mit hoher Demokratiedichte⁶⁸ handelt. Weitere Voraussetzungen sind: In der Organisation ist der politische Wille vorhanden Bedingungen für die Mitgliedschaft zu stellen. Außerdem muss die Staatengemeinschaft in der Lage dazu sein, diese Bedingungen mittels Sanktions- und Anreizsystemen umzusetzen. Dies hilft jungen Demokratien wirtschaftliche und politische Reformen glaubhaft durchzusetzen. Dadurch erhöht sich die Glaubwürdigkeit sowohl nach innen – gegenüber der eigenen Bevölkerung und den Eliten in Wirtschaft und Militär – als auch nach außen – gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft. Letztlich kann mit Hilfe der Konditionalität und des Anreiz- und Sanktionssystems, die Mitgliedschaft in einer regionalen Orga-

⁶⁵ Vgl. Mansfield, Edward D./ Pevehouse, Jon C.: Democratization and the Varieties of International Organizations, in: Journal of Conflict Resolution 52/2 (2008), S. 269-294

⁶⁶ Vgl. Solingen, Etel: Democracy, Economic Reform and Regional Cooperation, in: Journal of Theoretical Politics 8/1 (1996), S. 79-144

⁶⁷ Vgl. Pevehouse, Jon C.: With a Little Help from my Friends? Regional Organizations and the Consolidation of Democracy, in: American Journal of Political Science, 46/3 (2002), S. 611-626; Pevehouse, Jon C.: Democracy from the Outside-In? International Relations and Democratization, in: International Organization, 56/3, 2002, S. 515-549

⁶⁸ Sowohl die Anzahl als auch der Anteil von Demokratien in der Organisation ist hoch.

nisation das Verhalten der Mitglieder beeinflussen und die Ausbildung von demokratischen Strukturen und Institutionen fördern.⁶⁹

Pevehouse's Argumentation ist weitgehend überzeugend, vor allem da es ihm gelingt mit Hilfe seines Ansatzes die „Blackbox“ des Staates zu öffnen und zu analysieren welchen Einfluss zwischenstaatliche Kooperation auf der nationalen Ebene hat. Allerdings ist die Beschränkung seiner These durch die Verbindungen für die Mitgliedschaft und die hohe Demokratiedichte im Bezug auf die Fragestellung dieser Arbeit kritisch zu sehen, denn der Ansatz ist dadurch nur auf ausgewählte Fälle der regionalen Wirtschaftskooperation anwendbar, am besten jedoch auf die EU. Es kann somit nicht gezeigt werden, wie und ob sich regionale Wirtschaftskooperation auf Staaten auswirkt, die ein Mitglied in einer Organisation sind, auf die die genannten Beschränkungen nicht zutreffen. Bei der Untersuchung des Einflusses von regionaler Wirtschaftsintegration in den Transitionsregionen hilft er somit nicht weiter, da sich Organisationen wie der MERCOSUR und die ASEAN gerade nicht, und wenn dann nur eingeschränkt, durch die von Pevehouse gestellten Bedingungen auszeichnen.

Im groben Überblick geht die Debatte über den Regionalismus in den Wirtschaftswissenschaften in zwei grobe Richtungen: Die eine Strömung sieht regionale, präferentielle Handelsabkommen (PTA)⁷⁰ als ein Instrument für verstärkte Handelsliberalisierung. Die andere Strömung, die Multilateralisten argumentieren, dass diese eine wahrhaftige Liberalisierung des Welthandelssystems untergraben. Dabei geht es in erster Linie um die Frage, ob PTAs zu *Handelsumleitung* oder *Handelsbildung* führen. Bekannte Vertreter dieser Debatte sind unter anderem Jacob Viner und Richard Lipsey. Prinzipiell geht es dabei um das Problem, dass PTAs einerseits neuen Handel schaffen und damit die Wohlfahrt steigern, aber andererseits den Handel von billigeren externen Handelspartnern auf teurere interne Partner umleiten und damit die Effizienz verringern. Obwohl Paul Krugman durch Außenhandel, sei es durch PTAs oder multilateral, Wohlfahrtssteigerungen erkennt⁷¹ merkt auch er an, dass es sich hierbei um ein „zweischneidiges Schwert“⁷² handelt. Somit können PTAs als *Stolpersteine* oder *Bausteine* auf dem Weg zu weltweitem multilateralen Freihandel gesehen werden. Die derzeit existierenden PTAs sieht Jagdish Bagwati eher als Stolperstein für weltweiten Freihandel, da sich die regionalen Blöcke mehr und mehr voneinander abschotten und damit multilaterale

⁶⁹ Pevehouse: *Democracy from the Outside-In?*, 2002, S. 522

⁷⁰ Hier wird die englische Abkürzung von „preferential trading arrangement“ benutzt, da diese auch in der deutschsprachigen Literatur gebräuchlich ist.

⁷¹ Vgl. „Neue Außenhandelstheorie“ in Kapitel 3 dieser Arbeit

⁷² Schirm: *Internationale Politische Ökonomie*, 2004, S. 40

Verhandlungen zur Handelsliberalisierung untergraben. Positiv, also Bausteine für den weltweiten Freihandel, sind regionale Handelsabkommen dann, wenn sie nach dem Prinzip des „open regionalism“ funktionieren. Wenn die Mitgliedschaft in den Handelsabkommen also offen ist, dann würde sich das vorteilhaft auf die globale wirtschaftliche Wohlfahrt auswirken.⁷³

Die Darstellung des Forschungsstandes zur Demokratisierungs- und Regionalismusforschung hat gezeigt, dass die Wirkung von regionaler Integration auf Demokratisierungsprozess innerhalb von Transitionsregionen nur unzureichend geklärt ist. Im folgenden Abschnitt soll nun diese Forschungslücke zwischen der Erklärungskraft der vorhandenen Theorien und der Empirie genauer definiert werden.

⁷³ Vgl. u.a. Bhagwati, Jagdish/ Pangariya, Arvind: Preferential Trading Areas and Multilateralism – Strangers, Friends, or Foes?, in: Baghwati, Jagdish et al. (Hrsg.) : Trading Blocs: alternative approaches to analyzing preferential trade, MIT, 1999, S. 33-100; Pangariya, Arvind: Regionalism in Trade Policy. Essays on Preferential Trade, Maryland, 1999, S. 3-42; Schirm: Internationale Politische Ökonomie, 2004, S. 34-42

3. Das „Puzzle“

Aufbauend auf den Erkenntnissen des Forschungsstandes soll ein Problem aufgezeigt werden. Exemplarisch wird mit Hilfe der „neuen Außenhandelstheorie“ von Paul Krugman zunächst dargestellt, dass regionale wirtschaftliche Integration prinzipiell die Wohlfahrt der beteiligten Staaten positiv beeinflusst. Diese Wohlfahrtssteigerung müsste sich auch positiv auf den Demokratisierungsprozess in der Region auswirken. Anhand von zwei Beispielen, der ASEAN und dem MERCOSUR, soll aber ein „Puzzle“ gezeigt werden: Die oben geschilderten positiven Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung sind in diesen Beispielen nicht zu erkennen. Somit gibt es bislang noch keine befriedigende Antwort auf die Frage nach dem *Einfluss von regionaler (wirtschaftlicher) Integration auf den Demokratisierungsprozess, beziehungsweise auf die Ausbreitung, und/ oder Konsolidierung von liberaler Demokratie in den Transitionsregionen.*

Theoretisch betrachtet, verbessert regionale Wirtschaftsintegration ökonomische Effizienz. In der „neuen Außenhandelstheorie“⁷⁴ begründet Paul Krugman die Effizienz von Außenhandel mit steigenden Skalenerträgen.⁷⁵ Diese entstehen, weil sich aufgrund der Handelsliberalisierung die Absatzmärkte für einzelne Güter vergrößern. Krugman bezieht sich in seinem Modell auf die Analyse des Handels innerhalb von intrasektoralen Märkten, beispielsweise dem Automobilmarkt. Einzelne Märkte können im Krugmanschen Modell Handelsbarrieren unterliegen, wie zum Beispiel der Agrarmarkt der EU; diese verringern allerdings die ökonomische Effizienz in den einzelnen Märkten und damit die Gesamtwohlfahrt. Der Grund ist, dass Handelsbeschränkungen, wie zum Beispiel Zölle, volkswirtschaftliche Wohlfahrtsverluste erzeugen, indem sie die wirtschaftlichen Anreize für Produzenten und Konsumenten verzerren.

Öffnet ein Staat seine Wirtschaft für Außenhandel – zum Beispiel im Zuge von regionaler Wirtschaftsintegration – vergrößert er somit seine Absatzmärkte. Es gibt mehr Arbeitskräfte, mehr Verbraucher und mehr Produzenten. Dies bewirkt eine Ausweitung der Produktion, und zwar im Bezug auf die Menge des einzelnen Gutes und die Anzahl der Güter auf dem Markt (größere Produktvielfalt). Durch die gesteigerte Produktion, sinken, bei unveränderten Fixkosten, die Durchschnittskosten der Produktion und die

⁷⁴ Vgl. Krugman, Paul R.: Increasing Returns, Monopolistic Competitions, and International Trade, in: Journal of International Economics 9/4 (1979), S. 469-479; Krugman, R. Paul/ Obstfeld, Maurice: Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft, München, 2006, S. 159-193

⁷⁵ Skaleneffekte liegen vor, wenn durch jede zusätzlich produzierte Einheit eines Gutes die Gesamtproduktionskosten fallen.

Skalenerträge steigen. Allerdings führen die vergrößerten Märkte auch zu gesteigertem Wettbewerb, da die Erweiterung auf ausländische Märkte die Anzahl der Unternehmen erhöht. Neben fortschreitender Spezialisierung, führt das zu einer sinkenden Marktmacht der einzelnen Unternehmen und damit zu einer verminderten Fähigkeit die Preisbildung zu beeinflussen. Dies bedeutet einerseits, dass die Preise sinken aber auch, dass Unternehmen, die dem Wettbewerbsdruck nicht standhalten können aus dem Markt austreten müssen. Aus ökonomischer Sicht erhöhen all diese Effekte die wirtschaftliche Effizienz und damit den Wohlstand einer Gesellschaft. Die Wirtschaft gewinnt durch positive Handelsbilanzen und damit wird aus wirtschaftlicher und politischer Sicht ein Anreiz zur Handelsliberalisierung, und damit zur regionalen Wirtschaftskooperation geschaffen.⁷⁶

Wie bereits geschildert, geht man in der Wissenschaft nicht mehr davon aus, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung automatisch zur Demokratisierung eines Staates führt. Allerdings ist man sich weitgehend einig, dass Wirtschaftswachstum die Stabilität und den Konsolidierungsprozess von frisch etablierten Demokratien positiv beeinflusst. Wichtig sind dabei aber auch eine niedrige Inflationsrate und eine gleichmäßige Einkommensverteilung. Diese werden durch makroökonomische und wirtschaftspolitische Maßnahmen und Institutionen gesichert, deren Ziele es sind, unter anderem Privateigentum zu schützen, Handel und Finanzmärkte zu liberalisieren, staatliche Intervention in die Wirtschaft zu minimieren und ein stabiles und faires Steuersystem zu garantieren. Unter diesem Aspekt sorgt die wirtschaftliche Entwicklung dafür, dass sich demokratische und marktwirtschaftliche Institutionen etablieren und stabilisieren.⁷⁷ Regionale Wirtschaftskooperation kann dies, neben der Steigerung der Wohlfahrt, zusätzlich unterstützen, da weitere Institutionen geschaffen und politische und wirtschaftliche Reformen angeregt werden. Aus den oben geschilderten Zusammenhängen könnte man nun folgern, dass sich Regionalismus positiv auf den Demokratisierungsprozess auswirkt. Kurz gesagt: Theoretisch gesehen fördert regionale wirtschaftliche Integration ökonomische Effizienz und diese müsste sich positiv auf die Stabilität und den Konsolidierungsprozess von jungen Demokratien auswirken.

Aber was sagt uns die Realität? Im Bezug auf die EU ist dieser Argumentationsgang leicht nachzuvollziehen. Die jungen Demokratien und neuen Mitgliedsstaaten weisen bis auf zwei Ausnahmen (Estland und Litauen) ein solides Wirtschaftswachstum auf,

⁷⁶ Vgl. „Globale Märkte“ Ansatz von Stefan Schirm in Kapitel 2.1.2. in dieser Arbeit.

⁷⁷ Vgl. Kapitel 2.1.1, in dieser Arbeit; Przeworski, Adam/Limongi, Fernando: Modernization, 1997, S. 155-183; Diamond: Developing Democracy, 1999, S. 80

derzeit mit Raten zwischen 2 und 8 Prozent.⁷⁸ Alle Staaten machen beachtliche Fortschritte hinsichtlich ihres Transformationsprozesses. Die neuen Mitgliedsstaaten der EU werden in ihrer letzten Studie vom BTI als demokratisch eingestuft und belegen alle einen der obersten Plätze des Rankings, sowohl im Bezug auf ihren Status-Index, als auch ihren Management-Index⁷⁹. *Freedom House* stuft 2008 alle mittel-, ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten der EU als frei ein. Fast alle Länder erhalten in der Verwirklichung von politischen und bürgerlichen Freiheiten das bestmögliche Rating 1.⁸⁰ (Abbildung 3 soll einen Überblick über die Bewertung der europäischen Transitionstaaten durch den BTI und *Freedom House* schaffen.)

Abbildung 3: Einstufung der neuen EU-Mitgliedsstaaten nach Freedom House und BTI

Land	Status-Index (BTI)	Management-Index (BTI)	Kombiniertes Rating nach Freedom House
Bulgarien	8,44	6,73	2.0 (frei)
Estland	9,42	7,43	1.0 (frei)
Lettland	8,60	6,86	1.5 (frei)
Litauen	9,16	6,70	1.0 (frei)
Malta	-	-	1.0 (frei)
Polen	8,76	5,27	1.0 (frei)
Rumänien	8,31	6,49	2.0 (frei)
Tschechien	9,56	6,62	1.0 (frei)
Slowakei	9,14	7,20	1.0 (frei)
Slowenien	9,49	6,63	1.0 (frei)
Ungarn	9,18	6,67	1.0 (frei)
Zypern	-	-	1.0 (frei)

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: Bertelsmann Transformation Index 2008, Rangliste; Freedom House: *Freedom in the World 2009*. Tables and Graphs.

Allerdings darf man nicht übersehen, dass im Fall der EU eine rechtstaatliche Demokratie und die Einführung von marktwirtschaftlichen Strukturen, eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft sind.⁸¹ Die EU erfüllt somit alle Kriterien, die *Freedom House* als Prämissen für seine These anführt: Eine an Konditionalitäten Mitgliedschaft, eine hohe Demokratiedichte und ausreichende Mittel um Sanktionen durchzusetzen. Insgesamt zeigt sich also innerhalb der EU ein hoher Druck in Richtung liberaler Demokratie.

⁷⁸ Mit „Wachstumsraten“ ist das jährliche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts gemeint.

Vgl. CIA - The World Factbook. Online im Internet: URL:

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2003.html> [Stand: 26.01.2009]

⁷⁹ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008. Rangliste. Online im Internet: URL:

[http://www.bertelsmann-transformation-](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Rangliste_DE.pdf)

[index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Rangliste_DE.pdf](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Rangliste_DE.pdf) [Stand: 19.01.2009]

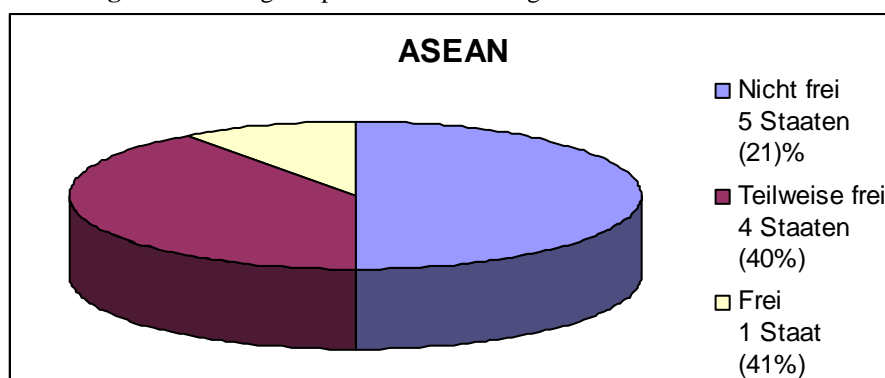
⁸⁰ Freedom House: *Freedom in the World 2008*. Comparative and Historical Data: Country Ratings and status by region, FIW 1973-2009. Online in Internet: URL:

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439> [Stand: 20.01.2009]

⁸¹ Vgl. Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, Artikel 6 vom 24.12.2002. Online in Internet: URL: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002M/pdf/12002M_DE.pdf [Stand: 20.01.2009]; Europa Glossar: Beitrittskriterien (Kopenhagener Kriterien). Online in Internet: URL: http://europa.eu/scadplus/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm [Stand: 20.01.2009]

In anderen Transitionsregionen, in welchen sich Staaten ebenfalls zu regionalen Handelsblöcken zusammengeschlossen haben, wie zum Beispiel in Lateinamerika oder Südostasien, sieht das Bild anders aus. Die Länder der ASEAN weisen bis auf Brunei zwar ein starkes Wirtschaftswachstum auf, mit Raten zwischen drei und sieben Prozent. Mit der Ausbreitung von liberaler Demokratie sieht es im Gegensatz dazu nicht so gut aus:

Abbildung 4: Bewertung der politischen und bürgerlichen Freiheit in der ASEAN



Quelle: Eigene Berechnung nach Freedom House: *Freedom in the World 2009*. Tables and Graphs.

Freedom House stuft im Jahr 2008 nur Indonesien als frei und damit als liberale Demokratie ein. Es ist in der Region sogar das einzige Land, welches den Minimalkriterien einer elektoralen Demokratie entspricht. Der BTI bewertet derzeit kein Land als rechtsstaatliche Demokratie. Nur Indonesien und die Philippinen werden als defekte Demokratie eingestuft, alle anderen Staaten sind, wenn auch teilweise in gemäßiger Form, Autokratien.⁸² In der ASEAN ist die Demokratiedichte damit sehr gering und generell ist eine Tendenz zur wirtschaftlichen Öffnung ohne politische Liberalisierung zu erkennen. Die Mitgliedschaft in der ASEAN scheint, trotz positiven Entwicklungen hin zu einer wirtschaftlichen Liberalisierung, keinen positiven Einfluss auf die Entwicklung von liberaler Demokratie zu haben.

Betrachtet man nun die Länder des MERCOSUR und seine assoziierten Mitglieder, gelten heute nach Einschätzung des BTI nur Chile und Uruguay als liberale Demokratien. *Freedom House* stuft zusätzlich noch Argentinien, Brasilien und Peru als frei und damit als liberale Demokratie ein, allerdings nicht ohne dabei auf Mängel hinzuweisen. Alle anderen gelten als defekte Demokratien, oder stark defekte Demokratien, wie Venezuela und Kolumbien. Die größten Probleme der lateinamerikanischen Staaten lassen

⁸² Vgl. Freedom House: *Freedom in the World 2008*. Tables and Charts. Table of Independent Countries. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/uploads/Chart114File166.pdf> [Stand: 26.01.2009]; Bertelsmann Transformation Index 2008. Rangliste.

sich nach einer Analyse von Peter Thiery auf der Basis des BTI, vor allem in der Dimension des liberalen Rechts- und Verfassungsstaats ausmachen.⁸³

Zusammenfassend kann man für die Staaten des MERCOSUR also festhalten: Sie haben trotz eines soliden Wirtschaftswachstums, einer bereits vollzogenen Demokratisierung und der Mitgliedschaft in einer regionalen Wirtschaftsorganisation ihren Konsolidierungsprozess hin zu einer liberalen Demokratie noch nicht vollzogen. Dies wird möglicherweise auch in naher Zukunft nicht geschehen.

Aus der vorangegangenen Kurzanalyse lassen sich nun folgende interessante Fragen ableiten: Was sind die Gründe für den verzögerten Konsolidierungsprozess in den Staaten des MERCOSUR? Warum zeigen sich in der ASEAN, trotz einer globalen Demokratisierungswelle, kaum Tendenzen zur Demokratisierung? Und vor allem: Welche Rolle spielt dabei jeweils der **regionale Integrationsprozess**?

⁸³ Vgl. Thiery: Intakte und defekte Demokratie, 2008, S. 65

4. Das theoretische Konzept

Im Folgenden soll nun versucht werden einen theoretischen Ansatz zu finden, der im Allgemeinen – und im Speziellen auf die gewählten Fallstudien – erklären kann, wie sich regionale Wirtschaftsintegration auf die Entwicklung der politischen Systeme von Staaten, beziehungsweise die Konsolidierung von Demokratie, in Transitionsregionen auswirkt. Dafür wird zunächst geklärt, welche theoretische Strömung sich am besten eignet, die zentrale Fragestellung zu bearbeiten. Dazu soll kurz auf relevante Theorien eingegangen werden und geklärt werden wo sich deren Mängel in der jeweiligen Erklärungskraft befinden.

4.1 Auf der Suche nach einer passenden Theorie

Im Zusammenhang mit der Fragestellung soll untersucht werden, wie sich regionale Wirtschaftsintegration auf die Konsolidierung von liberaler Demokratie auswirkt. Im Allgemeinen muss demnach analysiert werden, wie internationale Prozesse auf nationale Politik einwirken und staatliches Verhalten verändern. Realistische Ansätze sehen Staaten als einheitliche Akteure auf dem internationalen Parkett. Machtstreben im Realismus nach Hans Morgenthau, respektive Maximierung von Sicherheit im Neorealismus nach Kenneth Waltz, sind die zentralen Interessen von Staaten und damit für diese handlungsleitend. Prozesse, die innerhalb der nationalen Grenzen geschehen, haben keine Auswirkungen auf die Struktur des internationalen Staatensystems.⁸⁴ Um aber den Einfluss von internationalen Prozessen auf nationale Interessen sowie auf nationales Verhalten zu analysieren, muss die „Blackbox“ des Staates geöffnet werden. Die Problemstellung kann folglich mit einem realistischen Ansatz nicht bearbeitet werden.

Liberalen Ansätze der internationalen Politik gehen genau diesen Schritt und untersuchen, wie sich nationale Präferenzbildung auf die staatliche Außenpolitik auswirkt. Die grundlegende Prämisse von liberalen Theorien ist, dass staatliches Handeln wesentlich durch die Beziehungen zwischen dem Staat und seinem innerstaatlichem gesellschaftlichen Gefüge geprägt wird. Beispielsweise geht Andrew Moravcsik im „neuen Liberalismus“⁸⁵ davon aus, dass Regierungen versuchen innerstaatliche Präferenzbildung um-

⁸⁴ Vgl. Morgenthau, Hans J.: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh, 1963 [1948], S. 48-80; Waltz, Kenneth N.: Theory of International Politics, New York, 1979, S. 79-101

⁸⁵ Vgl. Moravcsik, Andrew: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51/4 (1997), S. 513-553

zusetzen. Präferenzen werden zwischen Individuen und gesellschaftlichen Gruppen in einem Aushandlungsprozess gebildet. Die Interessen eines Staates entstehen somit endogen und sind nicht (wie bei realistischen Ansätzen) exogen gegeben. Der Staat dient dabei lediglich als Transmissionsriemen für dominante gesellschaftliche Präferenzen. Somit bestimmt die innerstaatliche Präferenzordnung das staatliche Verhalten auf der internationalen Ebene. Im kommerziellen Liberalismus⁸⁶ erklärt Moravscik staatliches Verhalten auf der Basis von Marktanreizen: Staatliches Verhalten ist somit determiniert durch Gewinne oder Verluste, die Akteure durch Außenhandel erzielen oder erleiden. Damit kann durch das „bottom-up“ Prinzip erklärt werden, warum Staaten auf wirtschaftlicher Ebene kooperieren, aber nicht wie sich „top-down“ diese Kooperation auf nationale Prozesse, beziehungsweise auf die Konsolidierung von Demokratie auswirkt. In der zu untersuchenden Problemstellung ist aber davon auszugehen, dass zusätzlich exogene Faktoren (regionale Integration) die nationalen Interessen beeinflussen und dadurch staatliches Verhalten beeinflussen können.

Robert Putnam integriert in seinem „two-level game“-Ansatz⁸⁷ die internationale und nationale Ebene. Er geht davon aus, dass nationale Regierungen auf zwei Schauplätzen gleichzeitig agieren: Zum einen befinden sie sich auf der internationalen Ebene (Ebene I) in Verhandlungen mit anderen Regierungen und Diplomaten. Zum anderen wird auf der nationalen Ebene (Ebene II) die Auseinandersetzung mit innenpolitischen Akteuren ausgetragen, die ihre jeweiligen Interessen durchsetzen wollen. Politische Entscheidungen können nur dann getroffen werden, wenn diese sowohl in internationalen als auch nationalen Entscheidungsgremien angenommen und ratifiziert werden. Mit diesem Ansatz kann gut erklärt werden, wie Entscheidungen unter Berücksichtigung von beiden Ebenen getroffen werden. Allerdings ist es auch hier vor allem die nationale Ebene, die das Verhalten von Staaten auf der internationalen Ebene beeinflusst. Somit kann erklärt werden, weshalb sich Staaten zu regionalen Organisationen zusammenschließen, aber nicht wie sich diese Kooperation auswirkt.

Ein weiterer relevanter liberaler Ansatz stammt von Helen Milner.⁸⁸ Sie versucht zu erklären, unter welchen Bedingungen Staaten in bestimmten Politikfeldern kooperieren. Kooperation erzeugt dabei immer Gewinner und Verlierer. Somit gibt es auch immer

⁸⁶ Moravscik unterscheidet drei Varianten der liberalen Theorie den ideellen, kommerziellen und den republikanischen Liberalismus.

⁸⁷ Putnam, Robert D.: Diplomacy and domestic politics: the logic of two-level games, in: International Organization 42/3 (1988), S.427-460

⁸⁸ Milner, Helen: Interests, Institutions, and Information: Domestic Politics and International Relations, Princeton, 1997

Kooperationsgegner und Kooperationsbefürworter. Der Kampf zwischen diesen Gruppen behindert oder fördert Kooperation. Bestimmend dafür sind drei innenpolitische Faktoren: die Struktur der nationalen Präferenzen, die Natur der nationalen Institutionen und die interne Verteilung von Informationen. Im Allgemeinen ist das Problem dieses Ansatzes, dass er sich vor allem auf liberale Demokratien anwenden lässt, Schwierigkeiten jedoch bei der Analyse von Kooperation von Staaten mit nicht-demokratisch verfassten Regierungssystemen hat. Im Hinblick auf die zentrale Fragestellung kommt hinzu, dass hier, ebenso wie bei den beiden anderen dargestellten Theorieansätzen, nur erklärt werden kann, *warum* Staaten kooperieren und nicht *wie* sich diese Kooperation auswirkt.

Selbstverständlich können im Rahmen dieser Arbeit die liberalen Theorieansätze der Internationalen Beziehungen nicht erschöpfend hinsichtlich ihrer Brauchbarkeit für die konkrete Fragestellung diskutiert werden. Die vorangegangene Diskussion sollte aber ein allgemeines Problem aufzeigen: In den liberalen Theorien der Internationalen Beziehungen sind nationale Strukturen, wie zum Beispiel das politische System oder die Präferenzstruktur, Eigenschaften von Staaten, die sich in internen Prozessen herausbilden und das Verhalten von Staaten beeinflussen. Nationale Politik wird somit zur unabhängigen (erklärenden) oder intervenierenden Variable, internationale Politik zur abhängigen (erklärten) Variable. Im Bezug auf die grundlegende Fragestellung dieser Arbeit ist eine umgekehrte Herangehensweise sinnvoll: Es ist die internationale Ebene, die nationale Politik und Prozesse beeinflusst. Somit sind die internationalen Wirtschaftsbeziehungen die unabhängige Variable und die politischen Systeme (nationale Politik) der Staaten die abhängige Variable. Peter Gourevitch setzt sich mit diesem Problem in seinem Aufsatz „The second image reversed: the international sources of domestic politics“ auseinander. Er stellt fest, dass es vielfältige Möglichkeiten gibt, wie die internationalen Beziehungen Staaten beeinflussen können:

„[The] impact on domestic politics’ could include a variety of effects: specific events, specific decisions, a policy, regime type, and coalition pattern.”⁸⁹

Der Wirtschaftswissenschaftler Albert O. Hirschman entwickelte bereits 1945 in seinem Buch „National Power and the Structure of Foreign Trade“⁹⁰ einen Ansatz, der erklärt, wie durch Außenhandel Zwang und Einfluss auf andere Staaten ausgeübt werden

⁸⁹ Gourevitch, Peter: The second image reversed: the international sources of domestic politics, in: International Organization 32/4 (1978), S. 883

⁹⁰ Hirschman, Albert O.: National Power and the Structure of Foreign Trade, Expanded Edition, Berkeley, Los Angeles and London, 1980 [1945]

kann. Auch wenn man den Hirschmanschen Ansatz nicht direkt zu den liberalen Theorien zuordnen kann, so steht er doch in ihrer Tradition, weil er, wie alle liberalen Ansätze, der Prämisse folgt, dass staatliches Handeln auf dem internationalen Parkett auch durch nationale Prozesse determiniert wird.

Im Folgenden werden zunächst der theoretische Ansatz von Hirschman und die diesbezügliche Neuaufarbeitung von Rawi Abdelal und Jonathan Kirshner dargestellt. Danach wird der Versuch unternommen, den theoretischen Ansatz auf die konkrete Fragestellung anzuwenden und eine Arbeitshypothese daraus abzuleiten.

4.1.1 Der Hirschmansche Ansatz

Der theoretische Ansatz von Hirschman erklärt, wie sich Handelsbeziehungen zwischen Staaten auf die Ausbildung von nationalen Interessen und nationale Politik auswirken. Hirschman stellt fest, dass Abhängigkeits- Einfluss- oder Dominanzbeziehungen zwischen Staaten durch Handel entstehen können. Außenhandel hat in dieser Hinsicht zwei Effekte: den Angebots- und den Einflusseffekt. Ersterer entsteht durch ein größeres Warenangebot, welches sich durch die Möglichkeit zur Spezialisierung positiv auf die Wohlfahrt eines Staates auswirkt, wodurch gewisse Abhängigkeiten vom Außenhandel entstehen. Hirschman sieht Handel als eine Alternative zum Krieg: Er ist eine Quelle des Zwangs in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten, da zwischen diesen der Handel einfach ausgesetzt werden kann. Dies verleiht den Staaten Drohpotential, wodurch die Entstehung des Einflusseffektes erklärt wäre. Hirschman beschreibt diesen folgendermaßen:

„Thus, the power to interrupt commercial or financial relations with any country, considered as an attribute of national sovereignty, is the root cause of influence or power position which a country acquires in other countries, just as it is the root cause of the ‘dependence on trade’.“⁹¹

Der Einflusseffekt ist besonders groß, wenn die Handelsbeziehungen asymmetrisch sind, das heißt wenn der Handel für den jeweiligen Staat unterschiedliche Wertigkeit besitzt. Angenommen, zwei Länder A und B betreiben Handel: Asymmetrisch sind die Handelsbeziehungen dann, wenn beispielsweise B stärker vom Handel abhängig ist als A. Dies ist unter anderem der Fall, wenn es für B schwer ist den Handel mit A einzustellen, oder A als Abnehmer oder Anbieter zu ersetzen. Der Einfluss von A auf B hängt davon ab, wie hoch der Gewinn ist, den B aus dem Handel mit A erzielt. Der Gewinn eines Landes ist hier nicht in absoluten Zahlen zu verstehen, sondern als subjektiver Gewinn. Dieser steigt, wenn ein Land entweder stark auf Export ausgerichtet ist, oder

⁹¹ Hirschman: National Power, 1980, S. 16

das importierte Gut dringend braucht. Das Land, das subjektiv gesehen stärker vom Handel profitiert, ist somit auch stärker abhängig. Umgekehrt hat das Land mit dem kleineren subjektiven Handelsgewinn größeren Einfluss. Man kann also sagen:

„(...) a country, though obtaining a smaller objective gain form trade, may still enjoy a greater subjective gain; (...).“⁹²

Durch Außenhandel entstehen somit Einflusseffekte, die es einem Staat ermöglichen andere Staaten zu beeinflussen. Wenn sich der Handel zwischen Staaten intensiviert, wächst auch die Abhängigkeit des dominierenden Landes. Es gibt somit einen Konflikt zwischen einem großen Einflusseffekt: durch die Steigerung von Handelsgewinnen und der Minimierung von Abhängigkeiten durch Außenhandel. Um die eigene Abhängigkeit zu verringern, muss sich ein Staat möglichst Handelspartner suchen, die die eigenen Exporte dringender benötigen.

Durch den Einflusseffekt des Außenhandels können zudem staatliche Interessen verändert werden. Wenn bestimmte Gruppen besonders stark von dem Wegfall des Exports betroffen sind, dann werden diese die Interessen des Handelspartners umsetzen wollen.

„In the social pattern of each country there exist certain powerful groups the support of which is particularly valuable to a *foreign* country in its power policy, the foreign country will therefore try to establish commercial relations especially with these groups, in order that their voices will be raised in its favour.“⁹³

Das heißt, durch Außenhandel können Interessen von einflussreichen Gruppen und damit die Außenpolitik eines Staates gezielt beeinflusst werden. Die Abhängigkeiten zwischen Handelspartnern kann durch Diversifikation des Handels auf verschiedene Handelspartner vermindert werden, dadurch verringert sich auch der Einflusseffekt. Möglicherweise hat der dominierende Staat Interesse daran diese Diversifikation zu vermeiden und unterlegt die Handelsbeziehungen zusätzlich mit besonderen Anreizen.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass asymmetrische Handelsbeziehungen dem dominanten Staat „coercive power“ geben. Dadurch wird Anpassungsdruck erzeugt, der dazu führt, dass der abhängigere Staat seine Interessen in die Richtung des dominanten Staates verändert. Hirschman legt sein Hauptaugenmerk auf den Aspekt des *Zwangs*.

⁹² Hirschman: National Power, 1980, S. 23

⁹³ ebd. S. 29 (Hervorhebung im Original)

4.1.2 Die Neuaufarbeitung

Abdelal und Kirshner⁹⁴ betonen in ihrer Neubearbeitung des Hirschmanschen Ansatzes jedoch den Aspekt des *Einflusses*. In ihrer Einschätzung bezieht sich die „coercive power“ direkt auf die Veränderungen von Politikmaßnahmen. Durch gezielte Einflussnahme können jedoch Interessen verändert werden. Die Muster der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen beeinflussen die Innenpolitik dadurch, dass nationale Interessen geformt werden. Dieser Zusammenhang gilt immer, ist jedoch am stärksten bei asymmetrischen Beziehungen. Abdelal und Kirshner beziehen sich bei ihrer Analyse vor allem auf bilaterale Handelsbeziehungen. Die Teilnahme an einem solchen Arrangement stärkt diejenigen, die profitieren, gegenüber denjenigen, die nicht profitieren. Diese Stärke kann in politische Macht übersetzt werden. Durch das Abkommen werden wirtschaftliche Anreize für Firmen und Sektoren verändert. Ständige Umstrukturierungen des Verhaltens führen zu neuen Interessen und der Bildung von neuen politischen Koalitionen, die diese Interessen vertreten. Letztendlich muss die Zentralregierung diesem Druck nachgeben und ihre Interessen neu formulieren. Veränderungen im staatlichen Verhalten entstehen deshalb nicht nur durch Zwang, sondern dadurch, dass neue Anreize Interessen beeinflussen. Das dahinter stehende Konzept nennt Joseph S. Nye Jr. „soft power“. Andere sollen nicht gezwungen werden, das zu tun, was man will, sondern dahingehend beeinflusst werden, *das zu wollen*, was man selbst will.⁹⁵ Das Konzept der Abhängigkeit wird, im Hirschmanschen Ansatz, von Staaten dazu benutzt politische Ziele durchzusetzen. Allerdings geht es hier nicht um die Ausnutzung von kleineren, abhängigen Staaten, da diese ebenfalls durch die Kooperation profitieren. Genau diese Kooperationsgewinne sind die Ursache des Einflusseffektes, der durch Wirtschaftsbeziehungen ausgelöst wird.

4.2 Anwendung der Theorie auf die Fragestellung

Wie trägt dieser Ansatz nun zum Verständnis der Problemstellung bei? Wie kann man einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Integration in Transitionsregionen und der Konsolidierung von liberaler Demokratie, beziehungsweise deren Ausbreitung, herstellen? Da eine direkte Anwendung des oben dargestellten Ansatzes auf die Fragestellung nicht möglich ist, muss ein Umweg genommen werden. Die Argumentation erfolgt in drei Schritten: Zunächst wird erläutert, wie westliche Staaten durch wirtschaftli-

⁹⁴ Vgl. Abdelal, Rawi/ Kirshner, Jonathan: Strategy, Economic Relations and the Definition of National Interests, in: Security Studies 9/1 (1999), S. 119-159

⁹⁵ Vgl. Nye, Joseph S.: Soft Power, in Foreign Policy 80 (1990), S. 153-171

che Beziehungen Einfluss auf Transformations- und Entwicklungsländer ausüben können. Dann wird gezeigt, dass westliche Demokratien Interesse an der Verbreitung von liberaler Demokratie in der Welt haben und dies auch umsetzen wollen. In einem letzten Schritt wird dann dargelegt, wie regionale Wirtschaftskooperation die Strukturen der Wirtschaftsbeziehungen verändert. Daraus resultierend, verändern sich auch die Abhängigkeitsverhältnisse vom Westen und die Einflussmöglichkeiten des Westens im Bezug auf Transformations- und Entwicklungsländer. Auf diese Weise soll dann ein Rückschluss darauf gezogen werden, wie sich regionale Kooperation auf die Konsolidierung von liberaler Demokratie, beziehungsweise auf die Transformationsprozesse, auswirkt.

Die Argumentation erfordert zunächst eine Verallgemeinerung des Ansatzes: Einfluss entsteht nicht ausschließlich durch bilaterale Handelsbeziehungen, sondern auch multilateral, zum Beispiel durch die Integration von Staaten in die Weltwirtschaft oder durch die gezielte Vergabe von Entwicklungshilfe. Durch die Einbindung von Staaten in internationale Wirtschaftsorganisationen, wie die Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfond (IWF) oder die Weltbank werden Anreiz- und Sanktionssysteme geschaffen, die maßgeblich dazu beitragen können staatliches Handeln zu beeinflussen. Die asymmetrischen Beziehungen innerhalb dieser Organisationen entstehen beispielsweise aufgrund der unterschiedlichen Gewichtung der einzelnen Mitgliedsstaaten. Zum Beispiel werden im IWF und der Weltbank Entscheidungen auf der Basis eines gewichteten Stimmrechts getroffen, welches sich aus der relativen wirtschaftlichen Stärke eines Landes ableitet. Dadurch sind es vor allem die westlichen Industrienationen, die den größten Einfluss auf Entscheidungen haben und damit auf diesem Weg das Handeln und die Interessen von kleineren Staaten beeinflussen können.⁹⁶

Die Weltbank und der IWF haben beide die Steigerung des Lebensstandards ihrer Mitgliedsstaaten zum Ziel, konzentrieren sich dabei aber jeweils auf unterschiedliche Aufgabenbereiche. Der IWF kümmert sich um die Stabilität des internationalen Finanzsystems und hilft Mitgliedsstaaten mittels Politikberatung, technischer Unterstützung und der Gewährung von kurzfristigen Krediten, ihre Ökonomien zu stärken. Die Weltbank konzentriert sich in erster Linie auf die langfristige wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung in Form von finanzieller Hilfe und durch Engagement in konkrete Projekte. Beide Institutionen finanzieren sich aus einem Fonds, der aus den Bei-

⁹⁶ Vgl. International Monetary Fund: About the IMF. Country Representation. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/about/govrep.htm> [Stand: 04.02.2009]; Grieco, Joseph M./ Ikenberry, John G.: State Power and World Politics. The International Political Economy, New York and London, 2003, S. 136

trägen der Mitgliedsstaaten errichtet wird, welcher sich (genauso wie die Stimmverteilung) proportional zur Größe der jeweiligen Ökonomien zusammensetzt.⁹⁷ Die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen und Zuwendungen ist dabei größtenteils an Konditionen geknüpft, die ein Nehmerland erfüllen muss. Diese Bedingungen beziehen sich in erster Linie auf wirtschaftspolitische Reformen, die ein Staat durchführen soll, um akute und chronische wirtschaftliche Probleme zu lösen, die beispielsweise durch eine Wirtschaftskrise oder generelle ineffizientes Wirtschaften ausgelöst wurden.⁹⁸ Nichteinhaltung der Bedingungen durch ein Nehmerland hat Sanktionen zur Folge. Diese sind entweder direkter Art, durch die Verweigerung zusätzlicher oder zukünftiger Hilfe, oder entstehen indirekt durch Reputations- bzw. Vertrauensverlust in der internationalen Staatengemeinschaft.

Einfluss auf die Politik von Staaten entsteht also *einerseits* aufgrund von Anreizen durch die Bereitstellung von institutionellen Zuwendungen. Durch die Überwachung der Umsetzung von Reformen, die an die Zuwendungen gekoppelt werden, sind es *andererseits* aber auch Sanktionen, die staatliches Verhalten beeinflussen. In diesem Zusammenhang kann es also sein, dass Transformations- oder Entwicklungsländer Reformen umsetzen, die sie aus eigener Motivation heraus sonst wohlmöglich nicht durchgeführt hätten. Die Tatsache, dass die westlichen Industrienationen einen großen Stimmanteil haben - im IWF sind es immerhin knapp 57%⁹⁹ - deutet darauf hin, dass es sich vor allem um Reformen handelt, die in deren Interesse liegen und wahrscheinlich auch ihren Idealen entsprechen. Abbildung 5 soll die Stimmverteilung des IWF in verschiedenen Regionen veranschaulichen.

Ein gutes Beispiel für westlich orientierte Reformen ist der so genannte *Washington Konsensus*.¹⁰⁰ Geprägt wurde der Washington Konsensus 1990 durch den Ökonomen John Williamson und bezog sich damals in erster Linie auf:

„(...) the lowest common denominator of policy advice being addressed by the Washington-based institutions to Latin American countries as of 1989.“¹⁰¹

⁹⁷ Vgl. International Monetary Fund: Factsheet – September 2008. The IMF and the World Bank. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/imfwb.htm> [Stand: 04.02.2009]

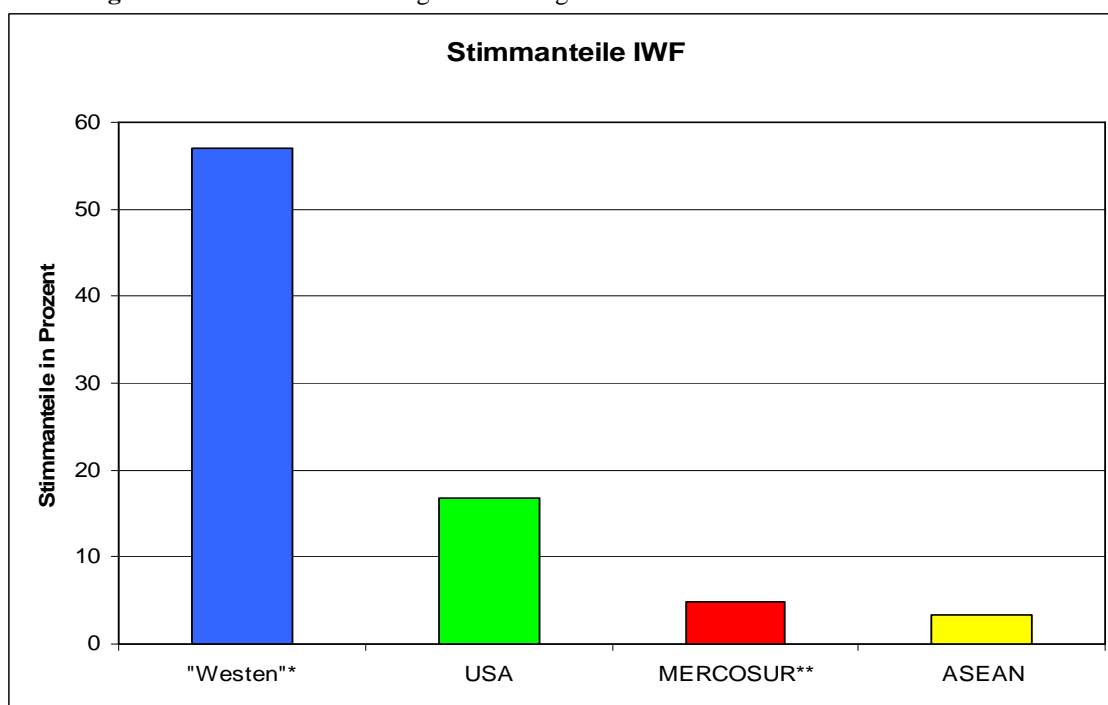
⁹⁸ Vgl. International Monetary Fund: Factsheet – May 2008. IMF Conditionality. Online in Internet: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/conditio.htm> [Stand: 17.03.2009]

⁹⁹ Vgl. International Monetary Fund: IMF Members' Quotas and Voting Power, and IMF Board of Governors, 2008. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.htm#total> [Stand: 06.02.2009]

¹⁰⁰ Konsensus, weil sich eine Gruppe von Wissenschaftlern, Think Tanks, Politikern usw. auf eine Reihe von Maßnahmen einigten.

¹⁰¹ Global Trade Negotiations Home Page. Washington Consensus, 2003. Online in Internet: URL: <http://www.cid.harvard.edu/cidtrade/issues/washington.html> [Stand: 06.02.2009]

Abbildung 5: Stimmanteile IWF im regionalen Vergleich



* „Westen“ bezieht sich auf Nordamerika, die EU, alle weiteren europäische OECD Staaten, die nicht zur EU gehören, Australien und Neuseeland.

**inklusive der assoziierten Mitgliedsstaaten des MERCOSUR

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von: International Monetary Fund: IMF Members' Quotas and Voting Power, and IMF Board of Governors, 2008.

Die wesentlichen Punkte des Washington Konsensus umfassen neoliberale Reformen, die Entwicklungsländer, beispielsweise aus Sicht des IWF, durchführen müssen um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Er umfasst zehn Strukturanpassungen: Haushaltsdisziplin, Steuerreform (niedrige Steuersätze und eine breite Bemessungsgrundlage), positive Zinsraten, kompetitive Wechselkurse, Handelsliberalisierung, Liberalisierung von ausländischen Direktinvestitionen, Privatisierung, Deregulierung der Wirtschaft und Entbürokratisierung, Schutz von Privateigentum, Umlenkung von Ausgabenprioritäten auf Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. All diese Maßnahmen zielen auf eine Etablierung von marktwirtschaftlichen Strukturen, im Wesentlichen ein grundlegendes Merkmal von westlichen Demokratien. Wenn auch von vielen Seiten kritisiert und mehrmals modifiziert¹⁰², erarbeiten der IWF und die Weltbank auf dessen Basis die durchzuführenden Reformen in den betroffenen Staaten.

¹⁰² Massivster Kritiker war Joseph Stiglitz. Er bemängelte vor allem, dass zwischen den verschiedenen Staaten zu wenige Unterscheidungen getroffen würden und die Politikvorschläge für alle Entwicklungsländer gelten, obwohl die Probleme oft von sehr unterschiedlicher Natur sind. Vgl. dazu: Stiglitz Joseph E.: *Working Paper Series*. The Post Washington Consensus Consensus, Columbia University. Online in Internet: URL:http://www0.gsb.columbia.edu/ipd/pub/barcelonaINTROjes11_8.pdf [Stand: 07.02.2009]; Weitere Kritik: Rodrik, Dani: Goodbye Washington Consensus, Hello Washington Confusion?, Harvard University, 2006. Online in Internet: URL: http://ksghome.harvard.edu/~drodrik/Lessons%20of%20the%201990s%20review%20_JEL_.pdf

Zusammenfassend entsteht Einfluss auf staatliches Handeln und staatliche Interessen nicht nur aufgrund bilateraler Handelsbeziehungen, sondern generell durch wirtschaftliche Beziehungen. Am Beispiel des IWF ist deutlich zu erkennen, dass die westlichen Industrienationen aufgrund ihrer starken Repräsentation erheblichen Einfluss auf Entscheidungen haben. Damit können sie auf Transformations- und Entwicklungsländer Druck ausüben, Reformen durchzuführen, die westlichen Interessen und Idealen entsprechen.

Für die weitere Argumentation wird zudem davon ausgegangen, dass westliche Demokratien ein grundlegendes Interesse daran haben, dass sich die Welt demokratisiert. Grundlage dafür ist das Empfinden, dass liberale Demokratien füreinander transparenter sind und deshalb leichter kooperieren und weniger Kriege führen. Es gibt hierzu eine breite Forschung, für welche das Theorem des „demokratischen Friedens“ die Ausgangsbasis bildet.¹⁰³ Wie anfangs bereits umfassend geschildert, schließt Demokratie im westlichen Verständnis immer auch Liberalismus mit ein. Gemeint ist damit unter anderem, die Wahrung von individuellen Freiheitsrechten politischer und bürgerlicher, aber auch wirtschaftlicher Art. Auf der *nationalen Ebene* bedeutet dies die Implementierung von marktwirtschaftlichen Regeln. Auf der *internationalen Ebene* ist es die weitgehende Verbreitung und Verfestigung von Freihandel.

Der IWF, die Weltbank, die WTO und die Vereinten Nationen sind Institutionen, die auf westliche Initiative hin entstanden sind und welche derzeit (noch) von westlichen Staaten dominiert werden. Grundlage dieser Organisationen sind konsequenter Weise „westliche Werte“. Auch wenn es umstritten ist, ob es so etwas wie „westliche Werte“ überhaupt gibt, oder was diese sind, ist es für diese Arbeit sinnvoll sie unter diesem kleinsten gemeinsamen Nenner zu subsumieren: Demokratie, Menschenrechte, Marktwirtschaft. In diesem Zusammenhang ist es weitgehend unerheblich, ob diese Werte „typisch“ westlich sind, und ob diese mit anderen Kulturkreisen - so wie von Huntington bezweifelt - kompatibel sind. Zentral für die weitere Argumentation ist, dass es Werte sind, an die der Westen glaubt, und die er verbreiten und schützen will. In der Präambel der Charta der Vereinten Nationen, beispielsweise, ist die Rede vom „Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persön-

[Stand: 07.02.2009]; Naim, Moises (Hrsg.): Fads and Fashion in Economic Reforms: Washington Consensus or Washington Confusion?, in: Foreign Policy Magazine, 1999. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/1999/reforms/Naim.HTM> [Stand: 20.01.2009]

¹⁰³. Vgl. u.a. Hasenclever, Andreas: Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 2003; S. 199-225

lichkeit“¹⁰⁴. Weiterhin unterstützen und überwachen die Vereinten Nationen die Durchführung von Wahlen in Transformationsstaaten oder die Errichtung von demokratischen Institutionen. In der „Universal Declaration of Human Rights“ heißt es dann auch relativ deutlich:

„The will of people shall be the basis of the authority of government; this will shall be expressed in periodic and genuine elections which shall be by universal and equal suffrage and shall be held by secret vote or by equivalent free voting procedures.“¹⁰⁵

Auch wenn in den Zielsetzungen der Organisationen das Wort *Demokratie* nicht explizit vorkommt, so schwingt es doch implizit mit. Der IWF und die Weltbank legen bei ihrer Arbeit großen Wert auf das Konzept des „Good Governance“, also auf eine gute Regierungsführung. Die Arbeit der beiden Institutionen ist, wie erläutert, auf die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Mitgliedsstaaten ausgerichtet. Dabei ist die Korruptionsbekämpfung ein wesentlicher Bestandteil. Korruption ist die Ausnutzung von politischer Autorität, beispielsweise zur persönlichen Bereicherung und von daher mit „Poor Governance“ verbunden. Im Zusammenhang mit der Korruptionsbekämpfung leistet der IWF Hilfestellungen bei der Errichtung und Stärkung von Administrationen in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Weiterhin werden Politikmaßnahmen angestrebt, die Transparenz fördern und Anpassung an internationale Standards im Finanz- und Unternehmenssektor erzeugen. Darüber hinaus fordert der IWF im Zusammenhang mit „Good Governance“ explizit Rechtsstaatlichkeit und die Effizienz und Verlässlichkeit von öffentlichen Sektoren ein.¹⁰⁶ Zusammengefasst sind dies alle Aspekte, die auch im Verständnis von liberaler Demokratie eingeschlossen sind.

Ein weiteres Beispiel, für die Einflussnahme des Westens, beziehungsweise der USA durch die gezielte Vergabe von Entwicklungshilfe, ist die *Millennium Challenge Corporation* (MCC).¹⁰⁷ Die Einrichtung wurde 2004 durch die Bush-Administration als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September 2001 gegründet. Der Hintergrund war, dass Armut und Instabilität in den Entwicklungsländern als Hauptursachen für den internationalen Terror wahrgenommen werden. Die MCC verwaltet einen Entwick-

¹⁰⁴ Charta der Vereinten Nationen. Präambel. Online in Internet: URL: http://www.unric.org/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=196&lang=de [Stand: 06.02.2009]

¹⁰⁵ Universal Declaration of Human Rights: Artikel 21 Absatz 3. Online in Internet: URL: <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/eng.pdf> [Stand: 07.02.2009]

¹⁰⁶ Vgl. International Monetary Fund: The IMF's Approach to Promoting Good Governance and Combating Corruption – A Guide, 2005. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/np/gov/guide/eng/index.htm> [Stand: 07.02.2009]

¹⁰⁷ Vgl. Millennium Challenge Corporation. About MCC. Online in Internet: URL: <http://www.mcc.gov/about/index.php> [Stand: 16.02.2009]

lungshilfefond (Millennium Challenge Account), der an Staaten mit geringem Einkommensniveau gerichtet ist. Das Prinzip des Fonds ist der Glaube, dass „(...) Hilfe besonders effektiv ist, wenn sie ‘Good Governance’, wirtschaftliche Freiheit und Investitionen in Menschen verstärkt.“¹⁰⁸

Die Vergabe der Entwicklungshilfe ist deshalb an strikte Bedingungen gebunden; hinsichtlich drei zentraler Kriterien: „Gerechtes Regieren“, „Investition in Menschen“ und „wirtschaftliche Freiheit“. Staaten können sich nur für das Programm qualifizieren, wenn sie im Bezug auf diese Kriterien bestimmte Voraussetzungen erfüllen oder sich gewillt zeigen notwendige Reformen durchzuführen. Weiterhin bietet das Programm auch gezielte Hilfe bei der Umsetzung und Verbesserung der geforderten Kriterien an. Auf diese Weise sollen nur Staaten gefördert werden, die Bereitschaft zu einer guten Wirtschaftspolitik, Reformen und Good Governance gezeigt haben. Dieses Prinzip der Konditionalität, beziehungsweise Selektivität bei der Vergabe von Entwicklungshilfe, soll für Interessensgruppen und Regierungen gleichermaßen als Anreiz dienen in den genannten Kriterien Reformen anzustreben.

Die geschilderten Beispiele sollten zeigen, dass der Westen durch vielfältige Kanäle, wie dem IWF, der Weltbank, der UNO oder durch zielgerichtete Entwicklungshilfe seine Wertvorstellungen von Demokratie und Marktwirtschaft auf der Welt verbreiten kann. Larry Diamond geht dabei so weit, dass er westliche Regierungen sogar zu gezieltem Vorgehen auffordert. Er äußert sich folgendermaßen:

„By holding governments accountable and making foreign aid contingent on good governance, donors can help reverse democratic recession.“¹⁰⁹

Somit führen wirtschaftliche Beziehungen unterschiedlicher Art, vor allem aber asymmetrische Interdependenzen, dazu, dass Staaten das Handeln und die Interessen anderer Staaten beeinflussen können. Dies gilt nicht nur für bilaterale Handelsbeziehungen, sondern auch für die Einbindung von Staaten in wirtschaftliche Organisationen, wie dem IWF, der Weltbank oder der WTO.

Allerdings muss man dabei bedenken, dass die Strukturen dieser Einflussbeziehungen nicht statisch sind, sondern kontinuierlichen Veränderungen unterliegen. Hirschman hat sich in der Neuauflage seines Werkes „National Power“ in der Vorbemerkung mit diesem Problem beschäftigt und übt damit Kritik an seiner „Jugendschrift“¹¹⁰. Im Zusam-

¹⁰⁸ Originalzitat übersetzt durch Autorin: „(...) aid is most effective when it reinforces good governance, economic freedom and investments in people.“ Millennium Challenge Corporation. About MCC.

¹⁰⁹ Diamond: The Democratic Rollback, 2008, S. 2

¹¹⁰ Hirschman: National Power, 1980 [1945], S. V

menhang mit der Frage, wie stabil die Beziehung von Dominanz und Abhängigkeit ist, die aus asymmetrischen Handelsbeziehungen entsteht, stellt er fest, dass Staaten durchaus den Willen haben können Sanktionen auszuhalten oder wirtschaftliche Entbehrungen zu ertragen. Der Grund dafür ist genau die Vermeidung von Abhängigkeiten und die Erhaltung der eigenen Selbstständigkeit. Ein Land, dessen Wirtschaft und Politik durch ein größeres Land dominiert wird und dieses nicht wünscht, wird versuchen, sich von diesen Fesseln zu befreien. Das große Land, so Hirschman, wird dieser Tatsache keine so große Beachtung schenken. Er fasst zusammen:

„Hence our basic economic disparity generates a disparity of attention, (...) and this disparity now favors the *dependent* country: that country is likely to pursue its escape from domination more actively and energetically than the dominant country will work on preventing this escape.”¹¹¹

Diese Disparität der Aufmerksamkeit erzeugt die Möglichkeit einer Transformation der Struktur der Einfluss- und Abhängigkeitsbeziehungen. Weiterhin ist die Intensität des Einflusses, welcher auf Staaten ausgeübt wird, stark davon abhängig, ob es Alternativen gibt. Im konkreten Fall also entweder alternative Handelspartner, oder alternative Organisationen, die wirtschaftliche Hilfeleistungen in Krisensituationen geben können, welche nicht vom Westen dominiert werden. Eine solche Alternative ist zum Beispiel die Integration von Staaten in regionale Abkommen.

Wenn, wie weiter oben dargelegt, durch regionale Wirtschaftskooperation das Wirtschaftswachstum und der Wohlstand der betroffenen Länder positiv beeinflusst wird und sich dadurch der interregionale Handel verstärkt, kann dies den Handel mit westlichen Staaten zumindest teilweise kompensieren. Dies müsste in der Interpretation des Hirschmanschen Ansatzes dazu führen, dass sich aufgrund der sich verändernden Strukturen der Handelsbeziehungen die Abhängigkeiten vom Westen verringern. Konsequenterweise müsste dies auch die Fähigkeit des Westens zur Einflussnahme vermindern. Weiterhin besteht die Möglichkeit innerhalb der regionalen Organisationen Institutionen zu bilden, mit welchen intraregionale Mechanismen zur gegenseitigen wirtschaftlichen Unterstützung oder zur Bewältigung von Krisensituationen geschaffen werden. Damit kann die Abhängigkeit von westlich dominierten (Wirtschafts-) Organisationen oder westlicher Entwicklungshilfe verringert und ein weiterer Kanal zur westlichen Einflussnahme blockiert werden. Zusammengenommen sinkt dadurch der externe Druck demokratische Reformen durchzuführen. Es kann also sein, dass die beschriebenen „**Hirschmanschen Effekte**“ durch regionale Wirtschaftsintegration ausgehebelt wer-

¹¹¹ Hirschman: National Power, 1980 [1945]. S. IX. (Hervorhebung im Original)

den. Wirtschaftsintegration könnte somit die Abhängigkeit vom Westen und Einflussmöglichkeit des Westens auf die Regionen und einzelnen Staaten verringern.

Zusammenfassend hat regionale Integration, wie im Ansatz von Pevehouse¹¹² bereits umfassend dargestellt, vor allem dann eine positive Wirkung auf die Konsolidierung von Demokratie und die Transformationsprozesse der Mitgliedsstaaten, wenn es sich wie im Fall der EU um eine Organisation mit hoher Demokratiedichte handelt und Kräfte aus der Organisation heraus Demokratisierung fördern oder erfordern. Da dies aber auf andere regionale Organisationen, wie zum Beispiel dem MERCOSUR oder ASEAN, nicht zwangsläufig zutrifft, ist es interessant zu untersuchen welche Prozesse sich hier auf Konsolidierung und Transformation auswirken.

Zwar erzeugen wirtschaftliche Beziehungen des Westens mit den einzelnen Transformations- und Entwicklungsländern Abhängigkeits- und Einflussbeziehungen, dennoch sind diese Strukturen nicht statisch. Regionale Wirtschaftsintegration ist eine Möglichkeit diese Strukturen zu verändern. Als Ergebnis verschaffen der wirtschaftliche Aufschwung, eine verstärkte Verhandlungsmacht, oder ein stärkeres regionales Selbstbewusstsein die Möglichkeit sich vom Westen zu emanzipieren. Aus wirtschaftlichen Gründen (möglicher Handel mit dem wirtschaftsstarken Westen, Abhängigkeit von westlich dominierten Organisationen oder Entwicklungshilfe) ist Demokratisierung im westlich-liberalen Verständnis nicht mehr zwangsläufig nötig. Nimmt man all diese Faktoren zusammen könnte dies bedeuten, dass Kapitalismus ohne liberale Demokratie in vielen Bereichen der Welt ein akzeptiertes Modell werden könnte, oder bereits ist.

Aus den vorangegangenen Überlegungen lässt sich somit folgende Arbeitshypothese destillieren: *Durch regionale (Wirtschafts-) Integration wird die Abhängigkeit von den westlichen demokratischen Industrienationen verringert. Dadurch sinkt der externe und interne Druck den Transformationsprozess in Richtung einer liberalen Demokratie weiter voranzutreiben und diese als Regierungsform zu konsolidieren.*

¹¹² Vgl. dazu Kapitel 2.2 dieser Arbeit

III. Empirische Analyse

Aus den vorangegangenen theoretischen Überlegungen ergeben sich zwei Fragestellungen, die im weiteren Verlauf analysiert werden sollen. Zunächst stellt sich auf der Basis der Debatte zwischen Francis Fukuyama und Samuel P. Huntington die Frage, wie es mit der Ausbreitung der liberalen Demokratie weltweit aussieht.¹¹³ Die, in diesem Zusammenhang, zu überprüfende These lautet: *Liberale Demokratie ist ein regionales Phänomen und beschränkt sich weitgehend auf den westlichen Kulturkreis.*

Die zweite und zentrale Fragestellung dieser Arbeit ergibt sich aus dem im Kapitel 2.2 dargestellten „Puzzle“ und lautet: Welchen Einfluss hat regionale (wirtschaftliche) Integration auf die Konsolidierung, beziehungsweise auf die Ausbreitung von liberaler Demokratie in den Transitionsregionen? Abgeleitet vom Hirschmanschen Ansatz und dessen Neuaufarbeitung durch Abdelal und Kirshner ergibt sich folgende Arbeitshypothese: *Durch regionale (Wirtschafts-) Integration wird die Abhängigkeit von den westlichen demokratischen Industrienationen verringert. Dadurch sinkt der externe und interne Druck, den Transformationsprozess in Richtung einer liberalen Demokratie weiter voranzutreiben und diese als Regierungsform zu konsolidieren.*

5. Methodische Grundlagen

Im Folgenden wird nun zunächst die verwendete Methode für beide Fragestellungen dargelegt und die Auswahl der Fallstudien für die zweite Fragestellung begründet. Weiterhin wird die Methodik der verwendeten Indizes (BTI und *Freedom House*) erläutert, da diese zu einem großen Teil die Basis für die nachfolgenden Untersuchungen darstellen.

5.1 Auswahl der Methode und der Fallstudien

Zur Analyse der ersten Fragestellung wird mit Hilfe der Demokratieindizes der Bertelsmann Stiftung und der Forschungseinrichtung *Freedom House* untersucht, in welchen Regionen der Erde die liberale Demokratie das dominante Regierungsmodell ist. Gesetzt den Fall, dass dies nur im Westen so ist, kann man daraus schließen, dass liberale Demokratie, zumindest aktuell, tatsächlich ein hauptsächlich „westliches“ und damit regionales Phänomen ist. Ist dies nicht der Fall, muss die These verworfen werden.

¹¹³ Vgl. Kapitel 1.1 dieser Arbeit.

Zur Untersuchung der zweiten Fragestellung und der daraus abgeleiteten Arbeitshypothese sollen in einer **komparativen Fallstudienanalyse**¹¹⁴ die beiden gewählten Fallbeispiele – ASEAN und MERCOSUR – analysiert werden. Ausgehend von der gestellten Arbeitshypothese ist die *regionale (Wirtschafts-) Integration* die unabhängige (erklärende) Variable und der *Transformationsprozess in Richtung einer liberalen Demokratie* die abhängige (erklärte) Variable. In anderen Worten: Im Zentrum der Untersuchung steht der Einfluss von regionaler Integration auf die Transformationsprozesse in Transitionsregionen. Dies soll zunächst, anhand einer „within case“-Analyse¹¹⁵ innerhalb der beiden Fallstudien untersucht werden. Dazu wird zunächst jeweils der Integrationsprozess der beiden Organisationen dargestellt und anschließend der Transformationsprozess der einzelnen Mitgliedsstaaten in den beiden Fallstudien untersucht und eine Bestandsaufnahme erstellt. Im Anschluss daran soll versucht werden einen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen herzustellen. Anschließend werden die Ergebnisse der beiden Fallstudienanalysen miteinander verglichen, mögliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet und festgestellt, ob sich die Arbeitshypothese bewahrheitet. Für die Analyse des Integrationsprozesses wird vornehmlich mit den jeweiligen Internetauftritten der beiden regionalen Organisationen gearbeitet. Weiterhin wird Sekundärliteratur zu den beiden Fallstudien benutzt. Die Transformationsprozesse in den Mitgliedsstaaten werden hauptsächlich auf der Basis der umfassenden Länderanalysen des BTI und *Freedom House* analysiert.

Die Auswahl der beiden Fallbeispiele, ASEAN und MERCOSUR, kann durch ihre Ähnlichkeit in den zu untersuchenden Variablen begründet werden: In beiden Fällen entwickelt sich seit den frühen 1990er Jahren regionale Wirtschaftskooperation und beide befinden sich in Transitionsregionen. Allerdings gibt es einige wesentliche Unterschiede: Während die Mitgliedsstaaten des MERCOSUR hinsichtlich kulturellem, religiösem, sprachlichem und politischen Aspekten relativ homogen sind¹¹⁶, zeichnet sich die ASEAN durch die Heterogenität ihrer Mitgliedsstaaten aus. Weiterhin war die ASEAN seit ihrer Gründung im Jahr 1967 mehr auf politische Kooperation ausgerichtet als auf wirtschaftliche Integration. Im Gegensatz dazu war im MERCOSUR die wirtschaftliche Zusammenarbeit von Beginn an der Impetus für das Integrationsvorhaben.

¹¹⁴ Vgl. Lijphart, Arend: Comparative Politics and the Comparative Method, in: The American Political Science Review 65/3 (1971), S. 691

¹¹⁵ Vgl. Van Evera, Stephen: Guide to Methods for Students of Political Science, Ithaca and London, 1997, S. 50-55

¹¹⁶ Dies gilt allerdings nicht für das wirtschaftliche Potential und die Wettbewerbsfähigkeit der Mitglieder des MERCOSUR, da dies sehr asymmetrisch verteilt ist.

Während die ASEAN sich erst 2007, im Zusammenhang mit der ASEAN Charta, erstmals auf demokratische Werte bezieht, ist im MERCOSUR ein demokratisches Regierungssystem spätestens seit 1996 mit der „Deklaration der Präsidenten zur Verpflichtung zur Demokratie“¹¹⁷ Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Die Staaten des MERCOSUR haben somit alle, wenn auch mit mehr oder weniger großen Mängeln behaftet, ein demokratisches Regierungssystem und sind dabei relativ stabil. In der ASEAN zeigen sich dagegen einige Staaten als besonders transitionsresistent und außer Indonesien und den Philippinen gibt es keine weiteren Demokratien in der Region. In beiden Fällen ist das Verhältnis zum Westen eher ambivalent, allerdings ist im MERCOSUR eine stärkere Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, wie dem IWF oder Weltbank, zu verzeichnen als in der ASEAN. Beide Regionen streben dabei allerdings nach größerer Unabhängigkeit von den westlichen Industrienationen und den westlich dominierten Organisationen, aber jeweils mit anderen Motiven. Während die Region Südostasien auf der Basis ihres anhaltenden wirtschaftlichen Erfolges die Überlegenheit gegenüber dem Westen postuliert, ist es in Lateinamerika eher die Angst vor zu großem westlichen Einfluss und Bevormundung. Die Auswahl der beiden Fallstudien erfolgt somit in Anlehnung an Stuart Mill's „method of agreement“. Die beiden Fälle ähneln sich hinsichtlich ihrer zu untersuchenden Variablen, weisen dabei allerdings, wie oben beschrieben, unterschiedliche Eigenschaften auf.¹¹⁸

5.2 Bertelsmann Transformation Index

Der Bertelsmann Transformation Index wurde von der deutschen Bertelsmann Stiftung, mit Sitz in Gütersloh, erstmals 2003 herausgegeben. Der nächste BTI erschien 2006 und seitdem wird er jedes zweite Jahr veröffentlicht. Die Untersuchungsbasis des BTI 2008 sind 125 Entwicklungs- und Transformationsstaaten mit mehr als zwei Millionen Einwohnern. Der BTI arbeitet auf der Grundlage eines anspruchsvollen Demokratieverständnisses und schließt deshalb neben grundlegenden Bürgerrechten und der Existenz von freien und fairen Wahlen, Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung mit ein. Untersucht wird, in wie weit die Konsolidierung des demokratischen Systems fortgeschritten ist, und eine Festigung der marktwirtschaftlichen Ordnung erreicht wurde. Ausgehend von diesem umfassenden Demokratieverständnis unterteilt der BTI Staaten in Demokratien, defekte Demokratien, stark defekte Demokratien und Au-

¹¹⁷ Vgl. MERCOSUR – Portal Oficial: Declaración Presidencial sobre Compromiso Democrático. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 11.03.2009]

¹¹⁸ Vgl. Van Evera: Guide to Methods for Students of Political Science, 1997, S. 57

tokratien; wobei nur Demokratien ohne Mängel sich als liberale Demokratien qualifizieren. Im Rahmen der Untersuchung werden zwei Indizes erstellt: der Status-Index und der Management-Index. Jeder Index bezieht sich auf ein numerisches Ranking von 1 bis 10, wobei 10 das beste und 1 das schlechteste Rating ist.¹¹⁹

Der *Status-Index*¹²⁰ setzt sich aus dem Status der politischen Transformation und dem Status der wirtschaftlichen Transformation zusammen. Dies wird im Hinblick darauf untersucht, ob und in welchem Maße die grundlegenden Regeln von Demokratie und Marktwirtschaft in der Gesellschaft verankert und konsolidiert sind. Hier steht also die Fragestellung im Zentrum, wie weit das untersuchte Land vom Ideal einer rechtsstaatlichen Demokratie mit funktionierenden marktwirtschaftlichen Strukturen entfernt ist. Der *Management-Index*¹²¹ bewertet die Management-Leistungen der politischen Entscheidungsträger unter Berücksichtigung des Schwierigkeitsgrades. Die Beurteilung von beidem, dem Status der Transformation und des Management der Transformation ist die Besonderheit des BTI und ermöglicht neben der Bewertung der aktuellen Situation auch Prognosen für die zukünftige Entwicklung.¹²²

5.3 Freedom House

Die Forschungseinrichtung *Freedom House*, mit Sitz in Washington D.C., veröffentlicht eine jährliche komparative Studie zur Evaluation des Status der globalen Freiheit. Dazu untersucht sie die Verwirklichung von politischen und bürgerlichen Rechten in 193 Staaten und 15 Territorien. Die Studie „Freedom in the World“ existiert in vergleichbarer Form seit 1972. Die Dimension der politischen Rechte umfasst im Wesentlichen folgende Punkte: Die freiheitliche Partizipation im politischen Prozess wird dahingehend bewertet, in wie weit ein aktives und passives Wahlrecht in freien und fairen Wahlen gegeben ist, Organisations- und Versammlungsfreiheit garantiert ist und die gewählten Repräsentanten mit effektiver Regierungsgewalt ausgestattet sind. Die Dimension der bürgerlichen Rechte umfasst Meinungs- und Glaubensfreiheit, Assoziationsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Autonomie des Individuums vor dem Staat.

¹¹⁹ Bertelsmann Transformation Index 2008 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2007

¹²⁰ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008: Status-Index. Online in Internet: URL: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/37.0.html> [Stand: 11.02.2009]

¹²¹ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008: Management-Index. Online in Internet: URL: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/33.0.html> [Stand: 11.02.2009]

¹²² Detaillierte Informationen und alle Kriterien und Einzelfragen befinden sich im Anhang I dieser Arbeit.

Freedom House betrachtet seine Untersuchung als kulturunabhängig, auf grundlegenden Standards basierend und orientiert sich an der „Universal Declaration of Human Rights“. Der Standard wird auf alle untersuchten Staaten und Territorien gleichermaßen angewendet. Weiterhin basiert die Untersuchung auf der Annahme, dass die beschriebenen politischen und bürgerlichen Freiheiten sich am besten in einer liberalen Demokratie entfalten können. In den jeweiligen Dimensionen werden numerische Ratings von 1 bis 7 vergeben, welche einteilen, ob der untersuchte Staat „frei“, „teilweise frei“ oder „nicht frei“ ist. Im kombinierten Durchschnitt der beiden Dimensionen ergibt sich folgende Einteilung:¹²³

Abbildung 6: Ratings Freedom House

Kombinierter Durchschnitt der Ratings zu politischen und bürgerlichen Rechten	Status des Landes
1,0 bis 2,5	Frei
3,0 bis 5,0	Teilweise Frei
5,5 bis 7,0	Nicht Frei

Quelle: Freedom House: *Freedom in the World 2008*: Methodology.

Weiterhin unterscheidet *Freedom House* elektorale und liberale Demokratien. Alle Staaten die den Status „frei“ erhalten sind liberale und damit auch immer elektorale Demokratien. Als elektorale Demokratie gilt ein Staat dann, wenn sein politisches System den oben bereits dargelegten Minimalkriterien gerecht wird.¹²⁴ Staaten die das Prädikat „teilweise frei“ erhalten sind entweder elektorale Demokratien oder Autokratien. Länder die als „nicht frei“ eingestuft werden entsprechen nicht den Minimalkriterien und sind damit als autokratisch zu bewerten.¹²⁵

Der Bertelsmann Transformation Index und die Studie „Freedom in the World“ von *Freedom House* haben prinzipiell beide zum Ziel den weltweiten Status von Demokratie zu bewerten. Wie aber in der kurzen Darstellung der Methodik gesehen, gibt es einige zentrale Unterschiede. *Freedom House* erscheint jährlich und kann damit im Vergleich zum BTI, der nur alle zwei Jahre erscheint, aktuelle Geschehnisse zeitnah mit in die Beurteilung einbeziehen. Der BTI konzentriert sich bei seiner Studie auf Transformations- und Entwicklungsländer und schließt bei der Untersuchung im Allgemeinen die OECD

¹²³ Details zur Berechnung und eine genaue Definition der einzelnen Ratings befinden sich im Anhang II der Arbeit.

¹²⁴ Eine elektorale Demokratie verfügt über ein hinreichend faires und freies Wahlsystem, in welchem jeder Bürger das aktive und passive Wahlrecht besitzt und Parteien im offenen Wettbewerb zu einander stehen und grundlegende bürgerliche und politische Freiheiten sind gewährleistet. Vergleiche dazu Kapitel 1.2 dieser Arbeit.

¹²⁵ Vgl. Freedom House: *Freedom in the World 2008*: Methodology. Online in Internet: URL: http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=341&year=2008 [Stand: 09.01.2009]

Staaten aus.¹²⁶ Im Gegensatz dazu evaluiert *Freedom House* weitgehend alle Staaten der Erde und kann damit ein umfassendes Bild über die Entwicklung der Freiheit beziehungsweise der liberalen Demokratie erstellen. Da *Freedom House* seine Studie bereits seit 1972 durchführt, eignet sich der Indizes besonders gut zur langfristigen Analyse und zum Herausarbeiten von Trends. Der BTI ist demgegenüber relativ jung, mit ihm können lediglich die Entwicklungen der letzten fünf Jahre abgebildet werden. Zentral ist auch der Unterschied, im Hinblick auf den jeweiligen Fokus der Untersuchung. Während sich *Freedom House* darauf konzentriert die Umsetzung von politischen und bürgerlichen Freiheitsrechten zu analysieren, interessiert den BTI in erster Linie der Konsolidierungsprozess von Transformationsstaaten in Richtung einer liberalen Demokratie. Dabei untersucht er einerseits den Status der politischen und marktwirtschaftlichen Transformation und andererseits wie diese umgesetzt beziehungsweise „gemanagt“ wird. Dadurch zeigt er ein detaillierteres Bild der Transformationsprozesse von Staaten als *Freedom House*.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Herangehensweisen der beiden Indizes ist ein Vergleich teilweise nicht immer ganz eindeutig. Ein gutes Beispiel dafür ist Indonesien, welches von *Freedom House* als liberale Demokratie eingestuft wird, vom BTI allerdings nur den Status einer defekten Demokratie erhält.¹²⁷ Im Allgemeinen ist es deshalb praktikabel, davon auszugehen, dass nur die Staaten, die von *Freedom House* ein Rating von 1 bis maximal 1.5 erhalten, auch im Sinne des BTI als voll entwickelte und konsolidierte Demokratien gelten. Zusammenfassend kann man sagen, dass die beiden Indizes in Kombination eine solide Basis zur Bewertung des weltweiten Status der demokratischen Entwicklung bilden.

Im folgenden Abschnitt soll die erste Fragestellung dieser Arbeit beantwortet werden. Dazu wird mit Hilfe der beschriebenen Indizes evaluiert, in welchen Regionen der Erde liberale Demokratie die dominierende Regierungsform ist.

¹²⁶ OECD-Staaten, die in die Untersuchung des BTI eingeschlossen sind, sind folgende: Mexiko, Türkei, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Slowakei

¹²⁷ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008: Kurzgutachten. Indonesien. Online in Internet: URL: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Kurzgutachten_BTI_2008/ASO/BTI_2008_Indonesien.pdf [Stand: 14.02.2009]; Freedom House: *Freedom in the World 2009*. Tables and Charts. Table of Independent Countries. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/uploads/Chart114File166.pdf> [Stand: 26.01.2009]

6. Liberales Demokratie – ein regionales Phänomen?

Wie bereits erläutert, ist Demokratie nicht gleich Demokratie. Die dritte Demokratisierungswelle hat zwar zu einem Anstieg der demokratisch verfassten Staaten weltweit geführt, nicht in gleichem Maße aber zu einem Anstieg der Staaten mit einem liberaldemokratischen Regierungssystem. Im Zusammenhang damit warnen Politologen schon länger vor der „fallacy of electoralism“ und kritisieren damit die Euphorie über die wachsende Zahl von Demokratien, ohne dabei einen anspruchsvolleren Demokratiebegriff zu Grunde zu legen.¹²⁸ Ausgehend von der Debatte darüber, ob liberale Demokratie universell ist und sich deshalb über kulturelle Grenzen hinweg ausdehnen wird, oder aber kulturell eingrenzbar ist, stellt sich nun die Frage, ob liberale Demokratie nur ein regionales Phänomen ist.

Insgesamt registriert *Freedom House* seit drei Jahren einen weltweit rückläufigen Trend bei der Verwirklichung von politischen und bürgerlichen Freiheiten. Larry Diamond spricht sogar von einer „demokratischen Rezession“ und fragt sich in diesem Zusammenhang, ob dies das Ende der dritten Demokratisierungswelle sei. Im Jahr 2008 waren ungefähr 46% aller Staaten (89 von 193) weltweit frei, und damit als liberale Demokratie zu bewerten. Seit dem Beginn der dritten Demokratisierungswelle ist das zwar ein weltweiter Anstieg von 18%, seit Ende der 1990er stagniert aber die Anzahl der liberalen Demokratien. Außerdem muss man bei diesen Zahlen bedenken, dass darunter viele Klein- oder Inselstaaten mit weniger als einer Million Einwohnern fallen, die oftmals stark unter dem Einfluss des Westens stehen. Gerade in größeren und politisch gewichtigeren Staaten zeigen sich in den letzten Jahren nur geringfügige Verbesserungen, wie in China, oder eine Erosion demokratischer Strukturen wie in Russland oder Venezuela.¹²⁹

6.1 Auswertung der Indizes

Die beiden Indizes untersuchen Entwicklungen hinsichtlich der Trends von Demokratisierung auch im regionalen Vergleich. Allerdings weicht die geographische Einteilung der jeweiligen Regionen teilweise leicht von einander ab. Um Verwirrungen zu vermeiden, hält sich diese Arbeit weitgehend an die Einteilung der Regionen durch den

¹²⁸ Diamond: *The Democratic Rollback*, 2008, S. 2

¹²⁹ Vgl. Freedom House: *Freedom in the World 2009*. Tables and Graphs; Puddington, Arch: Freedom in the World 2009: Setbacks and Resilience, Freedom House, 2008. Online in Internet: URL: http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09_OverviewEssay_Final.pdf [Stand: 19.02.2009]

BTI. Da der BTI die westlichen Industrienationen aus seiner Untersuchung ausschließt, wird für diese Arbeit noch der „Westen“ als Region hinzugefügt. Dieser soll hier definiert werden als Westeuropa, beziehungsweise die Europäische Union mit ihren neuen ost- südost- und mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten, Nordamerika, Australien und Neuseeland. Mit dem Einschluss der beiden letzten Staaten geht die Definition des Westens als Region über die geographische Dimension hinaus und bezieht sich auch auf kulturelle Aspekte. Diese Ausdehnung scheint gerechtfertigt, da Australien und Neuseeland kulturell und historisch stark mit der (geografischen) nordatlantischen „westlichen“ Region verbunden sind.

Die Welt wird somit in folgende Regionen unterteilt: Der Westen, Ostmittel- und Südosteuropa, GUS und Mongolei, Lateinamerika und Karibik, Naher Osten und Nordafrika, subsaharisches Afrika und Asien und Ozeanien. Abgesehen von den neuen Mitgliedsstaaten der EU, die der westlichen und ostmittel- und südosteuropäischen Region zugeordnet werden können, ist diese Einteilung weitgehend eindeutig. Um diese Überlappung zu vermeiden, wird an dieser Stelle festgelegt, dass die EU-Mitgliedstaaten zusammen mit der westlichen Region untersucht werden. Weiterhin muss darauf hingewiesen werden, dass sich bei der Auswertung der Analysen des BTI vornehmlich auf den Status-Index bezogen wird, da an dieser Stelle vor allem der aktuelle Stand der liberalen Demokratie von Interesse ist und nicht das Management der Transformation.

In der Wertung von *Freedom House* sind alle Staaten des **Westens** liberale Demokratien und erhalten alle das bestmögliche Rating von 1. Der BTI bewertet nur Transformations- und Entwicklungsländer und schließt, wie bereits erwähnt, in erster Linie die OECD-Staaten aus. Faktisch bedeutet dieser Ausschluss, dass ein liberaldemokratisches Regierungssystem bereits vorhanden und konsolidiert ist. Im Hinblick auf die neuen Mitgliedsstaaten der EU kann man sagen, dass die Transformation bereits weit fortgeschritten ist und alle dementsprechend einen der oberen Plätze in der Rangliste des BTI belegen. Sie gelten damit „als konsolidierte oder weit fortgeschrittene rechtsstaatliche Demokratien sowie als sozialpolitisch flankierte Marktwirtschaften.“¹³⁰ Wie zu erwarten ist die liberale Demokratie im Westen die dominierende, respektive einzige praktizierte und akzeptierte Regierungsform.¹³¹

¹³⁰ Bertelsmann Transformation Index 2008: Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, 2007, S. 4

¹³¹ Vgl. dazu auch Bertelsmann Transformation Index 2008: Rangliste; Freedom House. *Freedom in the World 2009: Tables and Graphs*

Wenn man aus der **ostmittel- und südosteuropäischen Region** die Mitgliedstaaten der EU herausnimmt, dann verbleiben noch sechs Staaten.¹³² Der BTI bewertet allein Kroatien als Demokratie. Albanien, Bosnien Herzegovina, Mazedonien, Montenegro und Serbien gelten als defekte Demokratien, in ihrem Transformationsprozess jedoch als fortgeschritten. *Freedom House* stimmt in seiner Wertung damit weitgehend überein, zählt aber zusätzlich Serbien mit einem Rating von 2.5 gerade noch zu den freien Staaten. Insgesamt ist keines der Länder als vollständig konsolidierte liberale Demokratie einzuschätzen. Im Vergleich mit den anderen Staaten der Region, zeigt sich, dass sich die Mitgliedschaft in der EU positiv auf den Transformationsprozess ausgewirkt hat.¹³³

In der Subregion **GUS und Mongolei** findet man keine liberale Demokratie. Moldawien, die Ukraine und die Mongolei sind dabei sogar die einzigen Staaten, die von *Freedom House* als elektorale Demokratie eingestuft werden. Nach der Einschätzung des BTI gelten die Mongolei, Georgien, Moldawien und die Ukraine als defekte Demokratien und sind in ihrem Transformationsprozess zumindest fortgeschritten. Die restlichen Staaten der Region sind entweder stark defekte Demokratien oder Autokratien. Im Allgemeinen gilt die Region als eine der autoritärsten der Erde und in den letzten Jahren ist eine weitere Verschlechterung der Situation im Hinblick auf die bürgerlichen und politischen Rechte zu verzeichnen. Die hoffnungsvollen Entwicklungen im Zusammenhang mit den farbigen Revolutionen zu Beginn dieses Jahrzehnts sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben, positiv sind allerdings die Reformbestrebungen in Georgien zu bewerten. Bedenklich sind vor allem die aktuellen Entwicklungen in Russland, wo die Macht der Exekutive, vor allem während der Amtszeit Wladimir Putins, weiterhin ausgebaut worden ist. Erst Ende 2008 wurde durch einen Parlamentsbeschluss die Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre angehoben und die Möglichkeit einer Wiederwahl des Präsidenten über zwei Legislaturperioden hinaus ermöglicht. Weiterhin kann man festhalten, dass sich vor allem in den ehemaligen Sowjetrepubliken, der Trend zur einer weiteren Stärkung der Exekutive und einem übermächtigen Staatspräsidenten fortsetzt. Die Entwicklungen in Russland könnten in dieser Hinsicht eine Vorbildfunktion einnehmen und diesen Trend noch weiter verschärfen.

¹³² Prinzipiell wären es mit dem Anfang 2008 unabhängig gewordenen Kosovo sieben Staaten, aufgrund der schwierigen und noch nicht gefestigten Situation und der Tatsache, dass weder der BTI noch *Freedom House* das Land in seine Untersuchung mit aufgenommen hat, bleibt es auch hier unberücksichtigt.

¹³³ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008: Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, 2007; Bertelsmann Transformation Index 2008: Rangliste; Freedom House. *Freedom in the World 2009*: Tables and Graphs.

Nach der Einschätzung des BTI sind es in **Lateinamerika und der Karibik** nur Chile, Uruguay, Costa Rica und einige Mini- und Inselstaaten¹³⁴, die einem anspruchsvollen Demokratiebegriff standhalten können. Die restlichen Staaten werden entweder als defekte Demokratie bewertet, oder wie im Fall von Guatemala, Kolumbien und Venezuela als stark defekte Demokratie eingestuft. In der Tat sind es auch bei *Freedom House* nur die genannten Staaten, die ein Rating von 1 erhalten.¹³⁵ Positiv ist in diesem Zusammenhang, dass es mit Kuba in der Region nur noch ein einziges autoritär regiertes Land gibt. Basierend auf der Minimaldefinition kann man Lateinamerika durchaus als einen „demokratischen“ Kontinent bezeichnen. Eine Rückkehr zum offenen Autoritarismus scheint in allen Ländern eher ausgeschlossen. Allerdings sind die lateinamerikanischen Demokratien mit erheblichen Mängeln behaftet, die nicht nur als Übergangsphänomen zu betrachten sind, welche im voranschreitenden Demokratisierungsprozess verschwinden.¹³⁶ Zudem sind auf dem Kontinent in den letzten Jahren neopopulistische Tendenzen und in einigen Ländern eine sukzessive Stärkung der Exekutive im Vergleich zu den anderen Regierungsinstitutionen zu beobachten. Schlagwörter wie „Neopopulismus“ und „Linksruck“ werden in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion immer häufiger in Bezug auf lateinamerikanische Staaten verwendet.¹³⁷ Außerdem verlieren einige der jungen lateinamerikanischen Demokratien aufgrund von ungleichen Einkommensverhältnissen und Defiziten in der demokratischen Repräsentation zusehends an Zustimmung innerhalb der Bevölkerung.

Insgesamt kann man sagen, dass es auf dem Kontinent nur wenige liberale Demokratie gibt. Weiterhin bleibt abzuwarten, wie sich die drei liberalen Demokratien in der Zukunft entwickeln und ob sie sich langfristig gesehen in dieser Form endgültig verfestigen können.¹³⁸

In der Region des **Nahen Ostens und Nordafrika** sind autokratische Herrschaftsmuster das dominierende Bild. Das einzige liberaldemokratische Land ist Israel, was vermutlich mit seiner besonderen Geschichte und der engen Bindung zum Westen und

¹³⁴ Die beiden ehemaligen Kolonien der Niederlande, Guyana (2.5) und Suriname (2.0) werden durch *Freedom House* als frei eingestuft. Der Zentralamerikanische Ministaat Belize, die Inseln Dominika, Barbados, Bahamas erhalten sogar das Rating 1. Der BTI untersucht all diese Staaten aufgrund ihrer geringen Einwohnerzahl nicht.

¹³⁵ Die Ausnahme ist Panama. Das Land erhält von *Freedom House* das Rating 1.5, durch den BTI wird es als defekte Demokratie eingestuft. Allerdings befindet sich das Land mit einem Status Index von 7,42 immerhin auf Rang 24, der Rangliste des BTI und gilt damit als schon relativ weit fortgeschritten.

¹³⁶ Vgl. Boeckh, Andreas: Lateinamerika am Scheideweg: Neue Formen der Demokratie oder Rückkehr zum Autoritarismus? Einleitung, in: Lateinamerika Analysen 20/2 (2008), S. 49-54

¹³⁷ Vgl. Thiery, Peter: Intakte und defekte Demokratien – Wohin bewegt sich Lateinamerika, in: Lateinamerika Analysen 20/2 (2008), S. 57

¹³⁸ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008: Rangliste; Kapitel 3 dieser Arbeit; Freedom House: Freedom in the World 2009: Tables and Graphs.

vor allem der USA zu begründen ist. Weiterhin hat die Türkei Fortschritte in ihrem Transformationsprozess gemacht, vermutlich bedingt durch den Annäherungsprozess an die EU und den nach wie vor bestehendem Beitrittswunsch. In der Wertung des BTI gilt das Land allerdings nach wie vor als defekte Demokratie, und *Freedom House* schätzt das Land mit einem Rating von 3 nur als „teilweise frei“ ein. Weiterhin gewinnen in der Region islamische Bewegungen und Modernisierungsgegner zunehmend an Gehör, was eine Veränderung der Situation in absehbarer Zeit als eher unwahrscheinlich erscheinen lässt.¹³⁹

In der Region des **subsaharischen Afrikas** bewertet *Freedom House* zehn der 48 untersuchten Staaten mit dem Prädikat „frei“. Allerdings haben davon nur drei Staaten das Rating 1: Ghana (1.5) und die beiden Inselstaaten Mauritius (1.5) und Kap Verde (1.5). Namibia, Südafrika, Botswana und Benin werden mit 2, Mali und Lesotho mit 2.5 bewertet. Im Vergleich dazu bewertet der BTI Namibia, Südafrika, Botswana, Ghana und Mauritius als Demokratien ohne erhebliche Mängel. Dabei sind Botswana, Südafrika und Mauritius in ihrem Konsolidierungsprozess *weit fortgeschritten*, die restlichen Staaten zumindest *fortgeschritten*. Interessant ist die teilweise leicht unterschiedliche Einschätzung der beiden Indizes, so erhält Ghana beispielsweise durch *Freedom House* ein besseres Rating als Südafrika und Botswana; im Gegensatz dazu liegt das Land in der Wertung des BTI hinter den beiden anderen Staaten. Im Allgemeinen kann man, trotz einiger positiver Entwicklungen, sagen, dass in der Region liberale Demokratie kaum verbreitet ist und sich an diesem Zustand in absehbarer Zeit auch nichts Maßgebliches verändern wird. Strukturelle Probleme wie extreme Armut, mangelnde Bildung, hohe HIV-Raten und Defizite in Infrastruktur und Staatlichkeit behindern die Transformationsprozesse in der Region und gefährden auch die Festigung demokratischer Strukturen in den bereits fortgeschritteneren Ländern, wie zum Beispiel Südafrika.¹⁴⁰

In der Region **Asien und Ozeanien** gibt es derzeit fünf liberale Demokratien: Japan, Indien, Indonesien, Südkorea und Taiwan. Bei den beiden letzten Staaten, handelt es sich um die beiden Musterbeispiele demokratischer Transformation in der Region. Indien hat eine lange demokratische Tradition, kämpft aber aufgrund von vielfältigen Problemen, wie beispielsweise großer Armut oder Terroranschlägen mit Instabilitäten. Aus diesem Grund, obwohl Indien neben Japan auf die längste demokratische Geschichte zurückblicken kann, ist das Land mit einem Rating von 2.5 nach *Freedom*

¹³⁹ Vgl. Bertelsmann Transformation Index 2008: Rangliste, Bertelsmann Transformation Index 2008: Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, 2007, S.14; Freedom House. *Freedom in the World 2009*. Tables and Graphs.

¹⁴⁰ Vgl. ebd.

House nur noch knapp eine liberale Demokratie. Indonesien hat seit der Asienkrise (1997-1998) beachtliche Fortschritte in seinem Transformationsprozess gemacht und schneidet bei beiden Indizes relativ gut ab. Allerdings ist das Land in der Einschätzung des BTI nach wie vor eine defekte Demokratie und hat seinen Konsolidierungsprozess noch nicht abgeschlossen. Weiterhin ist die Region dominiert durch elf Autokratien und fünf stark defekte Demokratien. China, Laos, Myanmar, Vietnam und Nordkorea sind darunter die restriktivsten Regimes.

Generell ist in Asien eine „Tendenz zur Entkoppelung von marktwirtschaftlicher und demokratischer Transformation“¹⁴¹ zu verzeichnen. Politische Eliten sind zumeist lediglich an wirtschaftlicher Öffnung interessiert, bestes Beispiel sind dafür die Entwicklungen in China, welche durchaus auch eine Vorbildfunktion für die gesamte Region haben können. Die stärksten Defekte sind im Bereich der politischen Partizipation auszumachen. Weiterhin sind in der Region die Menschenrechte stark eingeschränkt und Korruption ist nach wie vor ein großes Problem. Erfolge im Demokratisierungsprozess sind vor allem im süd- und nordostasiatischen Raum zu verzeichnen (Japan, Südkorea und Taiwan), die Region Südostasien erweist sich im Gegensatz dazu als besonders transitionsresistent. Die Demokratisierung in Asien seit der dritten Demokratisierungswelle ist ein fragiler Prozess und hat in erster Linie zur Ausbildung von „hybriden Regimes“ geführt.¹⁴²

6.2 Ergebnis der Auswertung

Im Ergebnis kann man festhalten, dass liberale Demokratie, in Vergangenheit und Gegenwart, nur im Westen die dominante Regierungsform darstellt. Die der Analyse der vorausgehenden These, dass *liberale Demokratie ein regionales Phänomen ist und sich weitgehend auf den westlichen Kulturkreis beschränkt* scheint somit plausibel. In Abbildung 9 ist die weltweite Ausbreitung von Demokratie dargestellt: Die grauen Flächen sind dabei entweder die vom BTI nicht untersuchten Staaten oder Autokratien. Die Abbildung zeigt auf den ersten Blick, dass die liberale Demokratie in den Transitionsregionen, abgesehen von Ostmittel- und Südosteuropa kaum verbreitet ist.

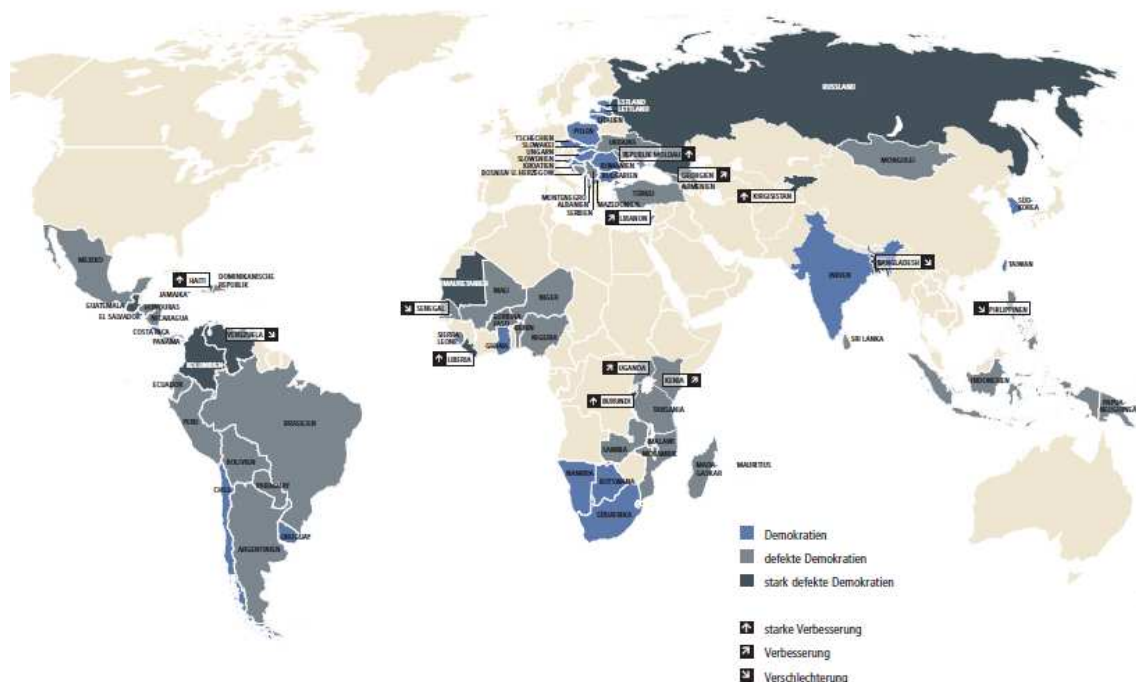
Es scheint, als seien Francis Fukuyamas Hoffnungen auf ein „Ende der Geschichte“ und die weltweite Ausbreitung von liberaler Demokratie als einzig sinnvolle Herrschaftsform über kulturelle Grenzen hinweg auch zwei Jahrzehnte nach dem Zusam-

¹⁴¹ Bertelsmann Transformation Index 2008 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2007, S. 15

¹⁴² Vgl. Merkel: Demokratie in Asien, 2003, S. 95ff, Köllner, Patrick: Autoritäre Regime in Asien: Allgemeine Trends und jüngere Entwicklungen, in: GIGA *Focus*. Asien Nr. 12 (2008)

menbruch der Sowjetunion utopisch. Gerade die Region des nahen Ostens und Nordafrikas zeigt sich, vielleicht weil sie durch die islamische Kultur dominiert ist, als besonders resistent gegenüber jeglicher demokratischer Transformation. Damit soll aber Samuel P. Huntington nicht vorschnell Recht gegeben werden. Beispiele wie das vorwiegend muslimische Indonesien oder die Türkei zeigen durch ihre Fortschritte hinsichtlich demokratischer Transformation, dass Islam und Demokratie durchaus kompatibel sein können. Generell lässt sich sagen, dass es in jeder untersuchten Region Staaten gibt, die vollkommen unabhängig von der dort vorherrschenden Kultur gute Fortschritte in der Entwicklung eines liberaldemokratischen Regierungssystems machen. Dabei zeigt sich aber auch, dass es meist diejenigen Staaten sind, die aufgrund ihrer Geschichte, wie beispielsweise Israel, Südafrika oder Südkorea, dem Westen näher stehen als andere Staaten in der Region.

Abbildung 7: Demokratie weltweit



Quelle: Bertelsmann Transformation Index 2008 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2007, S. 16

Angesichts dessen und der guten Leistungen hinsichtlich demokratischer Transformation in den neuen EU-Staaten scheint sich die Nähe zum westlichen Kulturkreis positiv auf Entwicklung und Etablierung einer liberalen Demokratie auszuwirken. Generell kann das Phänomen der liberalen Demokratie nicht ausschließlich auf kulturelle Aspekte oder „Nähe zum Westen“ zurückgeführt werden. Viele Aspekte, die hier nicht alle berücksichtigt werden können, spielen bei der Etablierung von liberaldemokratischen Strukturen eine Rolle. Auch wenn sich derzeit eine weltweite Erosion demokratischer

Standards zeigt, kann sich dies in Zukunft wieder ändern. Eine Prognose für die Zukunft soll deshalb an dieser Stelle nicht erfolgen. Allerdings sollen später, in Anbetracht aktueller Entwicklungen, eigene Vermutungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Modells der „westlichen“ liberalen Demokratie formuliert werden.

7. Regionale Integration und Demokratie

Im folgenden Abschnitt soll anhand der beiden Fallstudien ASEAN und MERCOSUR der Zusammenhang zwischen regionaler Integration und der Ausbreitung von Demokratie in den jeweiligen Regionen untersucht werden. Dazu wird die oben bereits ausführlich dargestellte Methode angewandt.¹⁴³

7.1 ASEAN

Die ASEAN (Association of Southeastasian Nations) kann mittlerweile auf eine über vierzigjährige Geschichte zurückblicken und ist damit neben der EU eine der am längsten bestehenden regionalen Organisation. Mittlerweile gehören zur ASEAN zehn Mitgliedsstaaten¹⁴⁴ und diese umfasst somit (abgesehen von Osttimor) die gesamte südostasiatische Region. Im Jahr 2006 lebten in der ASEAN 560 Millionen Einwohner und es wurde insgesamt ein BIP von 1,1 Billionen US-Dollar erwirtschaftet.¹⁴⁵

Kennzeichnend für die ASEAN ist die wirtschaftliche und politische Heterogenität ihrer Mitglieder. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Offenheit sticht vor allem Singapur heraus. Im Ranking des *Index of Economic Freedom 2009*, der Heritage Foundation, belegt das Land Platz 2 von 179 bewerteten Staaten und ist innerhalb der ASEAN das einzige Land, welches als „frei“ eingestuft wird.¹⁴⁶ Im Gegensatz dazu fällt die übrige Region ab: Thailand und Malaysia gelten als „mäßig frei“, die weiteren Staaten als „weitgehend unfrei“ und Myanmar sogar als „unterdrückt“. Auch im Bezug auf ihre Regierungssysteme könnten die Staaten der ASEAN nicht unterschiedlicher sein: Wenn auch noch mit Mängeln behaftet, gilt Indonesien für den BTI und *Freedom House* als Demokratie. Die Philippinen gelten im Sinne der beiden Indizes als „teilweise frei“, beziehungsweise als stark defekte Demokratie, was bedeutet, dass sie sich zumindest bereits „in Transformation“ befinden. Alle übrigen Staaten der ASEAN werden autokratisch regiert, wenn auch teilweise, wie im Fall Malaysias, Thailands und Singapurs, in gemäßigter Form. Insgesamt zeigt sich, dass der globale Trend zur Demokratisierung nur ge-

¹⁴³ Vgl. Kapitel 5.1 dieser Arbeit.

¹⁴⁴ Die ASEAN besteht aus den fünf Gründerstaaten Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand. Brunei Darussalam wurde 1984 Mitglied der ASEAN. Als neue Mitgliedsstaaten kamen 1995 Vietnam, 1997 Laos und Myanmar und zuletzt Kambodscha im Jahr 1999 hinzu.

¹⁴⁵ Vgl. ASEAN- Official Website: About ASEAN. Overview. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/64.htm> [Stand: 21.02.2009]

¹⁴⁶ Vgl. Index of Economic Freedom 2009: Ranking the Countries. Online in Internet: URL: <http://www.heritage.org/Index/Ranking.aspx> [Stand: 22.02.2009]. Die Bewertung der wirtschaftlichen Freiheit erfolgt anhand von fünf Stufen: 1. frei; 2. weitgehend frei; 3. gemäßig frei; 4. weitgehend unfrei; 5. unterdrückt.

ringen Einfluss auf die Region gezeigt hat und sich autoritäre Herrschaftsformen bis heute halten.

Abbildung 8: Karte der ASEAN¹⁴⁷



Wie noch ausführlich dargestellt wird, ist die ASEAN wegen ihres historischen Kontexts eine stärker auf (sicherheits-)politische als auf wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtete Organisation. Wirtschaftliche Integration wurde erst

Anfang der 1990er und vor allem im Zusammenhang mit der Asienkrise ein zentrales Thema. Insgesamt stand hinter der ASEAN, von Beginn an ein wesentlich weniger legalistisches und interventionistisches Konzept als im Vergleich zur EU.

In der folgenden Analyse wird zunächst die Integrationsgeschichte der ASEAN im Hinblick auf politische und wirtschaftliche Aspekte dargestellt. Dabei soll gleichzeitig auf Ereignisse eingegangen werden, die relevant für die Entwicklung von Demokratie in der Region sind, insbesondere auf den Kambodscha-Konflikt, die Asienkrise und den Beitritt Myanmars in die ASEAN. Weiterhin wird kurz auf die Entwicklung des intraregionalen Handels und das Engagement von internationalen Organisationen in der Region eingegangen. Im Anschluss daran wird, nach einer Analyse der Debatte über die „asiatischen Werte“ und „asiatische Demokratie, die Entwicklung und der Status der Demokratisierung in der ASEAN untersucht. Abschließend wird, in Bezug zur zentralen Fragestellung dieser Arbeit, untersucht, welche Implikationen die einzelnen Faktoren für die Demokratisierung innerhalb der Region hatten.

¹⁴⁷ *Quelle:* ASEAN – Official Website: Map of ASEAN.
Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/69.htm> [Stand: 21.02.2009]

7.1.1 Integrationsprozess der ASEAN

Die Gründung der ASEAN und Entwicklung ihrer Prinzipien

Die ASEAN wurde am 8. August 1967 in Bangkok gegründet. Die fünf Gründerstaaten (Indonesien, Philippinen, Thailand, Singapur und Malaysia) waren zum Zeitpunkt der Gründung alle autokratisch regiert, und hatten alle kurz zuvor die Unabhängigkeit von den Kolonialmächten erlangt.¹⁴⁸ Die Kooperation wurde erst möglich, als die neue Regierung („Neue Ordnung“) in Indonesien unter Staatspräsident Suharto installiert wurde. Der Staat gab seine Konfrontationspolitik (konfrontasi) gegenüber Malaysia, beziehungsweise Singapur, auf. Weiterhin war zu dieser Zeit der Kalte Krieg auf seinem Höhepunkt, die USA in den Vietnamkrieg verstrickt und Ausläufer der proletarischen Revolution in China erreichten das nicht-kommunistische Südostasien. Außerdem hinterließen die Kolonialmächte, die sich erst kürzlich zurückgezogen hatten, in der Region ein Machtvakuum und territoriale Streitigkeiten beherrschten das Bild. All diese Aspekte, aber vor allem die mögliche Ausweitung kommunistischer Bewegungen in der Region, machten eine Kooperation der westlich orientierten Staaten unerlässlich. Mit dem zunächst sehr losen Zusammenschluss, sollte Vertrauen geschaffen und weitere Konflikte vermieden werden. Von nun an war Südostasien in zwei Lager geteilt: Auf der einen Seite standen die prowestlichen, antikommunistischen Staaten: Indonesien, Malaysia, Thailand, Singapur und die Philippinen. Auf der anderen Seite befanden sich die kommunistischen Länder Vietnam, Laos, Myanmar und Kambodscha.¹⁴⁹

In ihrer ersten Dekade war die ASEAN in erster Linie ein Ort des informellen Austausches und ein Forum zur Aussöhnung der Mitgliedsstaaten. Zu einer Übertragung von Souveränitätsrechten an supranationale Institutionen waren die Eliten nicht bereit. Das Gründungsdokument, die „ASEAN Declaration“¹⁵⁰ beinhaltete keine konkreten gemeinsamen politischen Maßnahmen oder Grundüberzeugungen, sondern war im Wesentlichen auf zwei zentrale Kernpunkte beschränkt: Zum einen wollte man durch gemeinsame Bemühungen das wirtschaftliche Wachstum, den sozialen Fortschritt und die kulturelle Entwicklung in der Region beschleunigen. Zum anderen war es das Ziel, den

¹⁴⁸ Thailand war als einziger Staat Südostasien niemals eine Kolonie.

¹⁴⁹ Vgl. Severino, Rodolfo C.: ASEAN Beyond Forty: Towards Political and Economic Integration, in: Contemporary Southeast Asia 29/3 (2007), S. 406f; ASEAN – Official Website: About ASEAN. History. The Founding of ASEAN. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/7069.htm> [Stand: 21.02.2009]; Ufen, Andreas: Die ASEAN. Vom Antikommunismus zu umfassender Kooperation in Südostasien, in Südostasien Aktuell, Januar 2004, S. 72-84

¹⁵⁰ Die „ASEAN Declaration“ ist auch unter dem Namen „Bangkok Declaration“ bekannt.

regionalen Frieden zu erhalten unter Beachtung der Charta der Vereinten Nationen.¹⁵¹ O gründete man 1971 die Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität (ZOPFAN) gegründet.¹⁵² In einer entsprechenden Erklärung sicherten sich die Mitgliedsstaaten die Achtung der gegenseitigen Souveränität, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die Erhaltung des Friedens in der Region und den Verzicht auf Nuklearwaffen zu.

Erst neun Jahre nach der Gründung der ASEAN wurde man konkreter: Auf dem ersten Gipfeltreffen in Bali, im Februar 1976, unterzeichneten die Mitgliedsstaaten drei maßgebliche Dokumente: In der „Declaration of ASEAN Concord“¹⁵³ sprach man sich *erstens* erstmals für eine erweiterte politische Kooperation aus und erstellte dafür einen Handlungsplan.¹⁵⁴ *Zweitens* wurden im Vertrag über „Amity und Cooperation in Southeast Asia“, die Normen des nachbarschaftlichen Verhaltens und die grundlegenden Prinzipien der Zusammenarbeit festgelegt: wechselseitiger Respekt vor der Unabhängigkeit, Souveränität, Gleichheit, territorialen Integrität, und Identität aller Nationen; Zusicherung der Existenz jedes Staates, frei von Einmischung, Unterwanderung oder Zwang; Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten des anderen; Verzicht auf Gewalt, und effektive Kooperation miteinander. *Drittens*, wurde die Errichtung eines gemeinsamen Sekretariats der ASEAN festgelegt.¹⁵⁵

Auf den folgenden Gipfeltreffen in Kuala Lumpur 1977 und Manila im Jahr 1987 kam es zu keinen nennenswerten Neuerungen, sondern lediglich zur Bekräftigung von Solidarität und Kooperation in der Region. Außerdem betonte man die generelle Offenheit der Organisation gegenüber allen Staaten der Region.¹⁵⁶

Insgesamt gesehen wurde in den ersten zwanzig Jahren der ASEAN der Grundstein dafür gelegt, was später als „**ASEAN way**“¹⁵⁷ bezeichnet wurde. Gemeint sind damit die grundlegenden Strukturen der Entscheidungsfindung innerhalb der Region und die

¹⁵¹ Vgl. ASEAN - Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Bangkok Declaration (1967). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1212.htm> [Stand: 21.02.2009]

¹⁵² Vgl. ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Zone of Peace, Freedom and Neutrality Declaration (1971). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1215.htm> [Stand: 22.02.2009]

¹⁵³ Vgl. ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Declaration of ASEAN Concord (1976). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1216.htm> [Stand: 20.03.2009]

¹⁵⁴ Weiterhin wurde ein Hoher Gerichtshof zur Streitschlichtung ins Leben gerufen, dieser kam allerdings nie zum Einsatz.

¹⁵⁵ Vgl. ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia (1976). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1217.htm> [Stand: 20.03.09]

¹⁵⁶ Vgl. ASEAN – Official Website: Politics and Security. Overview. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/92.htm> [Stand: 22.02.2009];

¹⁵⁷ Vgl. Nem Singh, Jewellord T.: Process of Institutionalisation and Democratisation in ASEAN: Features, Challenges and Prospects of Regionalism in Southeast Asia, in: UNISCI Discussion Papers, 16 (January 2008), S. 143; Estanislao, Jesus P./ Tay, Simon S.C.: The Relevance of ASEAN. Crisis and Change, in: Estanislao, Jesus P. et al. (Hrsg.): Reinventing ASEAN, Singapur, 2001, S. 9f

Normen transnationalen Verhaltens: Nichteinmischung, Unverletzlichkeit des Staates, Souveränität, Entscheidungen im Konsens und durch Konsultationen, rechtlich nicht bindende Regeln und informelle Entscheidungsfindung, Eliten- und Staatenzentriertheit.

Weiterhin entschieden sich in der Zeit der Blockbildung während des Kalten Krieges die fünf Gründerstaaten gegen den Kommunismus und für eine westliche Orientierung. Im Gegenzug dafür tolerierten und unterstützten die Vereinigten Staaten die durchweg autoritär ausgerichteten Regierungen als notwendiges Übel im Kampf gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien. Der westliche Druck hinsichtlich demokratischer Reformen in der Region war dementsprechend gering.¹⁵⁸ Untereinander sorgte das Prinzip der Nichteinmischung dafür, dass die Mitgliedsstaaten, beispielsweise die Verletzung von Menschenrechten gegenseitig tolerierten. Jegliche Kritik über innere Angelegenheiten wurde vermieden. Dies sorgte einerseits dafür, dass die zwischenstaatliche Kooperation stabil blieb und andererseits für das Überleben der elitären Regime. Zu diesem Zeitpunkt war Demokratisierung oder der Schutz von Menschenrechten kein Thema in der ASEAN. Man orientierte sich zwar an der Charta der Vereinten Nationen, allerdings lediglich hinsichtlich der Normen zwischenstaatlichen Verhaltens.

Regionale wirtschaftliche Integration hatten die Gründerväter nicht im Sinn, sondern nur eine engere Kooperation in spezifischen wirtschaftlichen Bereichen. Es dauerte allerdings bis in die frühen 1990er Jahre, bis erste und ernsthafte Versuche unternommen wurden die wirtschaftliche Kooperation in der ASEAN auch zu institutionalisieren.

Kambodscha-Konflikt

Als diplomatischer Akteur konnte sich die ASEAN erstmals im Zusammenhang mit dem Kambodscha-Konflikt beweisen. Hintergrund des Konfliktes waren Grenzstreitigkeiten zwischen Vietnam und Kambodscha, die 1978 zu einer Invasion Kambodschas durch vietnamesische Truppen führte. Bereits 1979 wurde die kambodschanische Hauptstadt Phnom Pen besetzt. Die Roten Khmer, die unter Ministerpräsident Pol Pot seit 1975 das Land beherrschten¹⁵⁹, zogen sich ins Hinterland zurück und ein dreizehn Jahre anhaltender Bürgerkrieg war die Folge. Vor allem Thailand, welches eine gemeinsame Grenze mit Kambodscha hat, war in Sorge um die eigene Sicherheit und drängte die ASEAN zu einem koordinierten Vorgehen. So plädierte die ASEAN im Rahmen der Vereinten Nationen, die durch Hanoi installierte Republik nicht anzuerkennen. Da die

¹⁵⁸ Vgl. Nem Singh: Process of Institutionalisation and Democratisation in ASEAN, 2008, S. 146f

¹⁵⁹ 1975 eroberten die Roten Khmer Phnom Pen und riefen die „Demokratische Volksrepublik Kampuchea“ aus und Pol Pot wurde Ministerpräsident. Unter der Herrschaft der Roten Khmer wurden mindestens 1,5 Millionen Menschen in Vernichtungslagern exekutiert oder starben an Hunger oder vor Erschöpfung.

ASEAN in dieser Sichtweise durch die USA und China unterstützt wurde, war sie mit dieser Politik sehr erfolgreich, so dass das Regime nur von einigen wenigen Staaten des Ostblocks und der dritten Welt anerkannt wurde. Im Oktober 1991 kam es dann zu den Pariser Friedensverträgen, die in der Errichtung von demokratischen Institutionen unter Aufsicht der Vereinten Nationen mündeten.¹⁶⁰ Insgesamt konnten die Staaten der ASEAN im Hinblick auf diesen Konflikt erstmals ihre Fähigkeit als ernsthafter internationaler Akteur unter Beweis stellen und konnten dadurch ihre Glaubwürdigkeit in der internationalen Gemeinde stärken. Die Errichtung von demokratischen Strukturen in Kambodscha hat in der Region keine weitere Demokratisierung ausgelöst. Weiterhin gibt es in der ASEAN keine gemeinsame Besinnung auf demokratische Werte, so wie es in der EU der Fall ist.

Die AFTA und die Entwicklung des intraregionalen Handels

Erst auf dem vierten Gipfeltreffen 1992 in Singapur wurden weitere Integrations-schritte unternommen und die Errichtung einer Freihandelszone beschlossen. Die ASEAN Free Trade Area (AFTA) wurde gegründet, um gegenüber den starken Handelsblöcken der EG und NAFTA und angesichts der zunehmenden Globalisierung konkurrenzfähig zu bleiben. Vorgesehen waren Zollsenkungen für Kapitalgüter, verarbeitete landwirtschaftliche Güter und Industriegüter auf 0-5% bis 2008. Seit 2005 sind die Zölle für fast 99% der Produkte, die auf der Inklusionsliste¹⁶¹ stehen, durch die ASEAN-6 Staaten (Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand) auf maximal 5% gesenkt worden. Mehr als 60% dieser Güter haben keinen Zoll mehr. Der durchschnittliche Zoll der ASEAN-6 Staaten beträgt mittlerweile nur noch 2% (12% waren es zur Zeit der Gründung der AFTA) und die neuen Mitgliedsstaaten haben bereits für 81% der Güter auf ihrer Inklusionsliste ihre Zölle auf 0-5% gesenkt. Im Zusammenhang mit der AFTA Plus waren weiterhin eine verstärkte Kooperation im Banken-, Finanz- Kommunikations- und Transportsektor und der Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen geplant.¹⁶²

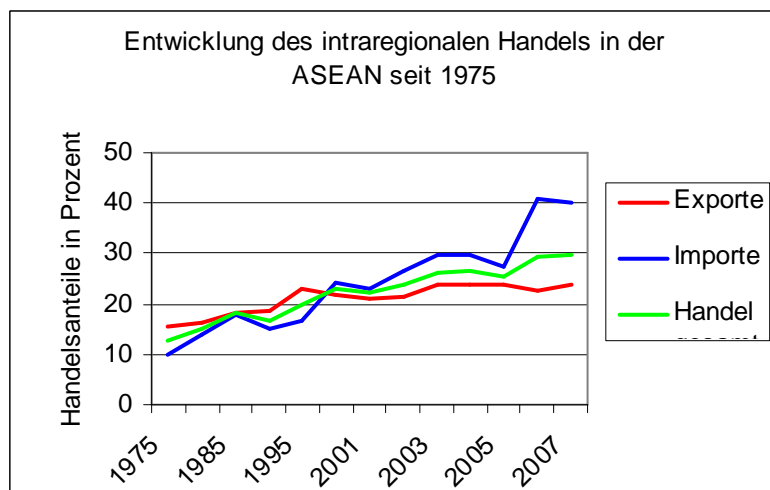
¹⁶⁰ Vgl. Nem Singh: Process of Institutionalisation and Democratisation in ASEAN, 2008, S. 147; CIA - The World Factbook. Online in Internet: URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/cb.html> [01.03.2009]

¹⁶¹ Gemäß dem "Common Effective Preferential Tariff" Konzepts gibt es vier Produktlisten: 1. Inklusionsliste: Zollsenkungen bis 2002 auf maximal 5%. Für Vietnam bis 2006, Laos und Myanmar bis 2008 und Kambodscha bis 2010. 2. temporäre Exklusion: Produkte werden erst später in Inklusionsliste aufgenommen. 3. Sensitivliste: unverarbeitete landwirtschaftliche Güter. 4. Generelle Ausnahmen: Güter auf dieser Liste sind von Zollsenkungen ausgenommen.

¹⁶² Vgl. Ufen: Die ASEAN, 2001, S. 78f; Than: Myanmar in ASEAN, 2005; 29-36; ASEAN- Official Website: About ASEAN. Overview; ASEAN - Official Website: Trade. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/12021.htm> [Stand: 02.03.2009]; ASEAN - Official Website: About ASEAN.

Die Errichtung einer Freihandelszone war für die ASEAN ein beachtlicher Schritt hinsichtlich regionaler Integration. Allerdings muss man dabei berücksichtigen, dass zahlreiche Produkte aus den Regelungen herausgenommen wurden und die meisten Mitgliedsstaaten nach wie vor an protektionistischer Politik festhalten. Dennoch ist der intraregionale Handel mit der Etablierung der AFTA substantiell angestiegen.

Abbildung 9: Entwicklung des intraregionalen Handels der ASEAN



Quelle: Eigene Darstellung nach: United Nations ESCAP: Asia – Pacific Trade and Investment Agreement Database.

Im Jahr 1975 wurden lediglich 12,7% des Gesamthandels innerhalb der Region betrieben, 1995 waren es bereits 19,8% und im Jahr 2007 wird bereits circa 30% des Handels innerhalb der Region abgewickelt. Im Vergleich zur EU, dort sind es knapp 70%, ist der intraregionale Handel allerdings niedrig und der extraregionale Handel spielt auch heute noch eine übergeordnete Rolle. Der Grund dafür ist, dass die Märkte der ASEAN – 6 eher kompetitiv als komplementär sind, da die Staaten zumeist ähnliche Güter produzieren. Seit dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten steigt die Spezialisierung innerhalb der ASEAN an, da immer mehr arbeitsintensive Industrien in die neuen Mitgliedsstaaten verlegt werden. Am Gesamthandel hat der intraregionale Handel (Werte im Jahr 2004) mit ca. 23% den größten Anteil, der Handel mit den USA macht ca. 9% aus, mit der EU sind es 11%.¹⁶³

Trotz des relativen Erfolges der AFTA ist diese noch von der Realisierung einer vollständigen Freihandelszone entfernt, vor allem hinsichtlich nicht-tarifärer Handels-

Basic Documents. Agreement On The Common Effective Preferential Tariff (CEPT) Scheme For The ASEAN Free Trade Area (1992). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1164.htm> [Stand: 03.02.2009]

¹⁶³ Vgl. United Nations ESCAP: Asia – Pacific Trade and Investment Agreement Database. Online in Internet: URL: http://www.unescap.org/tid/aptiad/index_trds_fm.aspx [Stand: 03.02.2009]; ASEAN - Statistical Pocketbook 2009, S. 32-36. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/19188.htm> [Stand: 03.02.2009]

hemmnisse besteht noch Handlungsbedarf. Hier zeigt sich ein generelles Problem der ASEAN: Für die Mitgliedsstaaten hat ihre Souveränität einen hohen Stellenwert. Integration auf supranationaler Ebene wird abgelehnt und es wird nach den Regeln des „ASEAN way“ vorgegangen: Zahlreiche Ausnahmen schützen die Interessen der Nationalstaaten (Staatenzentriertheit), durch nicht-bindende Regeln und fehlende Sanktionsmechanismen wird der wirtschaftliche Integrationsprozess verlangsamt. Somit sind protektionistische Verhaltensmuster nach wie vor ein fester Bestandteil der Politik innerhalb der AFTA.

Weitere Entwicklungen seit 1992 und die Asienkrise

Bis 1992 wurden sicherheitspolitische Themen im Rahmen der ASEAN nur inoffiziell behandelt. Generell hat sich die ASEAN nie auf ein multilaterales Verteidigungsbündnis geeinigt, denn dies hätte die Unverletzlichkeit der Souveränität der Mitgliedsstaaten empfindlich berührt. In der Declaration of ASEAN Concord wurde bereits ausdrücklich festgeschrieben, dass Sicherheitsfragen außerhalb der ASEAN koordiniert werden sollten. Faktisch bedeutete dies, dass lediglich ad hoc bi- und multilaterale Verteidigungskooperation in bestimmten Angelegenheiten bestand. ASEAN Regional Forum (ARF)¹⁶⁴ bezog man Anfang der 1990er die offiziellen Dialogpartner in sicherheitspolitische Aspekte mit ein: Präventiver Diplomatie, vertrauensbildenden Maßnahmen und Konfliktlösung sollten für Stabilität in der Region sorgen. Weiterhin wurden im Rahmen der Asia-Europe Meetings (ASEM) die Kooperation zwischen Europa und der ASEAN institutionalisiert. Insgesamt hat sich durch die beiden Dialogforen das internationale Gewicht der ASEAN als diplomatischer Akteur deutlich vergrößert. Weitere sicherheitspolitische Abkommen Anfang der 1990er waren: die „ASEAN Declaration on the South China Sea“ (1992) und der Vertrag über eine „Southeast - Asia Nuclear Weapon Free Zone“.¹⁶⁵

Die Asienkrise 1997-1998 erweckte in der ASEAN das Bewusstsein für die Notwendigkeit verstärkter Kooperation. Eine Bankenkrise, die in Thailand ihren Ursprung hatte, wuchs sich zu einer schwerwiegenden Finanzkrise in der gesamten Region aus. Besonders hart getroffen wurden Indonesien, Thailand und Südkorea. Ausgelöst wurde die Krise in erster Linie durch eine uneingeschränkte Liberalisierung der Finanzmärkte,

¹⁶⁴ Das ARF hatte sein erstes offizielles Treffen 1994. Heute nehmen neben den zehn ASEAN Staaten auch Australien, China, die EU, Indien, Japan, Kanada, Nord- und Südkorea, Neuseeland, Papua Neuguinea, Russland und die USA daran teil.

¹⁶⁵ Vgl. Ufen: Die ASEAN, 2001, S. 74

welche zu einer Investitionsblase führte.¹⁶⁶ Weiterhin hatten massive Spekulationen gegen die indonesische Rupiah und den thailändischen Baht, verbunden mit einem plötzlichen Rückzug von kurzfristigem Spekulationskapital, zu einer abrupten Abwertung dieser und anderer Währungen geführt. Wegen des allgemein schwachen Bankensystems in der Region, ungenügenden Devisenreserven, unzureichender Regulierung des Finanzsystems und fehlender Institutionalisierung von Schutzmechanismen war die Region außerstande die Krise abzuwehren. Als die Devisenreserven verbraucht waren, hatten die meisten asiatischen Staaten in der Region keine andere Möglichkeit als Hilfeleistungen des IWF in Anspruch zu nehmen.

In der ASEAN waren vor allem Thailand und Indonesien auf die Hilfe des IWF angewiesen, welche an Bedingungen bezüglich Strukturreformen und makroökonomischen Maßnahmen geknüpft war.¹⁶⁷ Weitere Länder, die im Zusammenhang mit der Krise, allerdings im geringeren Umfang, Kredite des IWF in Anspruch nahmen, waren die Philippinen und Kambodscha. Heute sind bereits alle Kredite zurückgezahlt und keins der genannten Länder hat beim IWF noch Verbindlichkeiten. Die einzigen beiden Staaten der ASEAN, die heute noch Kredite zurückzahlen müssen, sind Laos und Vietnam, allerdings sind diese Hilfezahlungen nicht direkt mit der Asienkrise in Verbindung zu bringen.¹⁶⁸ Brunei, Malaysia, Myanmar und Singapur haben niemals Leistungen des IWF in Anspruch genommen.¹⁶⁹ Insgesamt haben die Hilfeleistungen des IWF und die daran gekoppelten Strukturreformen nur in Indonesien einen demokratischen Transformationsprozess angeregt.

Die ASEAN reagierte auf die Krise mit einer Reihe von Maßnahmen: Zunächst wurden im Rahmen der AFTA die Zollsenkungen beschleunigt. Außerdem sollten mit der ASEAN Investment Area die Wettbewerbsfähigkeit der Region gestärkt und ausländische Direktinvestitionen angezogen werden. Durch die Errichtung eines Frühwarnsystems (ASEAN Surveillance Process, ASP) sollten mögliche Krisenherde vorzeitig erkannt und die Stabilität des Wirtschaftsraumes gesichert werden. Weiterhin führte die

¹⁶⁶ Der Kreditmarkt wuchs im Vorfeld der Krise mit durchschnittlichen 8-10% stärker als das durchschnittliche BIP. Die Kredite wurden vor allem für Immobilien und Aktien verwendet, was einen Preisanstieg in den jeweiligen Märkten zur Folge hatte. Dies regte weitere Kreditvergabe an und die Vergabekriterien wurden laxer. Dieser Teufelskreis führte letztlich zum Platzen der Investitionsblase und die eher schwachen asiatischen Banken wurden hart getroffen.

¹⁶⁷ Vgl. Lane, Timothy et al.: IMF Supported Programs in Indonesia, Korea, and Thailand. A Preliminary Assessment, 1999, Washington DC: International Monetary Fund, S. 17-25; Nem Sing: Process of Institutionalisation and Democratisation in ASEAN, 2008, S. 151f. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/op/op178/OP178.pdf> [Stand: 03.03.2009]

¹⁶⁸ Laos hat seine Hilfeleistung im Jahr 2001 in Anspruch genommen, Vietnam im Jahr 2004.

¹⁶⁹ Vgl. International Monetary Fund: IMF Members' Financial Data by Country. Online in Internet. URL: <http://www.imf.org/external/np/fin/tad/exfin1.aspx> [Stand: 04.03.2009]

Krise zur Einsicht, dass eine Vertiefung der Kooperation mit China, Japan und Südkorea aufgrund von wirtschaftlichen Interdependenzen, unverzichtbar geworden war. Dies führte auf der Basis des „Joint Settlement on East Asian Cooperation“ von 1999 zu einer Institutionalisierung der ASEAN+3 Gespräche. Im Mai 2000 wurde dann mit der Chiang Mai Initiative die Devisenswap Regelungen innerhalb der ASEAN Staaten auf China, Südkorea und Japan ausgeweitet. Die Initiative sollte internationale Vereinbarungen wie die Notfallkredite des IWF ergänzen und durch einen regionalen Devisenreservenmechanismus künftige derartige Krisen in der Region vermieden werden.¹⁷⁰

Außerdem wurden vor dem Hintergrund der Asienkrise im Rahmen der „ASEAN Vision 2020“ und dem „Ha Noi Plan of Action“ ehrgeizige Ziele und Maßnahmen für eine vertiefte Integration in sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Bereichen formuliert.¹⁷¹

Auf dem neunten ASEAN Gipfel in Bali, im Jahr 2003 wurde im Zuge der „Declaration of ASEAN Concord II“, die Entwicklung von drei Säulen der „ASEAN Security Community“ (ASC) der „ASEAN Economic Community“ (AEC) und „ASEAN Socio – Cultural Community“ (ASCC) festgesetzt.¹⁷² Mit der Etablierung einer Sicherheitsgemeinschaft will man sicherstellen, dass auch zukünftig die Länder der Region in Frieden zusammenleben und ihre Konflikte ausschließlich auf friedliche Art und Weise lösen. Durch rechtlich bindende Entscheidungen, sollte weiterhin der Streitschlichtungsmechanismus innerhalb der ASEAN gestärkt werden. Mit der Wirtschaftsgemeinschaft sollte das in der ASEAN Vision 2020 angestrebte Endziel der wirtschaftlichen Integration erreicht werden: Errichtung eines gemeinsamen Marktes, Erleichterung des Personenverkehrs, Stärkung von AFTA, AIA und dem „ASEAN Framework on Services“ und die Integration von Sektoren wie Luftfahrt, Landwirtschaft, Automobilmarkt, Internethandel, Gesundheit, Tourismus, Fischerei etc.. Das angestrebte Ziel der soziokulturellen Säule war die Schaffung einer „community of caring societies (...) founded on a common regional identity“¹⁷³.

¹⁷⁰ Vgl. Than: Myanmar in ASEAN, 2005, S.43ff; Severino, Rodolfo C.: Southeast Asia in Search of an ASEAN Community. Insights from the former ASEAN Secretary-General, Singapur, 2006; S. 96-107

¹⁷¹ Vgl. ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. ASEAN Vision 2020 (1997); Ha Noi Plan of Action (1998). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/145.htm> [Stand: 04.03.2009]

¹⁷² Vgl. ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Declaration of ASEAN Concord II (Bali Concord) (2003). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/15159.htm> [Stand: 09.03.29]

¹⁷³ ASEAN- Official Website: About ASEAN Overview, S. 2

Mit der „ASEAN Charta 2007“¹⁷⁴ soll eine stärker integrierte und regelbasierte Gemeinschaft geschaffen werden. Zu erwarten sind verbesserte institutionelle Kapazitäten, einschließlich verbesserter Streitschlichtungsmechanismen und der Schaffung eines internationalen Rechts. Erstmals in der Geschichte der ASEAN ist die Rede von der Stärkung von Demokratie, der Verbesserung von „Good Governance“, der Verfestigung von Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten.¹⁷⁵ Die Auswirkungen dieser neuen Charta, auf die weitere Entwicklung von Demokratie in der Region können zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Weiterhin liegt die Vermutung nahe, dass die ASEAN auch durch die angestrebte tiefere Integration nicht, wie die EU, zu einer supranationalen Organisation werden wird, welche sich zu demokratischen Werten und der Achtung von Menschenrechten rechtlich verpflichtet.

Die Organisationsstruktur der ASEAN

Wie aus der vorangegangenen Darstellung und Analyse der Integrationsgeschichte bereits hervorgegangen, ist die ASEAN nur wenig institutionalisiert.¹⁷⁶ Das höchste Entscheidungsgremium ist das jährliche Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der ASEAN.¹⁷⁷ Deshalb zeichnet sich die ASEAN auch heute noch durch eine elitäre Entscheidungsfindung aus. Eine Integration findet hauptsächlich auf intergouvernementaler und ministerialer Ebene statt. Ganz nach dem Konzept des „ASEAN ways“ ist die Entscheidungsfindung dominiert durch Konsens, Konsultationen und informelle Diplomatie auf persönlicher Basis zwischen den Eliten. Allerdings ist die Interaktionsdichte aufgrund der vielfältigen Treffen der Fachminister und den Zusammenkünften der verschiedenen Komitees mit ungefähr 400 jährlichen Treffen relativ hoch. Weiterhin findet ein Einbezug der Bürger der ASEAN kaum statt. Erst mit der Errichtung der „ASEAN People`s Assembly“ im Jahr 2000 wurde das Engagement von Nichtregierungsorganisationen in der ASEAN institutionalisiert. Allerdings haben diese nur geringfügigen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Eliten.¹⁷⁸

¹⁷⁴ Vgl. ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Charta of the Association of Southeast Asian Nation (2007). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/145.htm> [Stand: 09.03.2003]. HINWEIS: Internetlink zur ASEAN Charta funktioniert derzeit leider nicht.

¹⁷⁵ Vgl. Wah, Chin Kin: Introduction: ASEAN: Facing the Fith Decade, in Contemporary Southeast Asia, 29/3 (2007), S. 394

¹⁷⁶ Zur Organisationsstruktur der ASEAN vgl: ASEAN – Official Website: About ASEAN. ASEAN Structure. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/13103.htm>;

¹⁷⁷ Dies war nicht immer so: In den ersten 25 Jahren der Geschichte der ASEAN kam es insgesamt nur zu vier Gipfeltreffen. Seit 1992 finden die Gipfeltreffen im dreijährigen Turnus statt. Seit 1995 gibt es neben den regulären Gipfeltreffen zusätzlich jährliche informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs.

¹⁷⁸ Vgl. Nem Singh: Process of Institutionalisation and Democratisation in ASEAN, 2008; Acharya, Amittav: Democratisation and the prospects for participatory regionalism in Southeast Asia, in: Third World Quarterly, 24/2 (2003), S. 382-384

7.1.2 Das Prinzip der Nichteinmischung

Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates ist ein zentraler Aspekt im zwischenstaatlichen Umgang innerhalb der ASEAN. In mehreren maßgeblichen Dokumenten der ASEAN ist dies auch festgehalten und wurde über die Jahre immer wieder bekräftigt.¹⁷⁹ Prinzipiell ist daran nichts besonderes, da die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten auch auf der internationalen Ebene ein anerkannter Standard im wechselseitigen Umgang von Staaten ist. So betont beispielsweise auch die Charta der Vereinten Nationen, dass die „Beziehungen der Nationen“ auf der „Selbstbestimmung der Völker“ basieren und die Organisation „auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“ basiert.¹⁸⁰ Dennoch wurde die ASEAN hinsichtlich dessen von der internationalen Staatengemeinschaft immer wieder kritisiert, dabei allerdings vornehmlich aus den Reihen der westlichen Industrienationen. Ausgangspunkte für diese Kritik waren vor allem der Umgang der ASEAN mit der Asienkrise, dem indonesischen Vorgehen in seiner ehemaligen Provinz Osttimor, der Situation in Myanmar und der Achtung von Menschenrechten in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Menschenrechte

Die ASEAN hat keine gemeinsamen, rechtlich bindenden Werte. Die Gründe dafür sind einerseits die Diversität der Mitgliedsstaaten, die die Etablierung eines gemeinsamen Wertekanons erschweren. Andererseits haben die Erfahrungen mit den westlichen Kolonialmächten, in der Region zu einem Unbehagen darüber geführt anderen Nationen ein Wertesystem „aufzuzwängen“.¹⁸¹ Vor dem Hintergrund der Weltkonferenz über die Menschenrechte in Wien im Jahr 1993, hat sich die ASEAN auf dem im selben Jahr stattfindenden Ministertreffen zur Achtung von Menschenrechten bekannt.¹⁸² Allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, dass diese im „(...) Lichte ‚von spezifischen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umständen‘ (...)“¹⁸³ betrachtet werden müssen. Konkret heißt dies, dass die Umsetzung von Menschenrechten je nach Fall unterschiedlich ausgelegt werden kann und dass die Beschneidung von Menschenrechten

¹⁷⁹ Beispiele sind die „ASEAN Declaration“ von 1967, „Zone of Peace, Freedom and Neutrality Declaration“ von 1971, „Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia“ und „Declaration of ASEAN Concord“ von 1976 usw.

¹⁸⁰ Charta der Vereinten Nationen. Artikel 1, Absatz 2 und Artikel 2, Absatz 1.

¹⁸¹ Vgl. Severino: ASEAN Community, 2006, S. 85-96

¹⁸² Vgl. ASEAN – Official Website: Politics and Security. Political Statements. Human Rights. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/17661.htm> [Stand: 06.02.2009]

¹⁸³ Originalzitat übersetzt durch die Autorin: „(...) in the light of ‚specific cultural, social, economic and political circumstances‘ (...)“. Severino: ASEAN Community, 2006, S. 150

unter bestimmten Voraussetzungen sogar der richtige Weg sein kann. Der ehemalige Generalsekretär der ASEAN, Rodolfo Severino, bringt diese Ansicht folgendermaßen auf den Punkt:

„(...) for some countries, because of their specific circumstances, more stringent rules, closer guidance by the state and the curtailment of some civil liberties may be necessary for citizens to attain a better standard of living and, therefore, greater dignity as human beings, and others should not interfere in this process.“¹⁸⁴

Zusammengenommen haben der Verzicht auf eine gemeinsame Wertebasis und das Prinzip der Nichteinmischung folgende Implikationen auf den Schutz von Menschenrechten innerhalb der Organisation: Auch wenn man sich öffentlich zur Achtung von Menschenrechten bekannte, liegt der Umgang damit letztlich doch im jeweiligen nationalen Ermessen. Weiterhin entzieht der fehlende Wertekonsens in der Region die Basis für eine gerechtfertigte Intervention in nationale Angelegenheiten, auch im offensichtlichen Fall der Verletzung von Menschenrechten. Eine Einmischung wäre nur dann möglich, wenn ein oder mehrere Nachbarstaaten von den Missständen in einem Mitgliedsstaat betroffen wären. Aus diesem Aspekt heraus ist es nur logisch, dass durch die Organisation selbst kein Druck in Richtung Demokratisierung kommt.

Myanmar in der ASEAN

Ein gutes Beispiel hierfür ist der Umgang der ASEAN mit den offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen in Myanmar. Von Beginn an gab es in der ASEAN, abgesehen von der geographischen Zugehörigkeit zur südostasiatischen Region, keine Voraussetzung für die Aufnahme in die Organisation. Insofern ist die Mitgliedschaft Myanmars in der Organisation prinzipiell nicht abwegig. Trotz vehementer Kritik von westlicher Seite wurde das repressivste Regime der Region im Jahr 1997 dann auch Vollmitglied der ASEAN. Durch den Beitritt verschlechterten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen der ASEAN und der EU. Aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen durch das Regime gegenüber seiner Bevölkerung wird das Land von den westlichen Industrienationen weitgehend boykottiert und ist mit Sanktionen belegt. Da Myanmar als Vollmitglied auch an den ASEM-Gipfeln und den Treffen des ARF teilnimmt, führt dies zu einer Aufweichung der westlichen Isolierungsstrategie. Abgesehen von dem generellen westlichen Vorbehalt gegenüber der Mitgliedschaft des Regimes, zielt die Kritik auch auf den Umgang mit dem Regime: Trotz des enormen Ausmaßes der Menschenrechtsverletzungen von Seiten der ASEAN wird kein Druck aus-

¹⁸⁴ Severino: ASEAN Community, 2006, S. 150

geübt und das Regime wird durch die Aufnahme in der Organisation sogar noch unterstützt.¹⁸⁵

Dabei gibt es sowohl für die ASEAN als auch für Myanmar gute Gründe für die Mitgliedschaft. Für Myanmar ist es ein Weg aus der internationalen Isolation und somit eine Möglichkeit seine wirtschaftliche und politische Situation zu verbessern. Neben der Tatsache, dass es die ASEAN schon immer zum Ziel hatte, irgendwann alle südostasiatischen Staaten zu umfassen, hat die Mitgliedschaft noch ganz andere Implikationen für die Organisation: Myanmar ist ein rohstoffreiches, relativ großes Land und befindet sich in einer strategisch wichtigen Lage, da es Grenzen zu China und Indien hat. Weiterhin kann durch die Aufnahme in die Organisation, so wie bei Laos, Kambodscha und Vietnam, der politische und wirtschaftliche Einfluss Chinas auf das Land begrenzt werden. Außerdem sind die Möglichkeiten das Land zu beeinflussen größer, wenn es als Mitglied in die ASEAN integriert ist. Allerdings ist dieser Einfluss durch das Prinzip der Nichteinmischung begrenzt, was aus Sicht Myanmar den Beitritt zur Organisation letztlich auch möglich machte.¹⁸⁶

Eine leichte Veränderung der Situation kann seit 2007 ausgemacht werden: Im Rahmen einer massiven Erhöhung des Benzinpreises durch die Regierung um 200% kam es zu friedlichen Protesten in der Bevölkerung und später von Mönchen. Die brutale Niederschlagung durch das Militärregime sorgte für massive internationale Kritik, aber auch aus der ASEAN kamen zunehmend kritische Stimmen.¹⁸⁷ Das Prinzip der Nichteinmischung innerhalb der ASEAN sorgt zwar dafür, dass selbst solch schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht konkret geahndet werden, dennoch hat sich der Ton innerhalb der ASEAN verändert. Es ist sicherlich noch zu früh, dies abschließend zu bewerten, aber die Aufnahme von Demokratie, Menschenrechten und Good Governance in die ASEAN Charta von 2007, könnte als Signal dafür gewertet, dass der Verfolgung von Menschenrechtsvergehen innerhalb der Region zukünftig mehr Beachtung geschenkt wird.

7.1.3 Die „Asian Values“ und die „asiatische Demokratie“

Bevor nun im nächsten Schritt die Entwicklung und der aktuelle Status der Demokratie in der ASEAN untersucht wird, muss auf die Frage eingegangen werden, ob es so

¹⁸⁵ Vgl. Severino: ASEAN Community, 2006, S. 131-148

¹⁸⁶ Vgl. Severino: ASEAN Community, 2006, S. 131-148; Than: Myanmar in ASEAN, 2005, S. 83-90

¹⁸⁷ Vgl. CIA – The World Factbook: Burma.; Auswärtiges Amt – Offizielle Website: Länder, Reisen, Sicherheit: Myanmar

etwas wie asiatische Werte oder eine asiatische Form von Demokratie gibt. Folgt man Samuel P. Huntingtons Einordnung der Kulturkreise nach ihrer Demokratieverträglichkeit, sind es genau diese asiatischen, beziehungsweise konfuzianischen Werte, die einer Demokratisierung des nicht-islamischen Asiens im Wege stehen.¹⁸⁸ Aber hier zeigt sich bereits das erste Problem: Asien, selbst die stark eingegrenzte Region Südostasien, ist ein sehr heterogener Kontinent, in dem fast alle Weltreligionen zu Hause sind. Teilt man die Länder der ASEAN anhand ihrer Religionsmehrheiten ein, erhält man folgendes Bild¹⁸⁹: Islamisch dominiert sind Indonesien, Brunei und Malaysia. In Vietnam, Kambodscha, Myanmar, Thailand und Laos ist die Mehrheit der Bevölkerung buddhistisch, auch in Singapur sind über 50% der Bevölkerung Buddhisten, allerdings gibt es hier eine relevante islamische, christliche und chinesische Minderheit. Die Philippinen sind das einzige christliche Land, mit einer mehrheitlich katholischen Bevölkerung, der Region.¹⁹⁰

Die so genannten „Asian Values“ umfassen einen Wertekanon, der vornehmlich aus der konfuzianischen Denktradition entnommen wurde: Einen hohen Stellenwert hat die Familie, die Gesellschaft, die Ausbildung, Sparsamkeit und Disziplin. Weiterhin herrscht im eher patriarchalischen Gesellschaftssystem ein genereller Respekt vor Autorität und Konsens steht über Konfrontation. Einer der prominentesten Hauptverfechter der Debatte über die asiatischen Werte ist der ehemalige Premierminister Singapurs Lee Kuan Yew. In einem Interview mit Fareed Zakaria fasst er das Konzept folgendermaßen zusammen:

„The fundamental difference between Western concepts of society and government and East Asia (...) is that Eastern societies believe that the individual exists in the context of his family. He is not pristine and separate. The family is part of the extended family, and then friends and the wider society. (...) the belief in thrift, hard work, filial piety and loyalty in the extended family, and, most of all, the respect for scholarship and learning.“¹⁹¹

Das Konzept der asiatischen Werte hat mehrere Implikationen: In Singapur aber auch in Malaysia als multiethnische Staaten legitimiert ein gemeinsamer Wertekanon den nationalstaatlichen Zusammenhalt. In der Region sind asiatische Werte als Wunsch zu verstehen, die Heterogenität zu überwinden und durch verstärkten Zusammenhalt Konflikte und Spannungen zwischen den einzelnen Nationen zu überwinden. Weiterhin hat

¹⁸⁸ Vgl. Huntington, Samuel P.: *The Clash of civilizations?*, 1993; S. 22-49; Huntington, Samuel P.: *Democracy's Third Wave*, 1991, S. 12-34; Kapitel 1.1 dieser Arbeit.

¹⁸⁹ Und selbst diese Einteilung fällt schwer, da es innerhalb der Länder oftmals einflussreiche Minderheiten anderer Religionen gibt.

¹⁹⁰ Vgl. Auswärtiges Amt – Offizielle Website: *Länder, Reisen, Sicherheit*.

¹⁹¹ Zakaria, Fareed: *Culture is density – A Conversation with Lee Kuan Yew*, in *Foreign Affairs* 73/2 (1994), S. 113

die Ausbildung einer panasiatischen Identität den Zweck einen Kontrapunkt zur omnipräsenten „westlichen“ Identität zu bilden und damit der gesamten Region mehr Gewicht zu verleihen. Die Definition von typisch asiatischen Werten dient damit auch dazu sich gegen die Universalisierung westlichen Verständnisses von Menschenrechten und Demokratie mittels zum Beispiel der „United Nations Declaration of Human Rights“ zu behaupten.

Gerechtfertigt wurden die „Asian Values“ durch den wirtschaftlichen Erfolg der ostasiatischen Staaten seit den frühen 1990er Jahren, welcher zu einem neuen Selbstbewusstsein innerhalb der Region führte. Gleichzeitig waren die asiatischen Werte eine oft benutzte der Erklärung für das rasante Wirtschaftswachstum der so genannten Tigerstaaten Ostasiens. Zusätzlich betonte man die Unvereinbarkeit von asiatischen Werten mit liberaler Demokratie. Damit fand man einen Weg autoritäre Herrschaftsformen zu rechtfertigen, welche sich aufgrund der stetig steigenden Globalisierung und der dritten Demokratisierungswelle, zunehmen in Bedrängnis befanden.¹⁹²

Abgeleitet aus der „Asien Values“ Debatte entstand auch das Konzept der „asiatischen Demokratie“. Das Hauptargument lautet, dass der spezielle Wertekanon notwendigerweise zur einer asiatischen Interpretation von Menschenrechten und Demokratie führen muss. Wolfgang Merkel argumentiert dagegen: „ ‚Asien‘ als kulturellen Raum mit einer gemeinsamen kulturellen, sozialen oder politischen Identität, die sich deutlich von anderen Großräumen abgrenzen würde, gibt es nicht. (...) Was asiatische ‚Werte‘ oder asiatische ‚Kultur‘ konkret bezeichnen, ist nicht klar erkennbar.“¹⁹³ Die Existenz einer asiatischen Form von Demokratie schließt er aus, und erkennt lediglich teilweise ähnliche Tendenzen in der Entwicklung der Demokratie in Asien. Das Konzept der Demokratie bleibt dabei allerdings universell. Mehrheitlich, so Merkel, zeigt sich in Asien, dass mehr oder weniger freie und faire Wahlen abgehalten werden, maßgebliche Teile der Bevölkerung aber von einer „effektiven politischen Partizipation ausgeschlossen sind“¹⁹⁴. Weiterhin hat das Militär einen großen Einfluss auf das Regierungsgeschehen und die gewählten Mandatsträger haben deshalb nur eingeschränkt die effektive

¹⁹² Vgl. Lim, Paul: The Politics of Asian Values, in: Bhattacharyya, Harihar et al. (Hrsg.): Rule of Law and Organisation of the State in Asia. The Multicultural Challenge, München, 2000, S. 61-89; The Economist: Asian Values Revisited. What would Confucius say now?, in The Economist 348/8078 (25.07.1998), S. 23-28; Langguth, Gerd: Asian values revisited, in Asia Europe Journal 1 (2003), S. 25-42

¹⁹³ Merkel: Demokratie in Asien, 2003, S. 93

¹⁹⁴ Merkel: Demokratie in Asien, 2003. S. 98

Regierungsgewalt inne. Zusätzlich ist in Asien typischerweise die Dimension des liberalen Rechtsstaates eingeschränkt.¹⁹⁵

Insgesamt kann man die Existenz von „Asian Values“ nicht vollständig von der Hand weisen. Im Bezug auf die ASEAN spiegeln sie sich auch im „ASEAN Way“ wieder, welcher sich durch Elitenzentriertheit, Entscheidungen im Konsens, informelle Entscheidungsstrukturen auf der Basis von persönlichen Beziehungen und Umgehung von Konfrontation durch das Prinzip der Nichteinmischung auszeichnet. Allerdings sind die Zweifel über eine Allgemeingültigkeit dieser Werte für die gesamte asiatische Region, wie weiter oben bereits argumentiert, durchaus berechtigt. Vor allem seit der Asienkrise 1997-1998 und den Ereignissen in Osttimor und Myanmar, geriet die ASEAN gerade im Bezug auf das Prinzip der Nichteinmischung zusehends in die Kritik, und die Debatte über die „Asian Values“ flaute merklich ab.

7.1.4 Demokratie in der ASEAN

Wie Eingangs bereits kurz erwähnt ist Südostasien in vielerlei Hinsicht eine sehr heterogene Region. Dies betrifft auch die politischen Systeme der Mitgliedsstaaten der ASEAN. Von einer Demokratie, die in ihrem Konsolidierungsprozess beachtliche Fortschritte macht (Indonesien), bis zu einem höchst repressiven Militärregime (Myanmar) ist alles vertreten. Für die weitere Analyse, welche zum Großteil anhand der umfangreichen Länderanalysen des BTI und *Freedom House* erfolgt, soll in einer groben Einteilung zwischen den alten Mitgliedstaaten den ASEAN-6 (Brunei, Indonesien, Malaysia, Thailand, Singapur und den Philippinen) und den neuen Mitgliedstaaten (Vietnam, Kambodscha, Laos, und Myanmar) unterschieden werden. Basierend auf dieser Unterscheidung werden die einzelnen Länder hinsichtlich ihres Transformationsprozesses untersucht und in einem Zwischenfazit jeweils versucht werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.¹⁹⁶

Demokratisierung in den alten Mitgliedsstaaten der ASEAN

Indonesiens¹⁹⁷ Demokratisierungsprozess begann mit der Asienkrise und dem darauf folgenden Rücktritt Suhartos.¹⁹⁸ Der Staat hat seit dem beachtliche Fortschritte in sei-

¹⁹⁵ Merkel: Demokratie in Asien, 2003, S. 90-98

¹⁹⁶ Für alle folgenden Länderanalysen wurden neben den jeweiligen Länderstudien des BTI folgende Quellen benutzt: Freedom House. *Freedom in the World 2008*. Country Reports. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=21&year=2008> [Stand: 27.02.2009]; Auswärtiges Amt – Offizielle Website: Länder, Reisen, Sicherheit; CIA-The World Factbook

¹⁹⁷ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Indonesien Country Report*. Gütersloh, 2007

¹⁹⁸ Indonesien wurde von der Asienkrise besonders hart getroffen. Im Zuge einer massiven Abwertung der Währung und einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 13,8% kam es zu stark ansteigenden

nem Transformationsprozess gemacht und ist das einzige Land der ASEAN, welches von *Freedom House* seither als „frei“ eingestuft wird. Vor allem seit den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2004, die als frei und fair galten, sind die demokratischen Institutionen und Spielregeln weitgehend etabliert. Im Zuge einer Verfassungsänderung im Jahr 2002 wurden auch die letzten reservierten Parlamentssitze für Militär und Polizei abgeschafft. Auch wenn das Land nun vollständig unter ziviler Kontrolle steht, hat das Militär (TNI) seine traditionelle Rolle als „nationaler Garant der staatlichen Ordnung“ noch nicht abgelegt und hat aufgrund seiner unabhängigen Finanzierung nach wie vor großen Einfluss. Die Gefahr eines Staatsstreiches ist somit nach wie vor existent, wenn auch unwahrscheinlich. Durch separatistische Bewegungen (z.B. Aceh und Papua), mangelnde Rechtsstaatlichkeit, ineffiziente Verwaltung, hohe Korruption, Patronagenetzwerke, eine weitgehend abhängige Justiz und einem wachsendem Einfluss von politisch motivierten und radikalen islamischen Bewegungen, ist die Demokratie in Indonesien nur eingeschränkt funktionsfähig. Der BTI kategorisiert das Land deshalb als *defekte Demokratie*. Aufgrund unzureichender Institutionalisierung und Regulierung kann von einer konsolidierten Marktwirtschaft noch nicht gesprochen werden, auch wenn seit der Asienkrise und im Zusammenhang mit finanziellen Hilfeleistungen des IWF wichtige wirtschaftspolitische Reformen durchgeführt wurden.

Abgesehen von Indonesien werden durch den BTI nur noch die **Philippinen**¹⁹⁹ als demokratisch eingestuft. Der Transformationsprozess begann 1986 nach einer knapp vierzigjährigen Diktatur unter Ferdinand Marcos (1965-1986). Seit dem haben sich demokratische Strukturen zumindest formal fest etabliert und eine Liberalisierung der Wirtschaft wurde forciert. Allerdings ist seit der Präsidentschaft Gloria Arroyos²⁰⁰ eine Erosion von bürgerlichen und politischen Freiheiten und eine Stagnation des wirtschaftlichen und demokratischen Transformationsprozesses zu verzeichnen. Für ihren Machterhalt hat die derzeitige Regierung in den letzten Jahren zunehmend politische Beteiligungsrechte eingeschränkt, Wahlen manipuliert und durch Gewalt gegenüber Regierungsgegnern, Oppositionellen und Journalisten, die Presse- und Meinungsfreiheit maßgeblich eingeschränkt. Weiterhin ist die philippinische Demokratie gefährdet durch ein instabiles Parteiensystem, hohe Korruption, einem wachsenden Einfluss des Militärs

Preisen und Arbeitslosigkeit. Der zu dieser Zeit noch amtierende Präsident Suharto war außerdem nicht in der Lage notwendige wirtschaftspolitische Reformen umzusetzen, die an Hilfezahlungen des IWF gekoppelt waren. Im Mai 1998 kam es daraufhin zu massiven Protesten in der Bevölkerung, was in einem Rücktritt Suhartos mündete.

¹⁹⁹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Philippines Country Report*. Gütersloh, 2007

²⁰⁰ Die seit 2001 amtierende Präsidentin Gloria Arroyo kämpft mit einer anhaltenden Legitimitätskrise ihrer Regierung und sah sich während ihrer Amtszeit schon mit zwei Impeachment - Verfahren und einem gescheiterten Staatsstreich konfrontiert.

und einen traditionell schwachen Staat²⁰¹. Trotz eines soliden Wirtschaftswachstums konnte bislang keine Verringerung der Arbeitslosigkeit und Armut erreicht werden. Eine unzureichende Infrastruktur und ein hinter internationalen Standards zurückbleibendes Bildungssystem verringern zudem die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Aufgrund all dieser Faktoren sind die Philippinen nur eine Demokratie mit Defiziten. In der Wertung durch *Freedom House* erreicht das Land den Status einer elektoralen Demokratie nicht und gilt nur als „teilweise frei“.

In der Einschätzung des BTI ist das Königreich **Thailand**²⁰² eine gemäßigte Autokratie mit einer leistungsfähigen Marktwirtschaft, *Freedom House* stuft das Land als „teilweise frei“ ein. Nach einer sechzigjährigen Militärherrschaft wurde 1992 erstmals eine zivile Regierung eingesetzt. Von einem stringenten Transformationsprozess kann dabei nicht gesprochen werden, vielmehr wechseln sich seitdem autoritäre und semidemokratische Regimes ab. Auch nach fünfzehnjähriger Erfahrung sind die demokratischen Spielregeln bei den politischen Eliten nur wenig konsolidiert. Auch wenn im Zusammenhang mit der Asienkrise zahlreiche Reformen²⁰³ durchgeführt wurden, kämpft das Land nach wie vor mit hoher Korruption und massiven regionalen Entwicklungsunterschieden. Das universelle Wahlrecht wurde zwar 1997 eingeführt, ist in der Realität allerdings eingeschränkt durch Stimmkauf, mangelnde Medienvielfalt und eine systematische Benachteiligung der Opposition. Das staatliche Gewaltmonopol ist, aufgrund von Aufständen und gewaltsamen Übergriffen in der Peripherie des Landes, ausgehöhlt. Eine weitere Transformation wird durch reformfeindliche Vetoakteure in Politik und Wirtschaft blockiert. Auch heute haben die Krone und das Militär maßgeblichen Einfluss auf das politische Geschehen. Besonders deutlich wurde das mit dem unblutigen Militärputsch im September 2006 gegen die gewählte Übergangsregierung unter Premierminister Thaksin Shinawatra. Auch wenn seit der Annahme einer neuen Verfassung und den Parlamentswahlen Ende 2007, die Militärherrschaft beendet ist und wieder demokratische Verhältnisse herrschen, haben die Krone und das Militär nach wie vor einen großen Einfluss. Wie die Besetzung des Flughafens in Bangkok im Jahr 2008 durch köngistreue Demonstranten, die den Rücktritt der amtierenden Regierung einforderten, zeigt, ist die politische Krise in Thailand noch nicht ausgestanden.

²⁰¹ Die Handlungsfähigkeit des Staates und das staatliche Gewaltmonopol sind eingeschränkt durch Aufstandsbewegungen, Privatmilizen und kommunistische und islamische Terrororganisationen. Weiterhin dominieren reformfeindliche, einflussreiche Familienklans Parlament und Regierung.

²⁰² Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Thailand Country Report*. Gütersloh, 2007

²⁰³ Die Reformen umfassten das Wahlrecht, die Schaffung einer Antikorruptionsbehörde, Liberalisierung des Außenhandels, Stabilisierung des Bankensystems und Verbesserung der ordnungspolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen.

Seit seiner Staatsgründung im Jahr 1963 ist **Malaysia**²⁰⁴ eine konstitutionelle Monarchie nach dem Westminster Modell, ein Erbe aus der britischen Kolonialzeit. Ebenso regiert seit dieser Zeit die United Malays National Organization (UMNO)²⁰⁵ mit einer soliden Zweidrittelmehrheit, die ihr Verfassungsänderungen ermöglicht. Von Beginn an fanden regelmäßige Wahlen statt, diese sind zwar frei, aber nicht fair, da durch systematische Wahlmanipulation und Kontrolle der Medien die Opposition benachteiligt wird. Das staatliche Gewaltmonopol ist etabliert und die Verwaltung effizient. Abgesehen von einer islamischen Minderheit, die die Errichtung eines islamischen Staates fordert und die derzeitige Ordnung nicht anerkennt, gibt es keine relevanten Vetoakteure. Da die Regierung die Kontrolle über nahezu alle staatlichen Institutionen hat, ist sie in der Lage, eine konsequente und langfristige Entwicklungspolitik durchzuführen. Dadurch konnte ein in den frühen 1970er Jahren begonnener Kurswechsel ein anhaltendes robustes Wirtschaftswachstum erzeugen. Malaysia gehört zu den so genannten Tigerstaaten. Durch den wirtschaftlichen Erfolg versucht die Regierung ihren „sanften Autoritarismus“ und Herrschaftsanspruch zu legitimieren. Wie in Singapur ist auch die Regierung Malaysias ein Verfechter der „asiatischen Werte“ und lehnt Reformen in Richtung liberaler Demokratie ab. Seit den 1980er Jahren zeigt sich sogar eine weitere Erosion politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte (vgl. dazu Abbildung 9). Insgesamt ist Malaysia in der Einschätzung des BTI eine gemäßigte Autokratie mit einer leistungsfähigen Marktwirtschaft und nach *Freedom House* mit einem aggregierten Rating von 4 „teilweise frei“, wobei 1 der beste und 7 der schlechteste zu erreichende Wert darstellt.

Ähnlich wie in Malaysia verlief auch **Singapurs**²⁰⁶ Entwicklung, allerdings übertrifft der Stadtstaat im Bezug auf seine wirtschaftliche Leistung seinen größeren Nachbarn. Nach Hong Kong hat Singapur die zweit freieste Marktwirtschaft der Welt und weist ein hohes Niveau wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Stabilität auf, wobei dies mit weit reichenden Einschränkungen politischer und persönlicher Freiheitsrechte verbunden ist. Formal bestehen demokratische Strukturen, diese sind aber durch das faktische Machtmonopol der seit 1959 regierenden People`s Action Party (PAP) beschränkt und die Opposition wird systematisch benachteiligt. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Möglichkeiten zur politischen Partizipation sind stark eingeschränkt. Durch die Dominanz der PAP über alle politischen Institutionen sind Gewaltenteilung

²⁰⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Malaysia Country Report*. Gütersloh, 2007

²⁰⁵ Die Regierung besteht aus einer Mehrheitskoalition, der UMNO und der Barisan Nasional (BN). 2008 erlitt die BN und die UMNO die größte Wahlniederlage seit 1969 und verlor damit ihre Zweidrittelmehrheit. Die Folgen dieser Entwicklungen auf einen möglichen Transformationsprozess in Richtung einer liberalen Demokratie sind zu dieser Zeit noch nicht abzusehen.

²⁰⁶ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Singapore Country Report*. Gütersloh, 2007

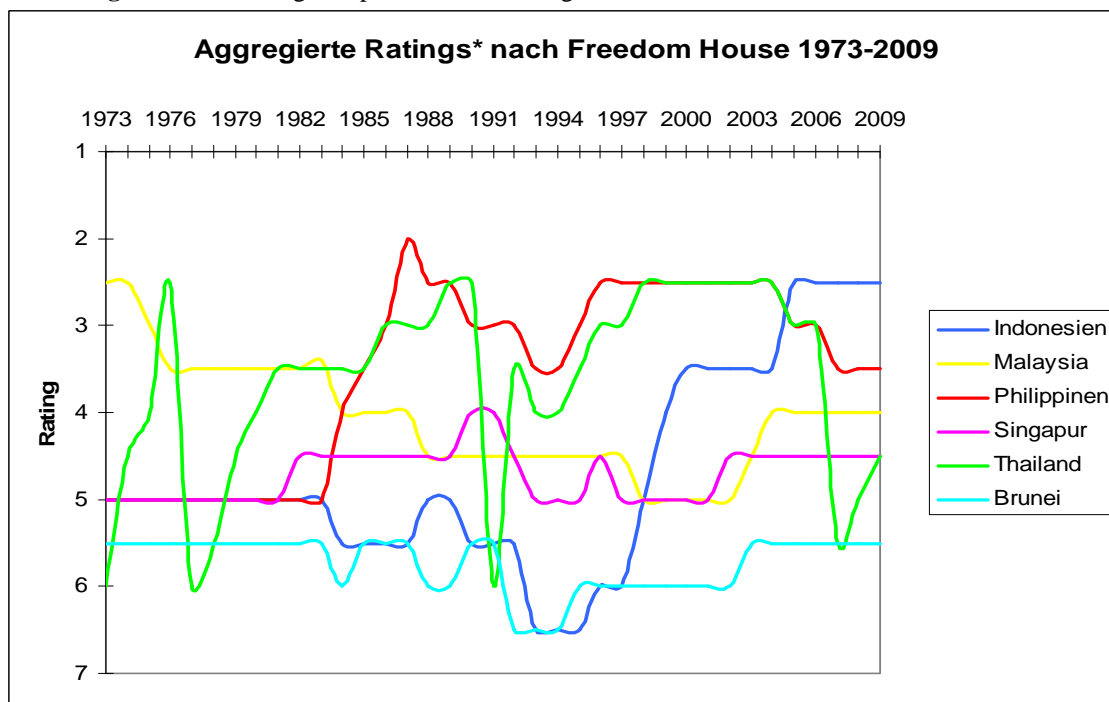
und die Unabhängigkeit der Justiz nicht gewährleistet. Wie die Vorgängerregierung unter Lee Kuan Yew, lehnt auch die aktuelle Regierung unter Premierminister Lee Hsien Loong das „westliche“ Modell von Demokratie ab. Der Schutz von Menschenrechten steht dabei bewusst unter dem Ziel des wirtschaftlichen Wachstums und politischer Stabilität. Der BTI stuft Singapur, wie Malaysia, als gemäßigte Autokratie mit einer leistungsfähigen Marktwirtschaft ein, bei *Freedom House* schließt es mit einem aggregierten Rating von 4.5 etwas schlechter ab, gilt aber auch als „teilweise frei“.

Das Sultanat **Brunei**²⁰⁷ war ab 1888 ein britisches Protektorat und ist seit 1984 unabhängig. Die Familie des Sultans hält die gesamte politische Macht in ihren Händen zentriert. Durch die großen Ölvorkommen ist das Land reich und Forderungen zu politischen Reformen werden durch Ausgleichszahlungen an die Bürger, wie zum Beispiel Vergünstigungen oder Steuererlässe, zielgerichtet unterdrückt. Eine Transformation in Richtung einer liberalen Demokratie ist nicht in Sicht, politische und bürgerliche Freiheiten sind maßgeblich beschränkt und ihr Status hat sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert.

Als **Fazit** für die ASEAN-6 kann man nun zunächst festhalten, dass es weder im Hinblick auf die Entwicklung der politischen und bürgerlichen Freiheiten noch hinsichtlich der Transformationsprozesse einen eindeutigen Trend gibt; in Abbildung 9 soll diese Tatsache veranschaulichen. Während sich Indonesien seit 1998 in einem kontinuierlichen Transformationsprozess befindet und sich demokratischen Strukturen zusehends etablieren, kann man in den Philippinen seit 2001 eine Erosion der bürgerlichen und politischen Freiheiten erkennen. Auch in Thailand haben sich demokratische Standards im Zusammenhang mit der seit 2006 anhaltenden politischen Krise weiter verschlechtert. In Malaysia und Singapur existieren formal demokratische Strukturen, allerdings ist in beiden Ländern die Verwirklichung von Menschen- und Bürgerrechten dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilität nachgeordnet. Als Vertreter der „asiatischen Werte“ lehnen beide Staaten das Modell der westlichen Demokratie ab, eine weitere Transformation in Richtung einer liberalen Demokratie scheint derzeit eher unwahrscheinlich. Korruption ist besonders in Indonesien, den Philippinen und Thailand nach wie vor ein großes Problem.

²⁰⁷ Vgl. Freedom House. *Freedom in the World 2008*. Country Report. Brunei. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7360&year=2008> [Stand: 04.03.2009]

Abbildung 10: Entwicklung von politischer und bürgerlicher Freiheit in der ASEAN-6



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: *Freedom House*. Freedom in the World Comparatives and Historical Data. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439> [Stand: 28.02.2009]

* Rating 1 ist der beste, Rating 7 der schlechteste zu erreichende Wert in der Verwirklichung von politischen und bürgerlichen Freiheiten.

Abgesehen von Singapur hat in allen Staaten, besonders aber in Thailand, das Militär einen großen Einfluss auf das politische Geschehen. Grundlegende Einschränkungen hinsichtlich freier und fairer Wahlen und bei den politischen und bürgerlichen Freiheitsrechten sind, bis auf in Indonesien, überall vertreten. In allen Staaten ist die Gewaltenteilung eingeschränkt und eine Unabhängigkeit der Justiz mehr oder weniger nicht existent.

Demokratisierung in den neuen Mitgliedstaaten der ASEAN

In den neuen Mitgliedsstaaten, Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam, kann von Demokratisierung derzeit noch nicht die Rede sein. Lediglich in **Kambodscha**²⁰⁸ wurden 1993 unter Aufsicht der Vereinten Nationen demokratische Institutionen eingeführt. Allerdings ist seit dem ein kontinuierlicher Abbau der erreichten Demokratieerfolge erkennbar. Auch wenn man sich öffentlich und vor allem gegenüber internationalen Gebern zu Demokratie bekennt, zeigt sich keine Etablierung von demokratischen Strukturen. Seit den Parlamentswahlen im Jahr 2003 ist die Kambodschanische Volkspartei unter Premierminister Hun Sen als stärkste politische Macht etabliert und dominiert damit alle relevanten Institutionen. Zur Sicherung ihrer Macht wurden sukzessive Meinungs-

²⁰⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Cambodia Country Report*. Gütersloh, 2007

Organisations- und Assoziationsfreiheit eingeschränkt und die Medienlandschaft weitgehend unter die Kontrolle der Regierung gestellt. Im Gegensatz dazu ist eine positive wirtschaftliche Entwicklung mit solidem Wirtschaftswachstum, sinkender Armut und einer generell erfolgreichen Wirtschaftspolitik zu verzeichnen. Trotzdem ist aufgrund von fehlenden Ressourcen, der daraus resultierenden Abhängigkeit von internationalen Geldgebern, dem Fortbestehen von wettbewerbsverzerrenden Gesetzen und hoher Korruption eine Marktwirtschaft noch nicht konsolidiert. Insgesamt befindet sich Kambodscha auf dem Weg zu einer elektoralen Autokratie. Der BTI stuft das Land als eine Autokratie mit schlecht funktionierender Marktwirtschaft ein, bei *Freedom House* erhält das Land den Status „nicht frei“.

Mit der Politik des „Neuen Wirtschaftsmechanismus“ (NWM) vollzieht sich in **Laos**²⁰⁹ seit 1986 eine ökonomische Transformation von kommunistischer Planwirtschaft zu Marktwirtschaft. Allerdings beschränkt sich der Reformprozess, wie in China und Vietnam auf wirtschaftliche Aspekte. Seit 1975 regiert die Laotische Revolutionspartei, welche an der Dominanz über Staat und Gesellschaft festhält. Der Staatsapparat ist im Wesentlichen stabil und funktionsfähig. Allerdings gibt es keine freien und fairen Wahlen und keine Möglichkeit zur politischen Partizipation. Demokratische Reformen sind angesichts einer fehlenden Zivilgesellschaft und eines Konsens der politischen Akteure über die Beibehaltung des Status quo nicht zu erwarten. Trotz der NWM bleibt die Wirtschaft unterentwickelt. In der Einschätzung *Freedom Houses* erhält das Land den Status „nicht frei“, konsequenterweise kategorisiert der BTI das Land als Autokratie mit schlecht funktionierender Marktwirtschaft.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in **Vietnam**²¹⁰, auch hier begann 1986 der wirtschaftliche Transformationsprozess. Trotz hohem Wirtschaftswachstum und erfolgreicher Armutsbekämpfung zeigt sich auch hier kein demokratischer Reformwille. Die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) hält an ihrer uneingeschränkten politischen Dominanz fest und verhindert das Entstehen von Opposition. Der Staat ist stabil, und es bestehen funktionsfähige Verwaltungsstrukturen. Weiterhin gibt es keine politischen oder religiösen Bewegungen, die die Legitimität des Staates in Frage stellen könnten. Es gibt keine demokratischen Wahlen, die Meinungs-, Presse-, Organisations- und Assoziationsfreiheit ist eingeschränkt und eine Gewaltenteilung faktisch nicht existent. Insgesamt erscheint auch in Vietnam die Durchführung von demokratischen Strukturen in absehba-

²⁰⁹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Laos Country Report*. Gütersloh, 2007

²¹⁰ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Vietnam Country Report*. Gütersloh, 2007

rer Zeit als sehr unwahrscheinlich. In der Wertung der Indizes ist das Land „nicht frei“ und autokratisch regiert.

Myanmar²¹¹ ist das repressivste Regime in der Region. Seit 1962 regiert das Militär und lässt keinerlei Raum für politische Partizipation, Opposition, Zivilgesellschaft oder Bürger- und Menschenrechte. Auch in Myanmar vollzieht sich seit 1988 eine wirtschaftliche Transformation von Plan- zu Marktwirtschaft, allerdings existiert letztere bislang nur in rudimentärer Form. Obwohl das Land reich an Bodenschätzen ist, leidet das Land unter Misswirtschaft, wirtschaftlichen Sanktionen und der persönlichen Bereicherung durch die Generäle. Auch wenn seit 2003 eine Verfassung ausgearbeitet wird, so dient diese vermutlich nur dazu das Konzept der „disziplinierten Demokratie“ zur rechtfertigen und ebenso wird das Militär auch nach der Einführung der neuen Verfassung ein zentraler Akteur bleiben. Demokratische Reformen erscheinen auch in Myanmar in Zukunft als eher unwahrscheinlich.

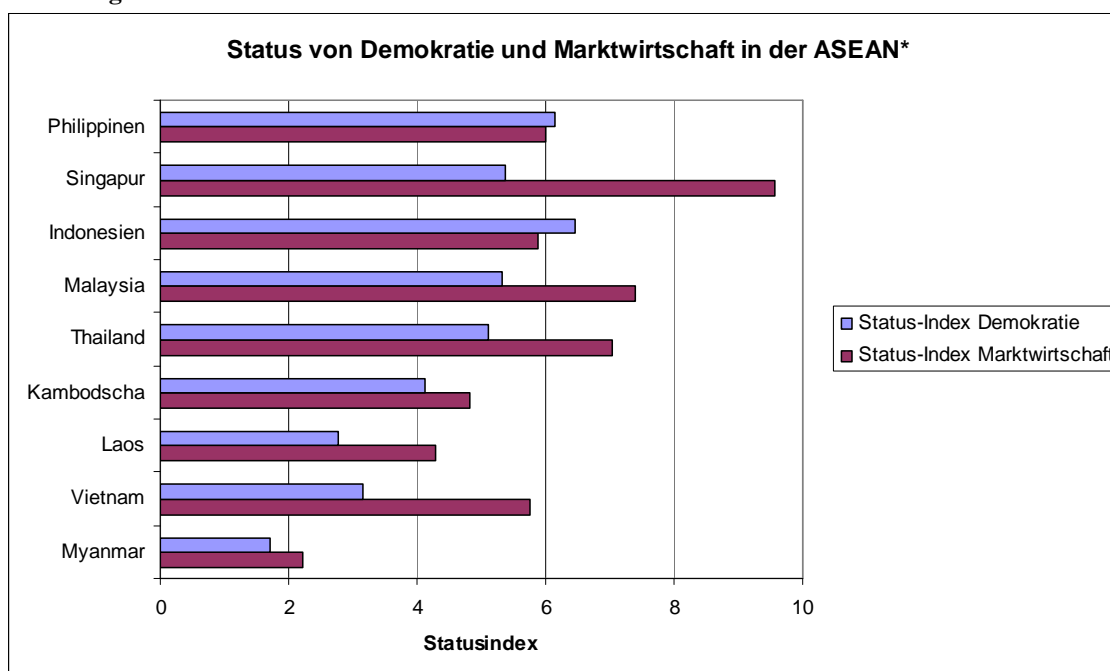
Als **Fazit** für die neuen Mitgliedsstaaten gilt, dass sich abgesehen von Kambodscha, keinerlei Tendenzen in Richtung einer demokratischen Transformation zeigen und es erscheint unwahrscheinlich, dass sich dies in naher Zukunft verändern wird. Angelehnt an das chinesische Modell streben die kommunistischen Parteien in Laos und Vietnam danach ihre Macht zu erhalten und fördern eine wirtschaftliche Liberalisierung ohne dabei politische Liberalisierung zu gewähren. Generell hat in allen Staaten seit Mitte der 1980er wirtschaftliche Liberalisierung stattgefunden, die durch die sowjetische Politik der Öffnung unter Michail Gorbatschow ihren Auftrieb bekam. Vor allem in Myanmar und Laos bleibt die marktwirtschaftliche Transformation und wirtschaftliche Entwicklung aufgrund struktureller Mängel in Infrastruktur und mangelnder marktwirtschaftlicher Regulierung und Institutionalisierung hinter den Erwartungen zurück.

7.1.5 Fazit zur ASEAN

Insgesamt zeigt sich, dass marktwirtschaftliche Liberalisierungsprozesse im Rahmen der AFTA, oder im Zusammenhang mit dem Engagement des IWF, außer in Indonesien, keine politische Liberalisierung nach sich gezogen haben. In Abbildung 11 ist deutlich zu erkennen, dass der marktwirtschaftliche Transformationsprozess in fast allen Staaten, außer in Indonesien und den Philippinen, weiter fortgeschritten ist als die demokratische Entwicklung.

²¹¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Myanmar Country Report*. Gütersloh, 2007

Abbildung 11: Status Demokratie und Marktwirtschaft in der ASEAN



* Brunei wird vom BTI nicht untersucht, deshalb wurde das Land in der Graphik auch nicht mit berücksichtigt.

Im Bewertungssystem des BTI ist das Rating 10 der bestmögliche Wert und bedeutet eine vollständige Konsolidierung einer rechtstaatlichen Demokratie, beziehungsweise Marktwirtschaft.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: Bertelsmann Transformation Index 2008. Rangliste.

Die Staaten der ASEAN sind auch heute noch hauptsächlich autoritär regiert und es ist nicht zu erwarten, dass sich dies in absehbarer Zukunft maßgeblich verändern wird. Die zwischenstaatlichen Verhaltensnormen des „ASEAN way“, dabei vor allem das Konzept der Nichteinmischung, haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Verletzungen von Menschenrechten durch Mitgliedsstaaten nicht kritisiert oder thematisiert werden. Ein gutes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der geschilderte Umgang der Organisation mit Myanmar. In einem Dokument des offiziellen Internetauftritts der ASEAN heißt es dann auch recht eindeutig:

„Neither the Treaty of Amity and Cooperation nor any other agreement, however, requires ASEAN members to change their political system into any specific homogenised system. ASEAN has never assigned itself the mission of converting its members to a uniform political set-up. Unlike the European Union, ASEAN did not set any political criterion for its prospective members to fulfil before admission.“²¹²

Da das politische System für die Mitgliedschaft in der ASEAN keine Rolle spielt, gibt es aus der Organisation heraus keinen Druck zur Demokratisierung. Erst die ASEAN Charta von 2007 bezog sich erstmals offiziell auf die Achtung von Menschenrechten und individuellen Grundfreiheiten, die Stärkung von Demokratie, die

²¹² ASEAN – Official Website: The Association of Southeast Asian Nations. Online in Internet. URL: <http://www.aseansec.org/11516.htm> [Stand: 03.03.2009]

Verbesserung von Good Governance und die Beachtung von Rechtsstaatlichkeit. Allerdings bleibt noch abzuwarten, wie sich dies auf die weitere Entwicklung und Ausbreitung von Demokratie in der ASEAN auswirkt.

Nach wie vor bleibt die Entscheidungsfindung, ganz im Sinne des „ASEAN way“ auf intergouvernementaler und ministerialer Ebene und die ASEAN ist trotz hoher Interaktionsdichte nur wenig institutionalisiert. Die Etablierung der AFTA hat zwar zur wirtschaftlichen Liberalisierung der Region beigetragen, aber keine weitere politische Öffnung nach sich gezogen. Ganz im Gegenteil ist es in der ASEAN vor allem der wirtschaftliche Erfolg, der zu regionalem Selbstbewusstsein geführt hat und eine Einführung von demokratischen Strukturen nicht als notwendig erscheinen lässt. Gerade die neuen Mitglieder der ASEAN orientieren sich am wirtschaftlich erfolgreichen chinesischen Modell und unterbinden jegliche politische Liberalisierung. Auch wenn die Debatte um die „asiatischen Werte“ seit der Asienkrise an Auftrieb verloren hat, verwenden vor allem Singapur und Malaysia diese auch heute noch als Rechtfertigung für die Beschneidung von politischen und bürgerlichen Rechten. Der intraregionale Handel ist zwar im Zusammenhang mit der Errichtung der AFTA angestiegen, trotzdem ist die Region vor allem vom extraregionalen Handel, mit einem Anteil von etwa 60% im Jahr 2007, abhängig. Die größten Handelspartner sind dabei die EU, China, Japan und die USA. Auch wenn dies im Verständnis der Hirschmanschen Interpretation zu asymmetrischen Handelsbeziehungen führt, zeigt sich die Region im Bezug auf Demokratisierung als weitgehend resistent gegenüber dem Westen. Auch das Engagement des IWF hat, abgesehen von Indonesien, nicht zu einer Demokratisierung der Region geführt. Im Zusammenhang mit der Chiang Mai-Initiative wurde durch die Expansion des Devissenswap Arrangements zusätzlich Unabhängigkeit von internationalen Organisationen geschaffen. Auch die Installierung von demokratischen Strukturen durch die Vereinten Nationen in Kambodscha hat nicht zu einer Konsolidierung geführt und auch keine weitere Demokratisierung in der Region nach sich gezogen. Das Entwicklungshilfeprojekt der USA im Rahmen des Millennium Challenge Account hat in der Region auch nur mäßigen Einfluss: nur Indonesien und die Philippinen nehmen diese Form der Entwicklungshilfe in Anspruch.²¹³

Es scheint als ob, die Hirschmanschen Effekte in der Region im Bezug auf den Westen tatsächlich ausgehebelt sind. Dies allerdings eher weniger aufgrund einer gesunke-

²¹³ Vgl. Millennium Challenge Corporation. Countries. Online in Internet: URL: <http://www.mcc.gov/countries/index.php> [Stand: 04.03.2009]

nen wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Westen, sondern wegen einer gestärkten Verhandlungsposition im Rahmen der ASEAN. Weiterhin sorgt vor allem das starke Wirtschaftswachstum in der Region und die wachsende Rolle der ASEAN als internationaler Akteur für ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein in der Region. Insgesamt scheint der Einfluss des Westens hinsichtlich der Verbreitung von liberaler Demokratie in der Region als eher gering.

7.2 MERCOSUR / MERCOSUL²¹⁴

Der MERCOSUR (Mercado Común del Sur) ist derzeit das wichtigste Handelsbündnis in Lateinamerika. Er wurde 1991 von den vier Mitgliedsstaaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet, im Jahr 2006 ist Venezuela dem Bündnis beigetreten. Die assoziierten Mitglieder sind Chile (seit 1996), Bolivien (seit 1997), Peru (seit 2003), Kolumbien und Ecuador (seit 2004).²¹⁵ Die assoziierten Staaten mit eingeschlossen umfasst der MERCOSUR beinahe den gesamten südamerikanischen Kontinent. Der MERCOSUR kann somit nicht isoliert betrachtet werden, so dass bei der folgenden Analyse auch teilweise auf die Entwicklungen im gesamten Subkontinent eingegangen werden muss. Im Jahr 2006 lebten im MERCOSUR circa 270 Millionen Menschen und es wurde insgesamt ein BIP von ungefähr 1,3 Billionen US - Dollar erwirtschaftet.²¹⁶

Abbildung 12: Karte des MERCOSUR²¹⁷



Im Gegensatz zur ASEAN gab die wirtschaftliche Integration von Beginn an den zentralen Impuls für das Bündnis. Das Endziel der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollte die Bildung eines gemeinsamen Marktes sein. Davon erhofften sich die Gründungsmitglieder zum einen wirtschaftlichen Aufschwung innerhalb der Region und zum anderen reagierte man auf den weltweiten Trend zur Formierung von großen regionalen Handelsblöcken, wie zum Beispiel der EU oder der NAFTA.²¹⁸ Politische Kooperation gewann in der Region erst später an Bedeu-

tung. Denn aufgrund eines ins Stocken geratenen Integrationsprozesses, erkannte man Ende der 1990er Jahre, dass „(...) Fortschritte bei der Schaffung eines gemeinsamen

²¹⁴ Portugiesischer Name der Organisation (Mercado Común do Sul). In der Arbeit wird sich bei allen offiziellen Dokumenten, und Bezeichnungen auf die spanischen Namen beschränkt.

²¹⁵ Vgl. Zilla, Claudia: Brasilien und der MERCOSUR unter der Regierung Lulas, in: Rill, Bernhard (Hrsg.): Brasilien. Großmacht in Lateinamerika, Hans-Seidel-Stiftung e.V., München, 2007, S. 61f

²¹⁶ Die Angaben beziehen sich nur auf die vier Gründungsmitglieder. Vgl. Naciones Unidas - CEPAL: Division de Comercio Internacional e Integracion. Cuadros Estadísticos. Online in Internet: URL: http://www.cepal.org/Comercio/paninsal/Anexo2006_2007/espanol/cuadroestadisticos.htm [Stand: 13.03.2009]

²¹⁷ Quelle: http://www.argentour.com/en/argentina_economy/mercosur.php

²¹⁸ Vgl. MERCOSUR – Portal Oficial. Documentos MERCOSUR. Tratado de Asunción, S. 1. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 11.03.2009]

Marktes notwendigerweise die Bildung eines ‚gemeinsamen politischen Raumes‘ bedürfen (...).“²¹⁹

Im Folgenden wird analog zur Vorgehensweise bei der ASEAN zunächst der Integrationsprozess des MERCOSUR dargestellt und die Entwicklung des intraregionalen Handels analysiert. Da die Wirtschaftskrise in Argentinien von 2001-2002 auch maßgebliche Folgen für die anderen Mitgliedsstaaten des MERCOSURS hatte, soll diese hinsichtlich politischer und wirtschaftlicher Implikationen für die Entwicklung der Demokratie in der Region und des Verhältnisses zum Westen untersucht werden. Zusätzlich wird auch kurz auf den ALCA/ FTAA²²⁰ - Prozess und die kürzlich gegründete Bank des Südens eingegangen, da daran das veränderte Verhältnis zum Westen verdeutlicht werden kann. Im Anschluss daran sollen die fünf derzeitigen Vollmitglieder des MERCOSUR hinsichtlich ihres Transformationsprozesses und dem aktuellen Status ihrer Demokratie genauer untersucht werden. Die assoziierten Mitglieder werden nicht einzeln analysiert, allerdings wird im Fazit des Abschnittes grob auf die Entwicklungen in den beiden am längsten assoziierten Mitgliedern, Bolivien und Chile, eingegangen. Abschließend soll sich hinsichtlich der zentralen Fragestellung dieser Arbeit gefragt werden, welche Implikationen die einzelnen Faktoren für die Demokratisierung innerhalb der Region haben.

7.2.1 Integrationsprozess des MERCOSUR

Im Vergleich zur ASEAN ist der MERCOSUR relativ jung. Allerdings gibt es auch in Lateinamerika seit den frühen 1960ern Ansätze zur regionalen Wirtschaftsintegration. Bereits im Jahr 1960 kam zur Gründung der Lateinamerikanischen Freihandelsassoziation ALALC (Asociación Latinoamericana de Libre Comercio). Allerdings konnten die formalen Zielsetzungen und der Zeitrahmen zur Schaffung einer Freihandelszone nicht eingehalten werden und so wurde die ALALC in den 1980er Jahren durch die Lateinamerikanische Integrationsassoziation ALADI (Asociación Latinomamericana de Integración) ersetzt.²²¹ Ziel des Abkommens war die Schaffung eines gemeinsamen Marktes aller lateinamerikanischen Staaten, was allerdings bis heute noch nicht umgesetzt worden ist. Alle Staaten des MERCOSUR gehören auch dem ALADI an und „alle

²¹⁹ Originalzitat übersetzt aus dem Spanischen durch die Autorin: „(...) los avances en la construcción del mercado común implican necesariamente la conformación de un ‚espacio político común‘ (...).“

MERCOSUR – Portal Oficial: Quiénes Somos. El MERCOSUR. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 13.03.2009]

²²⁰ ALCA: Área de Libre Comercio de las Américas; FTAA: Free Trade Area of the Americas

²²¹ Peña, Félix: Los Grandes Objetivos del MERCOSUR, in: Barbosa, Rubens A.: MERCOSUL quinze anos, 2007, Sao Paulo, S. 17ff

ALADI – Staaten [haben] die Möglichkeit, dem MERCOSUR beizutreten, der insofern durchaus Nukleus einer gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone sein könnte.“²²²

Auftrieb für die Gründung des MERCOSUR gab die brasilianisch-argentinische Annäherung in den 1980er Jahren. Zur Zeit der Militärdiktaturen war das Verhältnis der beiden rivalisierenden südamerikanischen Großmächte gekennzeichnet durch militärische Auseinandersetzungen und lediglich marginale Handelsbeziehungen. Erst mit der einsetzenden Demokratisierung in den beiden Staaten wurde auch eine Annäherung möglich. Dies fand Ausdruck in zwei bilateralen Kooperationsabkommen: Erstens wurden mit dem „Programm zur Integration zwischen Argentinien und Brasilien“ von 1986 (Programa de Integración Argentina-Brasil, PICAB) die traditionellen Rivalitäten aufgegeben. Zweitens plante man mit dem „Vertrag zur Integration, Kooperation und Entwicklung zwischen Argentinien und Brasilien“ von 1988 (Tratado de Integración, Cooperación y Desarrollo entre Argentina y Brasil, TIDC), die Errichtung einer bilateralen Freihandelszone innerhalb von zehn Jahren (später auf vier Jahre verkürzt). Durch die wirtschaftliche Öffnung zwischen den beiden Ländern verdoppelte sich der Außenhandel, dies schuf Anreize zur Integration der kleineren Nachbarländer Paraguay und Uruguay. In Folge dessen wurde am 26. März 1991 der Vertrag von Asunción zur Gründung des MERCOSUR unterzeichnet.²²³ Den Integrationsprozess des MERCOSUR kann man grob in drei Zeitebenen einteilen: die „Übergangsphase“ (1990-1994), die „Konsolidierungs- und Vertiefungsphase“ (1995-1999) und den „Neustart des MERCOSUR“ (seit 2000).²²⁴

Übergangsphase (1990-1994)

Der Vertrag von Asunción trat am 28. November 1991 in Kraft. Nach einer vierjährigen Übergangsphase sollte bis zum 1. Januar 1995 ein gemeinsamer Markt geschaffen werden. Dieser sollte schrittweise durch einen vierstufigen Integrationsprozess erreicht werden: *Erstens* war durch den Abbau aller tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse im Waren- und Dienstleistungsverkehr die Bildung einer Freihandelszone geplant. *Zweitens* sollte durch die Errichtung eines gemeinsamen Außenzolls gegenüber Drittländern eine Zollunion errichtet werden. Durch die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs, die Freizügigkeit des Produktionsfaktors Arbeit und einer Ko-

²²² Sangmeister, Hartmut: Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz, in: Ibero – Analysen, Ibero – Amerikanisches Institut, Heft 9, Berlin, 2001, S. 6

²²³ Vgl. Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR, 2001, S. 3f; Peña: Los Grandes Objetivos del MERCOSUR, 2007, S. 24f

²²⁴ Originalzitat übersetzt aus dem Spanischen durch die Autorin: „periodo de transición“; „periodo de consolidación y profundación“, und „Relanzamiento del MERCOSUR“. MERCOSUR – Portal Oficial: Quiénes Somos. El MERCOSUR.

ordinierung der Wirtschaftspolitiken in verschiedenen Bereichen²²⁵ sollte *drittens* ein gemeinsamer Markt entstehen. Als letzter Schritt war *viertens* die Harmonisierung des Rechts in den Mitgliedsstaaten geplant.²²⁶

In dieser Übergangsphase gelang es den Mitgliedstaaten weitgehend, die im Gründungsvertrag geforderten Zollsenkungen termingerecht durchzuführen, so dass nach Ende der Frist (31. Dezember 1994) der Freihandel in der Region im Großen und Ganzen realisiert war. In dem, den Vertrag von Asunción ergänzenden, Protokoll von Ouro Preto setzte man die Organisationsstruktur des MERCOSUR fest, einigte sich auf einen gemeinsamen Außenzoll von durchschnittlich 12% und der MERCOSUR erhielt den Status einer juristischen Person des Völkerrechts.²²⁷

Die Konsolidierungs- und Vertiefungsphase (1995-1999)

Durch die Senkung der Einfuhrzölle und die Einführung eines gemeinsamen Außenzolls erreichte man die Integrationsstufe einer Zollunion. Allerdings gab es wegen unterschiedlicher Produktivitäts- und Protektionismuskennniveaus in den vier Staaten Probleme bei der Festsetzung der Zölle für einzelne Produkte und deshalb zahlreiche Ausnahmeregelungen. In der Konsolidierungs- und Vertiefungsphase versuchte man nun diese Probleme zu lösen und arbeitete an einer neuen Agenda. Allerdings waren in den späten 1990er Jahren die Erfolge dahingehend eher gering, vor allem aufgrund der Asymmetrien zwischen den Staaten und der nur zögerlichen Bereitschaft bindende Regeln einzuführen.²²⁸

Neben diesen wirtschaftspolitischen Problematiken brachte man Ende der 1990er Jahre auch politische Aspekte auf die Tagesordnung. 1996 wurde mit der „Deklaration der Präsidenten zur Verpflichtung zur Demokratie“ ein demokratisches Regierungssystem eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft im MERCOSUR. Das nachfolgende „Protokoll von Ushuaia“ bezog auch die beiden frisch assoziierten Staaten Chile und Bolivien mit ein. In erster Linie wollte man mit der Verpflichtung zur Demokratie einen Rückfall in diktatorische Zustände verhindern. Im Internetauftritt des MERCOSUR wird dies folgendermaßen begründet:

²²⁵ Die Bereiche umfassen: Außenpolitik, Landwirtschaft, Fiskalpolitik, Industrie, Kapital, Geldpolitik, Wechselkurspolitik, Zolldienste, Transport und Kommunikation.

²²⁶ Vgl. MERCOSUR – Portal Oficial. Documentos MERCOSUR. Tratado de Asunción, Capítulo I, Artículo 1; Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR, 2001, S. 5-7

²²⁷ Vgl. Sica, Dante: MERCOSUR: Evolución y Perspectivas, in: Barbosa, Rubens A.: MERCOSUL quinze anos, 2007, Sao Paulo; S. 51ff; Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR, 2001, S. 4ff.; MERCOSUR – Portal Oficial. Documentos MERCOSUR. Protocolo de Ouro Preto. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 15.03.2009]

²²⁸ Vgl. Sica: MERCOSUR, 2007, S. 52

„(...) die sechs Staaten [Mitglieder des MERCOSUR und die Republiken Bolivien und Chile] erkennen an, dass die Gültigkeit von demokratischen Institutionen eine unumgängliche Bedingung für die Existenz und die Entwicklung der Integrationsprozesse ist und jegliche Abweichung von einer demokratischen Ordnung ein inakzeptables Hindernis für die Fortführung des regionalen Integrationsprozesses ist.“²²⁹

Dabei bezog man sich allerdings nicht auf die Art der Demokratie oder demokratischen Institutionen. Somit sind liberaldemokratische Strukturen zur Erfüllung dieser Bedingungen nicht zwangsläufig nötig. Weiterhin definierte man auch nicht, was genau mit einer Abweichung von der „demokratischen Ordnung“ gemeint ist. Im Protokoll heißt es lediglich, dass „im Falle eines Bruchs der demokratischen Ordnung (...)“ der Ausschluss aus den Organen des MERCOSUR droht.²³⁰ Die Organisation übt somit gibt es keinen direkten Druck zur Konsolidierung von liberaler Demokratie aus.

Die weitere politische Zusammenarbeit manifestierte sich in dieser Phase durch die Schaffung eines Streitschlichtungstribunals, festgeschrieben im Protokoll von Olivos von 2002. Außerdem weitete man mit der „Politischen Erklärung des MERCOSUR, Bolivien und Chiles über eine Friedenzone“ von 1998 die Mechanismen der „Konsultation und Kooperation“ auch auf sicherheitspolitische Themen aus.²³¹

Der Neustart des MERCOSUR

Trotz all dieser Bemühungen geriet die Entwicklung des MERCOSUR Ende der 1990er Jahre ins Stocken. Deshalb, und vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrisen in Argentinien und Brasilien, läuteten die Mitgliedsstaaten um die Jahrtausendwende eine neue Etappe ein. Der „relanzamiento de MERCOSUR“²³² sollte in erster Linie die Zollunion stärken. Andere Themen auf der Agenda waren: die Verbesserung des Zugangs zu den nationalen Märkten, die Beschleunigung der Zollabfertigung, die Umsetzung des MERCOSUR - Rechts in den Mitgliedsstaaten und die Stärkung von Institutionen und gemeinsamen Positionen in der Außenpolitik. Allerdings bleibt der MERCOSUR auch heute noch hinter den Zielsetzungen des Vertrages von Asunción zurück. Das Stadium einer unvollständigen Freihandelszone und Zollunion wurde noch nicht überwunden.

²²⁹ Originalzitat übersetzt aus dem Spanischen durch die Autorin: „(...) los seis países reconocen que la vigencia de las instituciones democráticas es condición indispensable para la existencia y desarrollo de los procesos de integración y que toda alteración del orden democrático constituye un obstáculo inaceptable para la continuidad del proceso de integración regional.“. MERCOSUR – Portal Oficial: Quienens Somos. El MERCOSUR.

²³⁰ Originalzitat übersetzt aus dem Spanischen durch die Autorin: „En caso de ruptura del orden democrático (...)“. MERCOSUR – Portal Oficial: Documentos MERCOSUR. Protocolo de Ushuaia. Artículo 4. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 14.03.2009]

²³¹ MERCOSUR – Portal Oficial: Quienens Somos. El MERCOSUR.

²³² „Neustart des MERCOSUR“

Derzeit sind nur ungefähr 40% der MERCOSUR – Regelungen in den Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten implementiert.²³³ Auch in der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt sich bislang noch keine Konvergenz zwischen den Mitgliedsstaaten und die angestrebte Harmonisierung der Politik ist auch noch nicht umgesetzt. Im Vergleich zur ASEAN ist der MERCOSUR stärker institutionalisiert und orientiert sich dabei an der Organisationsstruktur der EU²³⁴. Allerdings spielt sich dennoch, so wie in der ASEAN, die Kooperation zumeist auf der intergouvernementaler Ebene ab, da es den Mitgliedsstaaten auch im MERCOSUR oftmals schwer fällt Souveränitätsrechte an eine supranationale Ebene abzugeben. Dies wäre allerdings zwingend erforderlich, um das Ziel des angestrebten Marktes zu erreichen. Mit der Errichtung des Streitschlichtungstribunals, eines ständigen technischen Sekretariats und seit 2007 auch eines Parlamentes sind erste wichtige Schritte gemacht. Allerdings bleibt es abzuwarten, ob sich tatsächlich Entscheidungen und Kompetenzen nachhaltig auf eine supranationale Ebene verlagern werden.

7.2.2 Entwicklung des intraregionalen Handels

Die wirtschaftliche Integration des MERCOSUR hat nur begrenzt zu einer Intensivierung des intraregionalen Handels geführt. Wie man in Abbildung 13 erkennen kann ist dieser seit der Gründung des MERCOSUR im Jahr 1991 auf einen Höchstwert von über 25% im Jahr 1998 angestiegen, seit dem aber wieder stark zurückgegangen. Ursächlich für diesen Rückgang waren die Wirtschaftskrisen in Brasilien (1998-1999) und Argentinien (2001-2002) und der dadurch ins Stocken geratene Integrationsprozess. Seit 2003 hat sich die Situation wieder verbessert: In der Region zeigt sich eine neue Periode der Expansion, die Volkswirtschaften verbuchen neues Wachstum und der intraregionale Handel hat sich wieder intensiviert, wobei das Spitzenniveau von 1998 noch lange nicht erreicht ist.²³⁵

Insgesamt ist die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch der Fortschritt der regionalen Integration maßgeblich von den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der beiden großen Mitgliedsstaaten Argentinien und Brasilien abhängig. Außerdem spielt in der Region der extraregionale Handel auch heute noch eine übergeordnete Rolle: Während der intraregionale Handel im Jahr 2006 nur ungefähr 14% des Gesamthandels

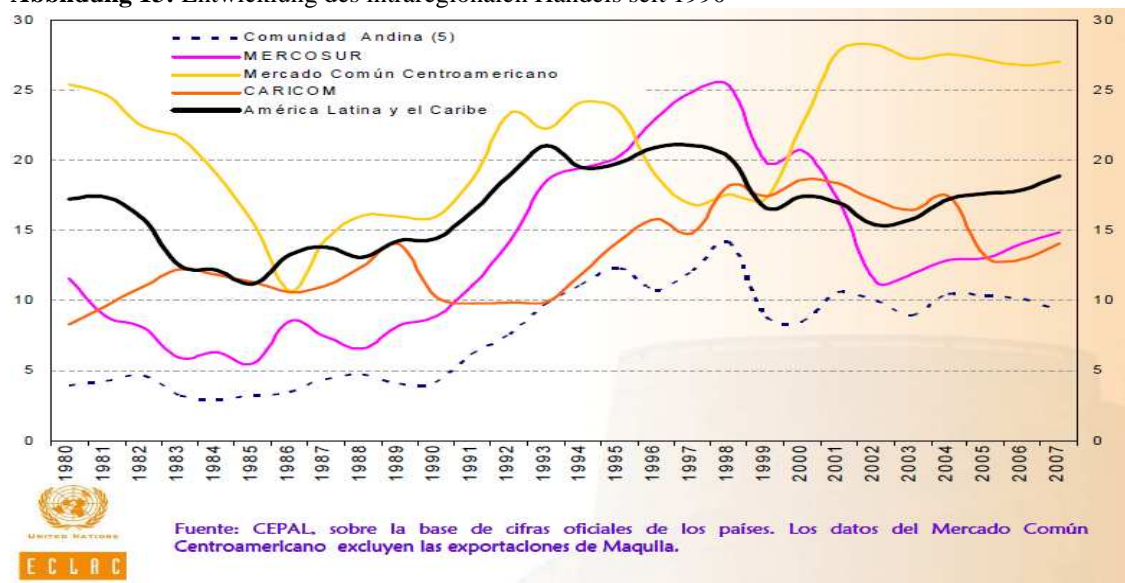
²³³ Vgl. MERCOSUR – Portal Oficial. Quienes Somos. El MERCOSUR; Sica: MERCOSUR, 2007, S. 53

²³⁴ Für die Organisationsstruktur des MERCOSUR vergleiche: MEROSUR – Portal Oficial: Quienes Somos. Estructura Institucional. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 14.03.2009]

²³⁵ Vgl. Sica: MERCOSUR, 2007, S. 53-56

ausmachte, betrug der Handel mit der EU circa 20%, mit den USA 15,5% und mit Asien 14%.²³⁶

Abbildung 13: Entwicklung des intraregionalen Handels seit 1990*



* Die Werte auf Größenachse (Y) sind Prozentangaben.

So zeigt sich, dass der Westen hinsichtlich der Handelsbeziehungen weiterhin ein wichtiger Partner für die Region ist. Dadurch kann er, wie im Hirschmanschen Ansatz dargelegt, Einfluss auf die Region ausüben.

7.2.3 Argentinienkrise

Wie bereits angedeutet, führten die Wirtschaftskrisen in Brasilien und Argentinien zunächst zu Spannungen im MERCOSUR. Im Nachhinein betrachtet führten sie allerdings auch zu dem oben beschriebenen „Neustart des MERCOSUR“. Im Folgenden wird nun analysiert, inwiefern die Krise sowohl für den MERCOSUR, als auch für die lateinamerikanische Demokratie eine besondere Herausforderung darstellte und welche Folgen sie jeweils auf die weiteren Entwicklungen im MERCOSUR und das Verhältnis zum Westen hatte.

Ursachen der Krise

Sowohl der brasilianische Real, als auch der argentinische Peso waren im Rahmen eines Currency Boards²³⁷ an den US-Dollar angebunden. Als Brasilien 1998 in eine

²³⁶ Vgl. Naciones Unidas – CEPAL: Sistema Interactivo Gráfico de Datos de Comercio Internacional (SIGI). Online in Internet: URL: <http://www.eclac.cl/cgi-bin/getProd.asp?xml=/comercio/noticias/paginas/0/27090/P27090.xml> [Stand: 15.03.2009]

²³⁷ Ein Currency Board hat drei wesentliche Elemente: 1. Fester Wechselkurs gegenüber einer Ankerwährung (hier Dollar). 2. Unbeschränkte Konvertibilität der Landeswährung in die Ankerwährung. 3. Vollständige Deckung der inländischen Geldmenge durch Währungsreserven. Vgl. Dieter, Heribert: Wechsel-

Währungskrise abrutschte, wurde in Relation zum Dollar ein flexibler Wechselkurs eingeführt. Dies führte binnen kurzer Zeit zu einer massiven nominalen Abwertung des Reals von rund 80% und zu einer schwerwiegenden Rezession. Aufgrund der starken wirtschaftlichen Verflechtungen wurde auch die argentinische Wirtschaft hart getroffen: Die Exporte nach Brasilien brachen massiv ein, gleichzeitig kam es zu einer Importschwemme brasilianischer Güter und deshalb zu einer Verschlechterung der argentinischen Handelsbilanz und einem Anstieg der Arbeitslosenquote. Dies stürzte die argentinische Wirtschaft in eine Rezession, die sich bis 2001 in eine schwerwiegende Wirtschaftskrise ausweitete.

Auch wenn die **Brasilien-Krise** als ein maßgeblicher Auslöser für die argentinische Krise gewertet werden kann, ist sie keinesfalls die einzige Ursache. Weitere Katalysatoren für den gravierenden Verlauf waren eine hohe **Schuldenquote**, die **Überbewertung des Peso**, aufgrund der Dollaranbindung der nationalen Währung. Weiterhin erschwerte **mangelndes Vertrauen** in das argentinische Finanzsystem sowohl von nationaler als auch internationaler Seite den Zugang zum regulären Kapitalmarkt. Gleichzeitig führte die **Privatisierungswelle**, auf Basis der neoliberalen Reformen zu Beginn der 1990er Jahre zu verstärkter Abhängigkeit vom Ausland und zusätzlichem Kapitalabfluss.²³⁸

Die Ursachen der Krise lassen sich somit auf zwei zentrale Punkte zusammenfassen: Die starke wirtschaftliche Interdependenz mit Brasilien und, wie später noch ausführlich dargestellt, die Folgen der rigiden neoliberalen Reformen in den 1990er Jahren.

Verlauf der Krise

Die durch die Brasilien-Krise ausgelöste Rezession in Argentinien führte aufgrund der stark angestiegenen Arbeitslosigkeit und offensichtlicher Korruption unter Präsident Menem zu massiven Protesten innerhalb der Bevölkerung. Dies kann als ein erstes Anzeichen für die sich ebenfalls anbahnende politische Krise gewertet werden. In die neue Regierung der „Allianz“²³⁹ unter Fernando de la Rúa, die 1999 ihre Arbeit aufnahm, wurden viele Hoffnungen gesetzt. Allerdings blieben die erwarteten radikalen Veränderungen im Vergleich zur Vorgängerregierung aus. Die Situation verschärfte sich für Argentinien zusätzlich in Folge der lahmen Weltkonjunktur nach dem 11. September 2001. Die Regierung de la Rúa ergriff drastische Maßnahmen: Im Rahmen des so ge-

kurspolitik auf dem Prüfstand, in: Dieter, Heribert et al.: Argentinien: Wege aus dem Staatsbankrott, SWP- Berlin, 2002, S. 40

²³⁸ Vgl. Alimonda/ Villalobos: La Crisis Argentina y el MERCOSUR; 2006, S. 130-133

²³⁹ Koalition zwischen der eher sozialdemokratisch orientierten UCR und der linken „Front für ein solidarisches Land“ („frente para un país solidario“)

nannten „Corralito“ wurde eine Obergrenze für das Abheben von Bargeld von 250 Peso pro Woche eingeführt. Damit sollte in erster Linie die Kapitalflucht und der massive Währungstausch in Dollar und eine damit verbundene weitere Abwertung vermieden werden. Das „Corralito“ verschlimmerte die Vertrauenskrise zusätzlich. So kam es aufgrund dessen und aufgrund der sich weiter verschlechternden Situation auf dem Arbeitsmarkt, und des allgemeinen Lebensstandards in der Bevölkerung am 19. und 20. Dezember 2001 zu gewaltsamen Protesten. Die massiven Streiks gerieten außer Kontrolle und forderten über 20 Menschenleben und daraufhin auch den Rücktritt der Regierung de la Rúa. Am 1. Januar 2002 übernahm Eduardo Duhalde das Amt des Staatspräsidenten. Während Duhaldes Amtszeit wurde das Currency Board abgeschafft. Dies führte zu einer massiven Abwertung des Peso, einer drastischen Rezession und zum Kollaps des Bankensystems. Auch die demokratischen Institutionen standen nun kurz vor dem Zusammenbruch. Die Feindlichkeit der Bevölkerung gegenüber den politischen Eliten manifestierte sich in weiteren Unruhen, so dass sogar über eine militärische Intervention nachgedacht wurde. Als im Juni 2002 zwei Demonstranten durch die Polizei getötet wurden, sah sich Duhalde gezwungen seine Amtszeit zu verkürzen und ordnete Neuwahlen für April 2003 an. Mitte 2002 gab es dann auch bereits erste Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, der Peso stabilisierte sich und auch der Konsum gewann allmählich wieder an Auftrieb. Seit der Amtsübernahme Néstor Kirchners im Jahr 2003, hat sich die Situation in Argentinien weiter verbessert. Sowohl wirtschaftlich, als auch politisch ist Land zu relativ stabilen Verhältnissen zurückgekehrt und die argentinische Wirtschaft verzeichnet mittlerweile wieder eine solide Wachstumsrate von 6,6% im Jahr 2008.²⁴⁰

Folgen der Krise

Auch wenn sich Argentinien seit dem Ende der Krise auf einem deutlichen Kurs der Erholung befindet, ist dies kein kurzfristiger Prozess, der sich durch die aktuelle globale Wirtschaftskrise vermutlich verlängern wird.²⁴¹ Trotz der verheerenden Auswirkungen der Krise auf die politische Stabilität des Landes hat sie nicht zum Zusammenbruch der demokratischen Strukturen geführt, aber das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den politischen Eliten bleibt erhalten. Bezeichnenderweise ist die prinzipielle Zustimmung zur Demokratie als beste Regierungsform mit 60% relativ hoch, die Zufriedenheit

²⁴⁰ Vgl. Alimonda/ Villalobos: La Crisis Argentina y el MERCOSUR; 2006, S. 130-133; Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Argentina Country Report*. Gütersloh, 2007, S. 11-17

²⁴¹ Trotz eines im lateinamerikanischen Vergleich hohem Entwicklungsniveau kämpft das Land mit weit verbreiteter Armut, immerhin 17% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, großer sozialer Ungleichheit und einer hohen Inflationsrate, derzeit etwa bei 12%.

mit dem aktuellen Funktionieren der nationalen Demokratie mit 34%, dagegen eher niedrig.²⁴² Heute stehen vor allem aufgrund der Erfahrungen mit der Krise, die Stärkung des MERCOSUR, die Förderung einer vertieften regionalen Integration sowie die Intensivierung einer strategischen Partnerschaft mit Brasilien auf der politischen Agenda der Regierung Néstor Kirchner, sowie seiner Nachfolgerin Christina Kirchner.

Ingesamt waren die beiden Krisen eine Zerreißprobe für den MERCOSUR. Dass Brasilien seine Abwertungspolitik im Alleingang, also ohne vorherige Konsultation der MERCOSUR-Staaten durchgeführt hatte, führte aufgrund der schwerwiegenden Folgen vor allem in Argentinien zur Verstimmung und zu einer allgemeinen Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten.²⁴³ Der intraregionale Handel ist bis in das Jahr 2002 auf einen Tiefpunkt von knapp 11% des Gesamthandels gefallen, auch wenn er sich seit dem wieder erholt, so hat der MERCOSUR wirtschaftlich gesehen an Bedeutung verloren. Allerdings zeigen, sowohl Brasilien unter Präsident Lula de Silva als auch Argentinien Interesse an der Erhaltung und Stärkung des Bündnisses, was sich auch durch den Beitritt Venezuelas im Jahr 2006 noch mal verdeutlicht.²⁴⁴ Neben unterschiedlichen nationalen Motiven für eine Festigung der Organisation, ist wohl eine gestärkte Verhandlungsmacht gegenüber den USA und eine größere Unabhängigkeit gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen eine wesentliche Motivation für einen gestärkten und politisch einheitlich auftretenden MERCOSUR.

Ursächlich dafür sind eine wachsende Skepsis gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen und den USA, welche sich durch die Argentinienkrise weiter vertieften. Zu Beginn der 1990er Jahre wurden im gesamten lateinamerikanischen Subkontinent rigore Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaften gefordert, welche durch den Abbau des zuvor vorherrschenden Systems der Importsubstitution angeschlagenen waren. Die Staaten sollten im Rahmen des Washington Konsensus und im Zusammenhang mit Anleihen des IWF und der Weltbank neoliberale wirtschaftspolitische Reformen durchführen.²⁴⁵

²⁴² Corporacin Latinobarmetro: Informe 2008, Santiago de Chile, 2008, S. 102ff. Online in Internet: URL: http://www.latinobarometro.org/docs/INFORME_LATINOBAROMETRO_2008.pdf [Stand: 10.03.2009]

²⁴³ Vgl. Alimonda, Hctor/ Villalobos, Ruy de: La Crisis Argentina y el MERCOSUR, in: Amayo Zevallos, Enrique et al. (Hrsg.): MERCOSUR en la integración latinoamericana y caribeña. Contextos, dimensiones y procesos, Guadalajara, 2006, S. 129-132; Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR, S. 9

²⁴⁴ Vgl. Gratius, Susanne: Neue Impulse für den MERCOSUR: Der Faktor „Lula“, in: Brennpunkt Lateinamerika, Hamburg, 2003, Nr. 04-03, S. 33ff

²⁴⁵ Hernndez, Jorge/ Preciado, Jaime: La Reforma del Estado en el Contexto del ALCA y MERCOSUR, in: Amayo Zevallos, Enrique et al. (Hrsg.): MERCOSUR en la integracin latinoamericana y caribea. Contextos, dimensiones y procesos, Guadalajara, 2006, S. 22ff

„Diese zehn Maßnahmen bilden den „Dekalog“ struktureller Reformen, die in Lateinamerika umgesetzt wurden, um das „verlorene Jahrzehnt“ zu überwinden und das Wachstum auszulösen, welches den uralten Problemen der Region, hinsichtlich des Einsatzes und der Verteilung von Reichtum, ein Ende setzten würden.“²⁴⁶

Im Rahmen der Demokratisierungswelle in Lateinamerika hatten die neoliberalen Reformen Hochkonjunktur. Diese Maßnahmen erhöhten zwar tatsächlich das wirtschaftliche Wachstum, allerdings führte unter anderem der massive Rückgang der staatlichen Intervention in die Wirtschaft zu mangelnder Umverteilungspolitik und damit zu einem weiteren Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit und einem verstärkten Auseinanderklaffen der sozialen Schere. Dies erzeugte zunehmend Konflikte innerhalb der Bevölkerung und einen Legitimitätsverlust von marktwirtschaftlichen Strukturen und von „Demokratie als jener Staatsform, die selbst in Entwicklungs- und Schwellenländern am ehesten innenpolitische und wirtschaftliche Stabilität auch in Krisenzeiten zu sichern vermag.“²⁴⁷ Problematisch für den MERCOSUR war der staatliche Rückzug aus der Wirtschaft insofern, als dass es ein koordiniertes wirtschaftspolitisches Vorgehen der Mitgliedsstaaten erschwerte. Die selbe Wirkung hatte auch das übliche System der Dollaranbindung der nationalen Währungen, das es den Regierungen in geldpolitischer Hinsicht die Hände band.

Nach der Argentinienkrise endete das „neoliberale Jahrzehnt“ in Lateinamerika: Mit der Wahl Hugo Chávez zum venezolanischen Staatspräsidenten übernehmen in einem Staat nach dem anderen sozialdemokratische bis sozialistische Regierungen die Macht. Vor dem Hintergrund des Versagens der neoliberalen Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre, können die meisten dieser Wahlsiege als Absage gegenüber dem Washington Konsensus gewertet werden.²⁴⁸

7.2.4 Der ALCA-Prozess und die Bank des Südens

All diese Aspekte erschwerten auch den Prozess zur Formierung einer panamerikanischen Freihandelszone, der ALCA. Auf dem ersten „Gipfel der Americas“ im Jahr 1994

²⁴⁶ Originalzitat übersetzt aus dem Spanischen durch die Autorin: „Estas diez medidas conforman la „decálogo“ de reformas estructurales que aplicó América Latina para superar la „década perdida“ y emprender el crecimiento que pondría fin a los ancestrales problemas de la región en lo concerniente al empleo y la distribución de la riqueza.“ Hernández/ Preciado: La Reforma del Estado en el Contexto del ALCA y MERCOSUR, 2006, S. 23

²⁴⁷ Dieter Heribert et al.: Argentinien: Wege aus dem Staatsbankrott, SWP- Berlin, 2002, S. 5

²⁴⁸ Vgl. Oliveira, Marcos Guedes de: Limitations on Democratic Transitions in Latin America and the Fate of Mercosur, in: Domínguez, Francisco/ Oliveira, Marcos Guedes de (Hrsg.): Mercosur: Between Integration and Democracy, Oxford [u.a.], 2004. S. 17-28; Dilger, Gerhard: Linksruck oder rosarote Welle? Lateinamerika jenseits des neoliberalen Konsens, Bundeszentrale für politische Bildung, 2008. Online in Internet: URL: http://www.bpb.de/themen/XNO2S4,0,0,Linksruck_oder_rosarote_Welle.html [Stand: 20.03.2009]

wurde auf Initiative des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton die Bildung einer Freihandelszone aller 34 amerikanischen Staaten beschlossen. Diese ist allerdings bis heute noch nicht umgesetzt und es gibt bislang auch keine Frist für die Umsetzung.²⁴⁹ Die ALCA würde, wie der MERCOSUR eine Demokratieklauseel beinhalten und mit rund 780 Millionen Einwohnern und einem aggregierten Bruttoinlandsprodukt von ungefähr 11,5 Billionen US-Dollar den größten Handelsblock der Welt bilden.²⁵⁰

Aus US-amerikanischer Perspektive könnte dadurch die Stellung als dominierende Weltwirtschaftsmacht, gerade im Hinblick auf die wirtschaftlich immer stärker werdende EU und des wachsenden ostasiatischen Wirtschaftsraumes, weiter ausgebaut werden. Weiterhin könnten die USA ihren politischen Einfluss auf die lateinamerikanische Region vergrößern und die derzeitige Vormachtstellung Argentiniens und Brasiliens auf dem Subkontinent eindämmen. Aus lateinamerikanischer Perspektive wäre vor allem ein verbesserter Zugang zu den nordamerikanischen Absatzmärkten von Interesse. Allerdings zeigt sich die USA derzeit noch zurückhaltend beim Abbau von Handelshemmnissen und das gerade in Märkten, die für viele lateinamerikanische Staaten von zentralem Interesse wären, wie zum Beispiel dem Stahl- oder Agrarmarkt. Streckenweise ist sogar das Gegenteil der Fall: Im Jahr 2002 unterzeichnete Bill Clinton die so genannte Farm Bill, mit der die bereits hohen Agrarsubventionen erneuert und teilweise sogar gestärkt wurden.²⁵¹

Es sind in erster Linie Brasilien, Bolivien, Venezuela und seit der Krise auch Argentinien, die einer schnellen Umsetzung der ALCA kritisch gegenüberstehen. Vor allem aufgrund der gescheiterten neoliberalen Reformen, die durch die USA stark forciert wurden, ist die Skepsis gegenüber US – dominiertem Freihandel im Rahmen der ALCA hoch. Eine umfassende Diskussion aller unterschiedlichen Positionen für und wieder der Bildung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone wäre hier nicht zielführend.²⁵² Es soll an dieser Stelle aber hervorgehoben werden, dass die Stärkung des MERCOSUR in

²⁴⁹ Von US – amerikanischer Seite wurde eine konkrete Einigung bis Januar 2005 angestrebt, dies konnte allerdings gegenüber den lateinamerikanischen Staaten, vor allem aufgrund von Vorbehalten von Argentinien, Bolivien, Brasilien und Venezuela, nicht durchgesetzt werden.

²⁵⁰ Vgl. Free Trade Area of the Americas (FTAA) – Official Website: About the FTAA. Online in Internet: URL: http://www.ftaa-alca.org/View_e.asp [Stand: 20.03.2009]; Der Fischer Weltalmanach: Stichworte: FTAA: Gesamtamerikanische Freihandelszone. Online in Internet: URL: http://www.weltalmanach.de/stichwort/stichwort_freihandel.html [Stand: 20.03.2009]

²⁵¹ Vgl. Sangmeister, Hartmut: Der ALCA – Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar, in: Ibero – Analysen, Ibero – Amerikanisches Institut, Heft 14, Berlin, 2003; Holler, Lasse: Südamerikanische Integration in der Globalisierung, in: Chiappini, Ligia/ Hauck, Jan David (Hrsg.): Mercosul/ Mercosur. Dynamik der Grenzen und kulturelle Integration, S. 24-32;

²⁵² Zu den unterschiedlichen Position vgl. u.a.: Sangmeister, Hartmut: Amerika den Amerikanern: Das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA/FTAA) wird in Lateinamerika unterschiedlich beurteilt, in Brennpunkt Lateinamerika Nr. 03-03, Hamburg, 2003

diesem Rahmen als ein Mittel zur Verbesserung der Verhandlungsposition im ALCA-Prozess gewertet werden kann. Denn dadurch können die Mitgliedsstaaten in den Verhandlungen als Block auftreten und ihren Interessen größeres Gewicht verleihen. Dabei ist vor allem das neue Mitglied Venezuela unter Hugo Chávez um eine verstärkte Unabhängigkeit gegenüber den USA und den US-dominierten Institutionen bemüht.

Ein gutes Beispiel für das Bestreben der MERCOSUR – Staaten nach Unabhängigkeit gegenüber den USA und den US - amerikanisch bzw. westlich dominierten Institutionen ist die Gründung der „Bank des Südens“ (Banco del Sur). Im Dezember 2007 unterzeichneten die Gründungsmitglieder (die MERCOSUR–Staaten, Bolivien und Ecuador) die Gründungsakte zur Banco del Sur. Diese soll fortan als Gegengewicht und Alternative für lateinamerikanische Staaten zum IWF und der Weltbank fungieren und damit deren Einfluss auf die Region verhindern.²⁵³ Bezeichnenderweise hat keines der Länder heute noch Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF. Selbst Argentinien konnte mit massiver finanzieller Unterstützung Venezuelas, seine Schulden beim Währungsfond bereits im Jahr 2006 zurückzahlen.²⁵⁴

Zusammenfassend kann man in der Initiative zur Stärkung des MERCOSUR, der zunehmenden Zurückhaltung, insbesondere bei den großen MERCOSUR–Mitgliedern, im ALCA–Prozess, den Beitritt Venezuelas in das Bündnis und die Gründung der Bank des Südens eine deutliche Abkehr vom Westen erkennen. Allerdings ist dies weniger auf die EU, als auf die USA und die internationalen Finanzorganisationen bezogen. Gerade die negativen Erfahrungen mit den neoliberalen Reformen im Zusammenhang mit dem Washington Konsensus haben dies forciert. Ein Beitrag der Internetausgabe des Magazins *Focus Money* über die Gründung der Bank des Südens, vom 10. Dezember 2007 bringt dies auf den Punkt:

„Chávez erklärte, die neue Bank sei ‚eine politische Tatsache‘ und Teil eines breiter angelegten ‚Krieges‘ gegen die Industriestaaten des Nordens. Südamerika müsse eigene Finanzierungsquellen erschließen, um die Abhängigkeit von internationalen Kreditgebern zu durchbrechen. IWF sei ‚ein Fluch‘ für die Region und habe den Völkern Südamerikas nichts als ‚Hunger, Unglück, Armut und Gewalt‘ gebracht.“²⁵⁵

²⁵³ Vgl. Venezuela Aktuell: Bank des Südens kommt langsam voran. (Vom 1.10.2008) Online in Internet: URL: http://www.venezuela-aktuell.de/index.php?option=com_content&task=view&id=699&Itemid=29 [Stand: 20.03.2009]

²⁵⁴ Vgl. International Monetary Fund. IMF Members' Financial Data by Country. Online in Internet. URL: <http://www.imf.org/external/np/fin/tad/exfin1.aspx> [Stand: 04.03.2009]

²⁵⁵ Vgl. Focus Money Online: Bank des Südens. Südamerika gegen den IWF. (Vom 10.12.2007) Online in Internet: URL: http://www.focus.de/finanzen/banken/bank-des-suedens_aid_228839.html [Stand: 20.03.2009]

Erwähnenswert, auch wenn dies hier nicht weiter ausgeführt werden soll, sind noch die beiden Initiativen zur Bildung der ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas), initiiert durch Venezuela und die UNASUR (Unión de Naciones del Sur), initiiert durch Brasilien. Auch wenn keines der beiden Bündnisse bislang realisiert wurde und es noch keine einheitliche Position der südamerikanischen Staaten zu diesem Thema gibt, zeigt sich daran deutlich, dass zukünftig eher eine auf den lateinamerikanischen Raum ausgerichtete Integration angestrebt wird, welche sich streckenweise ausdrücklich gegen die „westliche“, beziehungsweise US-amerikanische Bevormundung richtet.²⁵⁶

7.2.5 Demokratie im MERCOSUR

Die Demokratisierung in Lateinamerika setzte Ende der 1970er Jahre im Zuge der dritten Demokratisierungswelle ein. Zuvor war der Subkontinent mehrheitlich durch Militärregimes regiert. Ausgelöst wurden die Transformationsprozesse durch die schlechten sozioökonomischen Leistungen der damaligen Regimes und der Zunahme des internationalen Drucks auf die Region. Mehrheitlich waren die Transitionsprozesse dabei nicht durch einen gewaltsamen Sturz des Militärregimes gekennzeichnet, sondern durch einen verhandelten Übergang. Heute ist Lateinamerika und die Karibik eine weitgehend demokratische Region, wenn auch in vielen Fällen mehr oder weniger große Defizite ausgemacht werden können.²⁵⁷

Seit dem Ende des autoritären und populistischen Regimes unter Juan Peron in **Argentinien**²⁵⁸ im Jahr 1955 wechselten sich in den folgenden beiden Jahrzehnten zivile und militärische Regierungen ab. Im Jahr 1976 übernahm das ultrarechte Militärregime unter Jorge Rafael Videla die Führung Argentiniens. Die folgenden Jahre waren durch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen dem herrschenden Regime und linken Guerillakämpfern und anderen Dissidenten gekennzeichnet.²⁵⁹ Nach einer gescheiterten Auseinandersetzung um die Falklandinseln mit Großbritannien kehrte das Land 1983 zu demokratischen Verhältnissen zurück. Der erste Präsident des erneut demokratischen Argentiniens war Raúl Alfonsín, dieser trat jedoch aufgrund einer ernsten Wirtschaftskrise im Jahr 1989 vorzeitig zurück. Sein Nachfolger Carlos Menem führte radikale neo-liberale Wirtschaftsreformen durch, nach Anleitung des Washington Konsensus

²⁵⁶ Vgl. Husar, Jörg: Neue Formen der Integration in Lateinamerika: Vom offenen Regionalismus zur Binnenorientierung?, in *Lateinamerika Analysen* 17/2 (2007), S. 83-99

²⁵⁷ Für alle folgenden Länderanalysen wurden neben den jeweiligen Länderstudien des BTI folgende Quellen benutzt: Freedom House. *Freedom in the World 2008*. Country Reports; Auswärtiges Amt - Offizielle Website: Länder, Reisen Sicherheit; CIA-The World Factbook.

²⁵⁸ Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Argentina Country Report*. Gütersloh, 2007

²⁵⁹ Auch bekannt als „schmutziger Krieg“.

und war damit in seiner ersten Amtsperiode von 1990-1995 auch erfolgreich. Allerdings rutschte das Land bereits 1998 wieder in eine Rezession ab, die sich bis 2001 in eine schwerwiegende Wirtschaftskrise auswuchs.²⁶⁰ Auch wenn die Wirtschaftskrise durch eine Vertrauenskrise in die Politik begleitet wurde, hat dies nicht zum Zusammenbruch von demokratischen Strukturen geführt. Allerdings ist auch heute das Misstrauen in die politischen Eliten groß. Ursächlich dafür sind hohe Korruption in allen Ebenen des politischen Systems, mangelnde Transparenz, Neutralität und Effizienz des Systems und eine, für Lateinamerika typische hohe soziale Ungerechtigkeit. Die derzeitige Präsidentin Christina Kirchner, so wie ihr Ehemann und Vorgänger, genießt im Gegensatz dazu hohe Akzeptanzwerte in der Bevölkerung. Insgesamt haben sich die politischen Eliten und weite Teile der Bevölkerung an die Hegemonie des Präsidenten und einen eher populistischen und autokratischen Regierungsstil gewöhnt. Seit der Präsidentschaft Menems ist die Gewaltenteilung weitgehend ausgehöhlt, da die Präsidenten oftmals durch ein Regieren per Dekret das Parlament und die Justiz umgehen. Diese Dominanz der Exekutive wird von den anderen politischen Institutionen kaum angefochten. Weiterhin ist das staatliche Gewaltmonopol aufgrund von organisiertem Verbrechen und der Privatisierung von Sicherheit eingeschränkt. Auch wenn die Grundlagen für marktwirtschaftlichen Wettbewerb prinzipiell vorhanden sind, ist dieser eingeschränkt durch schwache Institutionen, mangelnde Wettbewerbskultur, Korruption in Verwaltung und Justiz, unzureichenden Schutz von Eigentumsrechten und mangelnde Monopolkontrolle. In der Einschätzung des BTI ist Argentinien aufgrund der genannten Mängel nur eine defekte Demokratie und einer Marktwirtschaft mit Funktionsdefiziten. *Freedom House* bewertet das Land mit einem aggregierten Rating von 2.0 als „frei“.

Schon während der vierzigjährigen Militärdiktatur (1964-1985) begann mit der Amtsübernahme von General Geisel im Jahr 1974 in **Brasilien**²⁶¹ der demokratische Transformationsprozess. Die schrittweise Liberalisierung des autokratischen Regimes wurde auch unter Präsident Figueiredo (1979-1985) fortgesetzt. Im Zusammenhang mit den für 1984 angesetzten Präsidentschaftswahlen kam es zur größten politischen Massenmobilisierung der Zivilbevölkerung in der bisherigen Geschichte Brasiliens, die durch eine Kampagne für die Direktwahl des Präsidenten („diretas já“) ausgelöst wurde. Allerdings wurde der erste zivile Präsident Tancredo Neves, auf Insistieren des Militärs

²⁶⁰ Vergleiche dazu den Unterpunkt 7.2.3 Argentinienkrise.

²⁶¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Brazil Country Report*. Gütersloh, 2007; Karnofsky, Eva: Der Wechsel von der Militärherrschaft zur Präsidentschaftdemokratie, in: Rill, Bernhard (Hrsg.): *Brasilien. Großmacht in Lateinamerika*, Hans-Seidel-Stiftung e.V., München, 2007, S. 13-20

indirekt gewählt.²⁶² Die Transition zur Demokratie war abgeschlossen, als im März 1990 der erste direkt gewählte Präsident, Fernando Collor de Mello, sein Amt antrat. Wegen einer Korruptionsaffäre wurde dieser bereits 1992 mittels eines Impeachment-Verfahrens aus dem Amt enthoben. Vizepräsident, Itamar Franco, übernahm die verbleibende Amtszeit Collors. Unter dem 1994 nachfolgenden Präsidenten, Fernando Henrique Cardoso,²⁶³ etablierte sich die Demokratie zusehends als Staats- und Regierungsform. Sowohl unter Cardoso als auch seit 2003 unter seinem Nachfolger, dem Sozialdemokraten Lula de Silva, stabilisierte sich die wirtschaftliche und politische Situation in Brasilien. Vor allem hat sich die Qualität der politischen Partizipation verbessert, eine aktive Zivilgesellschaft entwickelt und die Verwaltung wurde gut ausgebaut. Allerdings ist Korruption nach wie vor ein großes Problem. Außerdem werden die großen regionalen und sozialen Einkommensunterschiede (die in Brasilien weltweit mit am höchsten sind) und Armut als die größten strukturellen Hindernisse für die politische Entwicklung gesehen. Das staatliche Gewaltmonopol ist zwar prinzipiell durchgesetzt, faktisch allerdings ausgehebelt durch hohe Kriminalitätsraten (vor allem in den Großstädten), Drogenhandel und Straßenbanden, organisiertes Verbrechen und mächtige Ländbesitzer. Insgesamt sind in Brasilien die Minimalkriterien für eine rechtsstaatliche Demokratie umgesetzt, aufgrund der genannten Mängel stuft der BTI das Land allerdings nur als defekte Demokratie ein, dabei aber mit funktionierender Marktwirtschaft. *Freedom House* bewertet das Land, wie Argentinien, als „frei“.

Das Gründungsmitglied, welches in seiner demokratischen Leistung am schlechtesten abschneidet, ist **Paraguay**²⁶⁴. Mit einem aggregierten Rating von 3.0 stuft *Freedom House* das Land nur als „teilweise frei“ ein und mit einem Demokratie Status-Index von 6,75 liegt es deutlich unter Argentinien (7,85), Brasilien (7,95) und Uruguay (9,90) und ist daher als defekte Demokratie einzuschätzen. Die Militärdiktatur unter Alfredo Stroessner endete 1989 und seit dem herrschen in Paraguay relativ stabile politische Verhältnisse. Dies ist allerdings vor allem darauf zurückzuführen, dass die auch schon zu Zeiten der Militärdiktatur herrschende, konservative Colorado-Partei auch nach Einführung demokratischer Strukturen das Land dominiert. Dadurch sind Staats- und Parteistrukturen stark miteinander verknüpft und eine effiziente Regierungsführung durch innerparteiliche Machtkämpfe eingeschränkt. Die Verankerung von demokratischen

²⁶² Dieser starb allerdings bevor er sein Amt übernehmen konnte. Stellvertretend übernahm der Vizepräsident José Sarney von 1985-1990 das Mandat.

²⁶³ Nach dem 1998 eine Verfassungsänderung eine zweite Amtsperiode für den Präsidenten erlaubte, wurde Cardoso erster Präsident in der brasilianische Geschichte der zwei Perioden (von 1994 -2002) im Amt blieb.

²⁶⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Paraguay Country Report*. Gütersloh, 2007

Normen bei den politischen Eliten ist durch die teilweise noch hohe Wertschätzung des Ex-Diktators Stroessners untergraben. Auch in der Bevölkerung ist aufgrund sozialer Missständen eine gewisse Nostalgie hinsichtlich autokratischer Führungsstile zu erkennen. Große Probleme für die paraguayische Demokratie stellen, wie in Brasilien und Argentinien, die hohe Korruption, die Abhängigkeit der Justiz und eine große soziale Ungerechtigkeit dar. Obwohl Bürgerrechte weitgehend akzeptiert sind, kommt es doch häufig zu Menschenrechtsverletzungen durch die staatlichen Sicherheitsdienste. Die Wirtschaft ist agrarisch geprägt und durch eine hohe Außenabhängigkeit gekennzeichnet. Die Wettbewerbsfähigkeit ist durch hohe Korruption und die Abhängigkeit der Justiz und Verwaltung von der Politik eingeschränkt. Nach den Wahlen im Jahr 2008 wird die Colorado-Partei erstmals seit 60 Jahren abgelöst. Neuer Präsident wird Fernando Lugo, der Kandidat der „Patriotischen Allianz für den Wandel“, einem Bündnis von neun Parteien aus dem linken Spektrum. Allerdings kann derzeit noch nicht vorausgesagt werden, wie sich dies auf die zukünftige Entwicklung der paraguayischen Demokratie auswirkt.

Uruguay²⁶⁵ ist im MERCOSUR, aber auch im gesamten Lateinamerika, das Land mit der am weitest entwickelten Demokratie. Mit einem Demokratie Status-Index von 9,90 übertrifft das Land sogar die fortgeschrittenen Demokratien in Osteuropa. Von Freedom House erhält der Staat in den Dimensionen der politischen und bürgerlichen Freiheiten das bestmögliche Rating 1. Uruguay ist seit den 1930er Jahren demokratisch verfasst. Als in den späten 1960er Jahren die Exportwirtschaft stark zurückging, kam es von 1972-1984 zu einer Unterbrechung der Demokratie durch eine relativ repressive Militärdiktatur. Seit den frühen 1990er Jahren ist das Land wieder eine konsolidierte rechtsstaatliche Demokratie ohne gravierende Defizite. Im Unterschied zu den meisten anderen lateinamerikanischen Demokratien ist die Einkommensverteilung eher ausgeglichen und das sozioökonomische Entwicklungsniveau hoch. Aufgrund seiner stabilen demokratischen Situation genießt Uruguay in der internationalen Gemeinschaft hohes Ansehen und Vertrauen. Problematisch ist für das Land seine geographische Lage, da es zwischen den beiden großen Staaten Argentinien und Brasilien „eingezwängt“ ist und aufgrund der starken politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen von Krisen in den großen Nachbarn direkt mit betroffen ist. Beispielsweise wurde das Land von der Argentinienkrise stark in Mitleidenschaft gezogen.

²⁶⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Uruguay Country Report*. Gütersloh, 2007

In seiner politischen Entwicklung scheint **Venezuela**²⁶⁶ einen umgekehrten Weg zu gehen, wie die anderen Staaten des lateinamerikanischen Subkontinents. Seit der „demokratischen Revolution“ in den 1960er Jahren war das Land die Modelldemokratie in Lateinamerika. Allerdings ist seit der Machtübernahme Hugo Chávez im Jahr 1999 eine stetige Erosion demokratischer Standards zu verzeichnen. Heute ist der politische Alltag dominiert durch den übermächtigen Chávez, der einen zunehmend autoritären und populistischen Politikstil pflegt. Unter dem Motto „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ hat Chávez die Themen Armut und Unterentwicklung auf die Tagesordnung gesetzt und hat damit vor allem in der ärmlichen und provinziellen Bevölkerung große Unterstützung. Finanziert werden die umfangreichen sozialen Wohltaten vornehmlich aus Öleinnahmen. Dieses Vorgehen ist allerdings vielfach wegen mangelnder Nachhaltigkeit umstritten. Die Gewaltenteilung ist weitgehend außer Funktion gesetzt. Nach einem Boykott der Wahlen im Jahr 2005 durch die Opposition besteht das Parlament ausschließlich aus Chávez-treuen Abgeordneten²⁶⁷, somit werden die Entscheidungen der Exekutive durch das Parlament lediglich bestätigt. Zusätzlich ist der Präsident seit 2006 dazu ermächtigt per Dekret zu regieren. Dadurch kann die Exekutive zunehmend unabhängig von den anderen politischen Institutionen agieren und wichtige Staatsposten werden so besetzt. Auch die Justiz ist zunehmend abhängiger und durch die Politik beeinflusst. Immer öfter werden auch grundlegende Bürgerrechte wie Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt. Wahlen finden zwar noch regelmäßig statt, diese sind aber nicht mehr vollständig frei und fair. Eine Machtsicherung findet jenseits von demokratischen Strukturen durch den gezielten Einsatz von Erdölrenten statt. Chávez hat seit seinem Amtsantritt zahlreiche Wahlerfolge eingesteckt. Den einzigen Rückschlag erlitt er im Zusammenhang mit einem gescheiterten Verfassungsreferendum Ende 2007, welches eine unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten ermöglichen sollte. Allerdings hatte Chávez bei einer Volksabstimmung im Februar 2009 mehr Erfolg: 54,3% der Wähler stimmten diesmal für die Verfassungsänderung und somit kann Chávez 2012 zur Wiederwahl antreten.²⁶⁸

Insgesamt ist die Akzeptanz der Demokratie als das zu bevorzugende System in Lateinamerika seit 1995 konstant geblieben und mit 57% relativ solide. Allerdings ist dies noch deutlich unter dem Wert (75%), den Larry Diamond für eine, auf der Ebene der

²⁶⁶ Vgl. Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Venezuela Country Report*. Gütersloh, 2007

²⁶⁷ Das traditionelle Parteiensystem Venezuelas existiert seit der Machtübernahme Chávez nicht mehr. Heute teilt sich die Parteienlandschaft in Chávez - treue und eine zersplitterte Opposition.

²⁶⁸ Vgl. Burghardt, Peter: „Ein klarer Sieg der Revolution“, in: *Süddeutsche Zeitung*, Jahrgang 65, Nr. 39, 17.02.2009, S. 8

Bevölkerung, konsolidierte Demokratie fordert.²⁶⁹ Die durchschnittliche Akzeptanz liegt im MERCOSUR²⁷⁰ mit 64,2% höher als im lateinamerikanischen Durchschnitt, dies ist allerdings auf die hohen Werte in Uruguay (79%) und Venezuela²⁷¹ (82%) zurückzuführen. Auch die Zufriedenheit hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Demokratie ist seit 1995 relativ konstant und liegt im MERCOSUR mit 41% ebenfalls über dem lateinamerikanischen Durchschnitt (37%).²⁷² Allerdings sind diese Werte, beispielsweise im Vergleich zur EU, relativ niedrig, dort lag die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Demokratie im Jahr 2006 bei immerhin bei 56%.²⁷³ Ursächlich für diese Unzufriedenheit in der Bevölkerung sind in erster Linie die hohe Korruption, die das Vertrauen in Regierungsinstitutionen untergräbt und die große soziale Ungerechtigkeit, welche in nahezu allen Ländern des MERCOSUR ein zentrales Problem ist. Selbst Chile, welches in seinem demokratischen Transformationsprozess weit fortgeschritten ist, kann davon nicht ausgenommen werden. Wie man in Abbildung 14 erkennen kann, ist das Einkommen in Uruguay mit einem Gini-Index von 44,9 am gleichmäßigsten verteilt. Dies ist aber im Vergleich zu den entwickelten Industrienationen immer noch ein hohes Niveau, Deutschland hat beispielsweise einen Wert von 28,3. (Vgl. Abbildung 14)

Wie weiter oben bereits umfassend erläutert, ist eine ungleiche Einkommensverteilung ein maßgebliches Hindernis für die Konsolidierung von Demokratie und wirkt sich negativ auf deren Legitimität als Regierungssystem aus.²⁷⁴ Die anhaltende soziale Ungerechtigkeit, aber auch das Scheitern der marktliberalen Reformen im Zusammenhang mit dem Washington-Konsensus seit den frühen 1990er Jahren sind möglicherweise eine Erklärung für das verstärkte Auftreten von linken Präsidenten in der Region: Hugo Chávez in Venezuela, Lula de Silva in Brasilien, Néstor bzw. Christina Kirchner in Argentinien, Evo Morales in Bolivien, Michelle Bachelet in Chile, Tabaré Vaquez in Uruguay und seit 2008 Fernando Lugo in Paraguay sind einige Beispiele dafür.

²⁶⁹ Vgl. Diamond: *Developing Democracy*, 1999, S. 68

²⁷⁰ Hier sind nur Vollmitglieder berücksichtigt.

²⁷¹ Möglicherweise erklärt sich dies aufgrund der derzeit hohen Beliebtheit Hugo Chávez in der Bevölkerung.

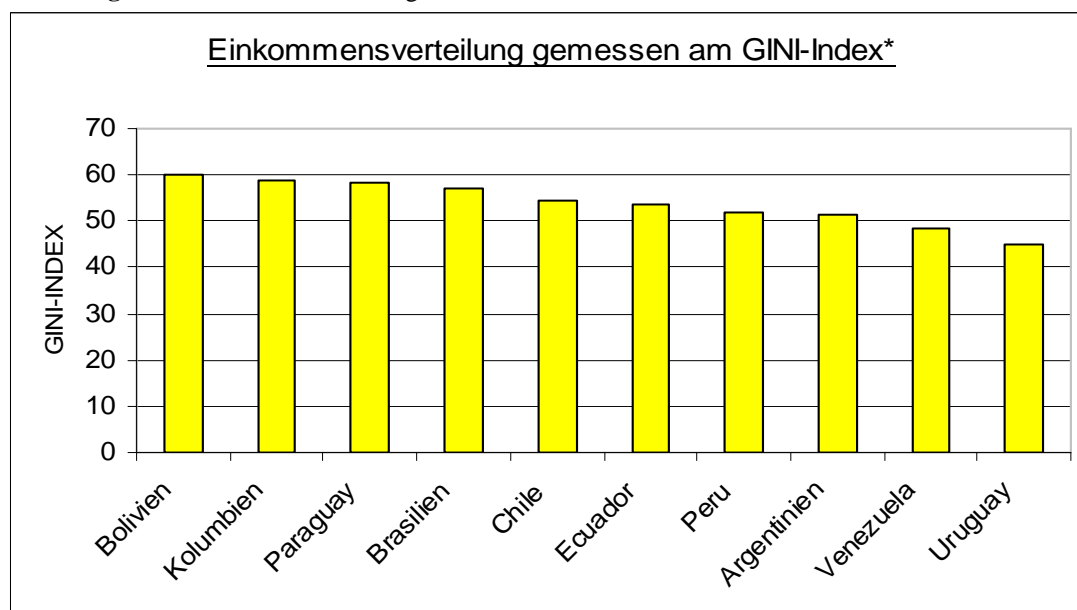
²⁷² Vgl. Corporación Latinobarómetro: *Informe 2008*, Santiago de Chile, 2008, S. 102ff

²⁷³ Vgl. European Commission: *Standard Eurobarometer 65. Public Opinion in the European Union. First Results, Spring 2006*. Online in Internet: URL:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_first_en.pdf [Stand: 10.03.2009];

²⁷⁴ Vgl. Kapitel 2.1 dieser Arbeit.

Abbildung 14: Einkommensverteilung im MERCOSUR**



*Ein Gini – Index von 0 bedeutet absolute Gleichheit, ein Wert von 100 bedeutet absolute Ungleichheit.

**Inklusive der assoziierten Mitgliedsstaaten.

Quelle: Eigene Darstellung nach: Human Development Report 2007 Data. Online in Internet: URL: http://hdrstats.undp.org/buildtables/rc_report.cfm [Stand: 15.03.2009]

Jorge Castañda stellt in diesem Zusammenhang fest:

„The combination of inequality and democracy tends to cause a movement to left everywhere. This was true in western Europe form the end of nineteenth century until after World War II; it is true today in Latin America. The impoverished mass vote for the type of policies that, they hope will make them less poor.“²⁷⁵

Dabei kann man die lateinamerikanischen Linke allerdings keiner einheitlichen Linie zuordnen. Während vor allem in Bolivien und Venezuela populistische und sozialistische Tendenzen auszumachen sind, kann man beispielsweise in Chile, Uruguay oder Brasilien eher von einer gemäßigten sozialdemokratischen Linken sprechen. Weiterhin zeigt sich eine Tendenz zu einer übermächtigen und autoritären Exekutive, was vor allem zu Lasten der Unabhängigkeit der Justiz und der Gewaltenteilung im Allgemeinen geht. Problematisch sind in einigen Staaten, dabei vor allem in Bolivien und Brasilien, Drogenkriminalität und organisiertes Verbrechen, welche zu einer Untergrabung des staatlichen Gewaltmonopols führen. Eine Rückkehr zu offenem Autoritarismus in der Region scheint aber trotz all dieser Probleme als unwahrscheinlich.²⁷⁶

²⁷⁵ Castañda, Jorge G.: Latin America's Left Turn, in: Foreign Affairs 85/3 (2006), S. 28f

²⁷⁶ Für die Entwicklungen in Bolivien und Chile vgl Bertelsmann Stiftung, *BTI 2008 – Bolivia/Chile Country Report*. Gütersloh, 2007

7.2.6 Fazit zum MERCOSUR

Im Gegensatz zur ASEAN beziehen sich die Mitgliedsstaaten des MERCOSUR auf eine gemeinsame Wertebasis. In seinem Internetauftritt äußert sich der MERCOSUR dazu folgendermaßen:

„Die vier Mitgliedsstaaten, die den MERCOSUR bilden teilen eine Wertegemeinschaft, die in ihren demokratischen und pluralistischen, die grundlegenden Freiheiten verteidigenden Gesellschaften, in Menschenrechten, im Umweltschutz und in der nachhaltigen Entwicklung, sowie durch ihren Kompromiss über die Konsolidierung von Demokratie, die Rechtssicherheit, den Kampf gegen die Armut und die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gleichheit, ihren Ausdruck findet“²⁷⁷

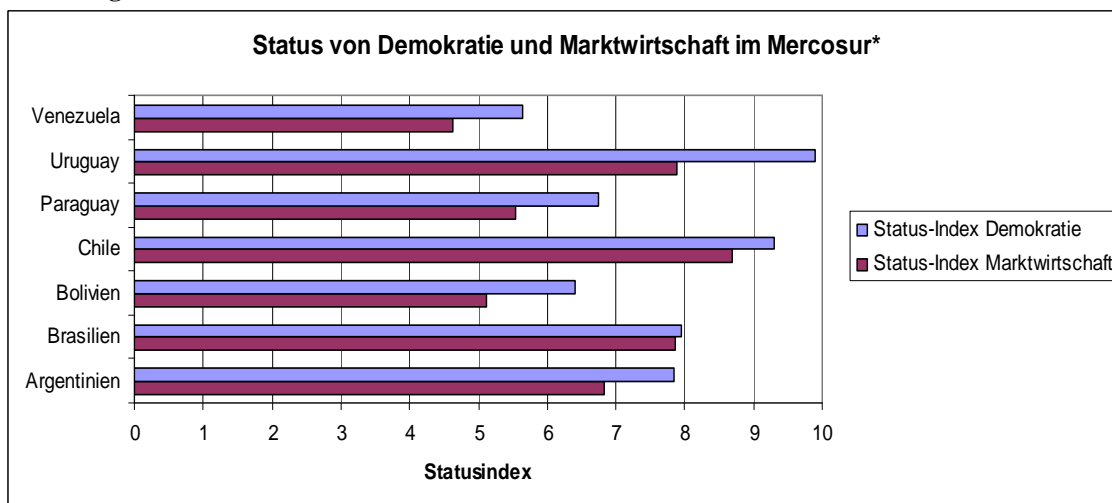
Insgesamt sind alle Staaten des MERCOSUR und auch seine assoziierten Mitglieder demokratisch verfasst, weisen dabei allerdings mehr oder weniger große Mängel auf. Die Bekennung zur Demokratie im MERCOSUR hat auch in den letzten zehn Jahren nicht zur endgültigen Konsolidierung von liberaldemokratischen Strukturen geführt. Abgesehen von Chile und Uruguay qualifiziert sich keines der Länder als liberale Demokratie. Auffällig ist, dass trotz der rigiden neoliberalen Reformen in 1990er Jahren in allen Staaten der Status der Konsolidierung hinter dem der Demokratie herhängt (Vgl. Abbildung 15). Dabei hat das weitgehende Scheitern der neoliberalen Reformen, die auf Druck des Westens beziehungsweise der USA und den internationalen Finanzorganisationen durchgeführt wurden, weitgehend zu einer Abkehr vom Liberalismus geführt. In vielen Staaten gibt es aufgrund bislang ungelöster sozialer Probleme einen „Ruf nach einer starken Führung“²⁷⁸. Tatsächlich zeigt sich auch eine Tendenz zu übermächtigen und populistischen Präsidenten, am deutlichsten zu sehen in Argentinien unter Néstor und später Christina Kirchner, in Bolivien unter Evo Morales und Venezuela unter Hugo Chávez. Ein weiteres Phänomen, vermutlich mit der selben Ursache, ist das gehäufte Auftreten von politisch links orientierten Regierungen allen voran Chávez mit seiner Vorstellung vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“²⁷⁹.

²⁷⁷ Originalzitat übersetzt durch die Autorin: „Los cuatro Estados Partes que conforman el MERCOSUR comparten una comunión de valores que encuentra expresión en sus sociedades democráticas, pluralistas, defensoras de las libertades fundamentales, de los derechos humanos, de la protección del medio ambiente y del desarrollo sustentable, así como su compromiso con la consolidación de la democracia, la seguridad jurídica, el combate a la pobreza y el desarrollo económico y social en equidad.” MERCOSUR – Portal Oficial: Quienes Somos. El MERCOSUR.

²⁷⁸ Thiery, Peter: Lateinamerika: Politische Transformation zur Demokratie, in Bundeszentrale für politische Bildung, 2007. Online in Internet: URL: <http://www.bpb.de/themen/98RPUA.html> [Stand: 20.03.2009]

²⁷⁹ Vgl. Werz, Nikolaus: Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Ein Zwischenbericht, in Ibero-Analysen, Heft 21, Berlin, 2007

Abbildung 15: Status Demokratie und Marktwirtschaft im MERCOSUR



**inklusive der beiden dem MERCOSUR assoziierten Staaten Chile und Bolivien*

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: Bertelsmann Transformation Index 2008. Rangliste

Insgesamt ist im MERCOSUR ein zunehmendes Bestreben zur Unabhängigkeit vom Westen zu erkennen, was sich durch die Stärkung des Bündnisses, der Gründung der Bank des Südens und der Stagnation im ALCA-Prozess manifestiert. Der Beitritt Venezuelas zum MERCOSUR wird diese Tendenz vermutlich weiter verstärken, da das Land besonders große Vorbehalte gegenüber westlicher Bevormundung hat. Es scheint, als würden die Hirschmanschen Effekte in der Region immer stärker ausgehebelt, was sich allerdings nicht auf den nur schwach ausgeprägten interregionalen Handel zurückführen lässt. Nach wie vor sind die EU und die USA wichtige Handelspartner. Der größte Anteil des extraregionalen Handels wird mit der restlichen lateinamerikanischen Region abgewickelt. Durch die Intensivierung der regionalen Integration, sei es durch die Ausweitung des MERCOSUR oder der Bildung der UNASUR oder ALDA, oder der Umsetzung der ALALC, könnte der intraregionale Handel zunehmend an Bedeutung gewinnen könnte. Derzeit ist es aber vor allem die gestärkte Verhandlungsmacht, resultierend aus einem gestärkten und vergrößerten MERCOSUR, durch welche eine zunehmende Unabhängigkeit vom Westen ermöglicht wird. Es zeigt sich, dass der MERCOSUR zusehend politische Bedeutung gewinnt. „Dies vollzieht sich unter der Ägide des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, dessen Land Anfang Juli als fünftes Vollmitglied des MERCOSUR aufgenommen wurde. Damit verändert sich die Orientierung des regionalen Bündnisses. Der MERCOSUR wird künftig offenbar mehr von den politischen Interessen und wirtschaftlichen Angeboten aus Caracas geprägt werden, als von der überlegten und auf Ausgleich bedachten brasilianischen Füh-

rung.²⁸⁰ Im Fall des MERCOSUR kann dabei derzeit noch nicht von einer tatsächlichen Ausheblung der Hirschmanschen Effekte gesprochen werden, durchaus aber von einer zunehmenden Tendenz in diese Richtung. Insofern scheinen sich auch die Möglichkeiten zur Beeinflussung der lateinamerikanischen Staaten und der „westliche“ Druck zur Etablierung von liberaldemokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen zu verringern.

7.3 Auswertung der Fallstudienanalyse

Welchen Einfluss hat nun regionale (wirtschaftliche) Integration auf die Konsolidierung bzw. Ausbreitung von liberaler Demokratie in den Transitionsregionen?

Als Ergebnis kann man zunächst festhalten, dass in beiden Fällen die Verwirklichung der wirtschaftlichen Integration hinter den ursprünglichen Zielen zurück geblieben ist. So ist der MERCOSUR nur eine unvollständige Freihandelszone und unzureichend umgesetzte Zollunion. Auch in der ASEAN wurde die Freihandelszone, die AFTA, nicht vollständig realisiert. Der intraregionale Handel ist in beiden Fällen nicht so groß, dass dieser den Handel mit dem Westen kompensieren und die Abhängigkeits- Einfluss oder Dominanzbeziehungen aushebeln könnte. Auf den MERCOSUR trifft dies sogar noch stärker, denn in der ASEAN hat intraregionale Handel immerhin den größten Anteil am Gesamthandel. Die Hirschmanschen Effekte müssten hier prinzipiell noch funktionieren, da sich die Struktur der Handelsbeziehungen nicht maßgeblich verändert hat.

Im Vergleich zeigt sich die ASEAN in Realität weniger beeinflussbar als der MERCOSUR, was vermutlich mit dem hohen wirtschaftlichen Erfolg in vielen der südostasiatischen Staaten und dem daraus erwachsenden Selbstbewusstsein in Verbindung gebracht werden kann. Während einige Staaten der Region, darunter vornehmlich Singapur und Malaysia, durch die Debatte über die „Asian Values“ einen Kontrapunkt suchen, orientieren sich andere am erfolgreichen Modell Chinas, darunter insbesondere Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam. Chinas erfolgreiche Politik der wirtschaftlichen Öffnung ohne eine gleichzeitige politische Liberalisierung, hat dabei Vorbildfunktion. In der ASEAN gibt es keine liberalen Demokratien, nur Indonesien und die Philippinen qualifizieren sich als elektorale Demokratien. Die Region Südostasien zeigt sich als besonders resistent gegenüber westlicher Beeinflussung oder der dritten Demo-

²⁸⁰ Vgl. Husar, Jörg/ Maihold, Günther: Neue Prioritäten im Mercosur. Der Beitritt Venezuelas und seine Folgen für das südamerikanische Staatenbündnis, SWP – Aktuell, Berlin, 2006, S. 1

ktratisierungswelle. In der ASEAN gibt es weiterhin, aufgrund einer fehlenden gemeinsamen Wertebasis, keinen Druck zur Etablierung von demokratischen Strukturen.

Im Gegensatz dazu sind die Staaten des MERCOSUR traditionell einer stärkeren Beeinflussung durch den Westen ausgesetzt, dabei vor allem durch die USA und die westlich dominierten Finanzinstitutionen. So wurden die, in ganz Lateinamerika einsetzenden, Demokratisierungsprozesse durch den Westen forciert und auf dessen Anreiz mit neoliberalen Reformen begleitet. Heute wird auch in Lateinamerika der Versuch unternommen den Einfluss des Westens zu minieren. Beispiele hierfür sind, die aktuelle Stärkung des MERCOSUR oder die Gründung der Bank des Südens. Dadurch soll einerseits eine größere Unabhängigkeit geschaffen und andererseits, die Verhandlungsmacht gegenüber dem Westen gestärkt werden. In den Staaten des MERCOSUR erscheint eine Rückkehr zum Autoritarismus zwar als unwahrscheinlich, aber seit Beginn dieses Jahrtausends wächst zunehmend das regionale Selbstbewusstsein und Bedürfnis einen eigenen Weg zu finden. Ausdruck findet dies in der gesamten Region in der Abkehr vom Neoliberalismus und in einer Welle von neuen links orientierten Regierungen. Der Beitritt Venezuelas wird diese Tendenz weiter verstärken. Im MERCOSUR haben sich die Mitgliedsstaaten zwar zur Demokratie verpflichtet, allerdings ist die konkrete Ausgestaltung des politischen Systems nicht weiter spezifiziert. Die Regeln sind nicht so streng wie beispielsweise in der EU, was der Beitritt Venezuelas verdeutlicht. Insofern gibt es im MERCOSUR keinen Druck zur Etablierung von liberaldemokratischen Strukturen, eine grundlegende Umsetzung von demokratischen Regeln genügt.

Insgesamt zeigt es sich dass der Westen, wenn überhaupt, nur marginalen Einfluss auf die Entwicklung und Ausbreitung von Demokratie in der ASEAN hat. Trotz der traditionell engen Beziehungen zwischen Lateinamerika und dem Westen zeigt sich in den letzten Jahren, auch im MERCOSUR eine zunehmende Tendenz zur Aushebelung der Hirschmanschen Effekte. Regionale Kooperation in Form von regionalen Organisationen fungiert als Mittel zur Stärkung der Unabhängigkeit und Verhandlungsposition. Ähnlich wie im Ansatz von Jon Pevehouse dargelegt, wirkt sich regionale Kooperation besonders dann positiv, auf Demokratisierungsprozesse aus, wenn aus der Organisation heraus Kräfte in Richtung Demokratie wirken, was in der ASEAN nicht und im MERCOSUR nur eingeschränkt der Fall ist. All diese Aspekte zusammengenommen, ist es in beiden Fällen nicht die veränderte Struktur der Handelsbeziehungen, die die Hirschmanschen Effekte aushebeln, sondern die gestärkte Verhandlungsposition und das gestärkte regionale Selbstbewusstsein. Die regionale Integration ist dafür gleicher-

maßen Auslöser wie Katalysator, da ein gemeinsames politisches und wirtschaftliches Handeln ermöglicht und vertieft wird.

Die entwickelte Arbeitshypothese scheint sich tatsächlich zu bewahrheiten. Denn wie so eben dargelegt, wird durch *regionale (Wirtschafts-) Integration die Abhängigkeit von den westlichen demokratischen Industrienationen verringert. Dadurch sinkt der externe und interne Druck durch den Westen, welcher den Transformations- und Konsolidierungsprozess in Richtung einer liberalen Demokratie vorantreiben würde.*

IV. Ausblick

Aus der Debatte zwischen Francis Fukuyama und Samuel P. Huntington über die Zukunft der liberalen Demokratie ergab sich für diese Arbeit die Fragestellung, ob die liberale Demokratie nur ein regionales Phänomen ist. Im Anschluss an die Suche in den einzelnen Regionen war klar: Derzeit ist die liberale Demokratie nur im Westen das dominierende Regierungssystem. Allerdings finden sich auch in jeder anderen Region, unabhängig vom jeweiligen Kulturkreis, Staaten mit einem liberaldemokratischen System. Die Ursachen dafür sind unterschiedlich. Zumeist scheint aber eine besondere historische oder kulturelle Verbindung zum Westen ein guter Erklärungsfaktor zu sein, wenn auch sicherlich nicht der einzige. Staaten wie Indonesien oder die Türkei haben gezeigt, dass die liberale Demokratie, anders als von Huntington vorausgesagt, durchaus auch mit dem islamischen Kulturkreis kompatibel sein kann. Es zeigt sich also, dass die liberale Demokratie weder ein ausschließlich kulturspezifisches, noch ein universelles Phänomen ist, so wie von Fukuyama postuliert. Allerdings ist sie sehr wohl tief in der westlichen Wertvorstellung und Geschichte verwurzelt, und deshalb erscheint die Tatsache, dass sie vor allem im Westen zu Hause ist, als durchaus plausibel.

Die zweite und zentrale Fragestellung der Arbeit lautete: Welchen Einfluss hat regionale Integration, hier vor allem bezogen auf Transitionsregionen, auf die Etablierung, Konsolidierung und/ oder Ausbreitung von Demokratie? Die Analyse erfolgte anhand von zwei Fallbeispielen, der ASEAN und dem MERCOSUR, und ergab, dass regionale Integration dabei helfen kann sich vom Westen zu emanzipieren. Durch die verstärkte regionale Kooperation steigt die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten vom Westen; einerseits aufgrund von sinkenden wirtschaftlichen Abhängigkeiten, andererseits aufgrund eines wachsenden regionalen Selbstbewusstseins und politischer Verhandlungsmacht. Regionale Integration kann vorhandene Strukturen der Einfluss- Abhängigkeits- und Dominanzbeziehungen zwischen dem Westen und den betrachteten Transitionsregionen verändern. Damit kann der Druck vom Westen zur Etablierung von liberaler Demokratie nach westlicher Vorstellung weitgehend umgangen werden. Somit steigt auch die Möglichkeit zur Entwicklung von regionalen Alternativen. Im Falle der ASEAN zeigt sich, beispielsweise, eine Tendenz zur wirtschaftlichen Liberalisierung ohne gleichzeitiger politischer Öffnung. Dieses Phänomen ist sowohl in den neuen Mitgliedsstaaten präsent (Laos, Myanmar, Kambodscha und Vietnam), die sich dabei eher am chinesischen Modell orientieren, als auch in alten Mitgliedsstaaten wie Singapur o-

der Malaysia, die sich dabei auf die „Asian Values“ berufen. Im MERCOSUR waren es die negativen Erfahrungen mit den durch den Westen propagierten neoliberalen Reformen. Deren Scheitern brachte letztlich eine Abkehr vom Neoliberalismus und, wenn auch mit unterschiedlichen Ausrichtungen, einen regionalen Trend zu politisch links orientierten Regierungen und einer übermächtigen Exekutive. Der Beitritt Venezuelas zu dem regionalen Bündnis wird vermutlich diese Tendenz weiter forcieren.

Im Ergebnis zeigt sich also in beiden Fallstudien, dass liberale Demokratie, zumindest derzeit, nicht etabliert oder weiter konsolidiert wird. Regionale Integration wirkt dabei in beiden Fällen nicht positiv auf die Entwicklung von liberaldemokratischen Strukturen. Es zeigt sich, dass wirtschaftliche Liberalisierung nicht zwangsläufig auch zu politischer Liberalisierung führt, wie in der ASEAN eindrucksvoll zu sehen ist. In beiden Fällen helfen das regionale Selbstbewusstsein und die Verhandlungsmacht dabei einen eigenen Weg, unabhängig vom Westen einzuschlagen.

Unter diesem Aspekt kann es durchaus sein, dass Alternativen zur liberalen Demokratie in einigen Regionen der Erde zu einem akzeptablen Modell werden könnten, oder es bereits sind. Regionale Integration dient in diesem Zusammenhang nicht nur zur Formierung von wirtschaftlichen Blöcken, sondern in zunehmendem Maße auch zur Bildung von politischen Einheiten, die um Macht und Einfluss in einer globalisierten Welt rivalisieren. Regionale Integration könnte ein Weg sein, die Multipolarität der Zeit nach dem Ost-West Konflikt, in feste Strukturen zu bringen. Die Rivalität zwischen einzelnen Blöcken könnte, ähnlich wie zu bipolaren Zeiten, möglicherweise auch zu einem Wettbewerb um das beste politische System beinhalten. Weiterhin scheint es plausibel, dass dominante und wirtschaftlich erfolgreiche Staaten eine regionale Vorbildfunktion einnehmen, beispielsweise China in der ASEAN, oder Venezuela im MERCOSUR. Blickt man über die beiden Fallstudien hinaus, so kann man ähnliche Tendenzen in anderen Regionen beobachten. Beispielsweise zeichnen sich die Staaten der GUS mehrheitlich durch eine übermächtige Exekutive aus, welche in augenscheinlich demokratischen Strukturen autokratisch regiert. Ob diese Staaten nun dem Modell Russlands folgen, oder ihr eigenes Modell nur durch die Ähnlichkeit mit dem russischen Modell legitimieren, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Diese wäre aber eine interessante Frage für zukünftige Untersuchungen in diesem Forschungsgebiet. Auffällig ist an dieser Stelle allerdings, dass auch hier regionale Tendenzen und Ähnlichkeiten vorhanden sind.

In der öffentlichen Diskussion stellt sich in im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftskrise zunehmend die Frage nach der Zukunft des westlichen kapitalistischen Systems und somit indirekt auch nach der Zukunft der liberalen Demokratie. Immer wieder wird dabei vom ‚Versagen des westlichen Kapitalismus‘ gesprochen. Denn die wahrgenommene Ursache der verheerenden Auswirkungen der Krise, ist in erster Linie die unzureichende Regulierung der Finanzmärkte und der Wirtschaft im Allgemeinen; ganz neoliberalen Prämissen folgend.

Das Verständnis von Kapitalismus und liberaler Demokratie wird sich im Westen dabei weniger stark verändern, als in anderen Regionen. Wobei auch im Westen weitgehend klar ist, dass über das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft neu nachgedacht werden muss. Dabei steht derzeit eine stärkere staatliche Regulierung der Wirtschaft, vor allem der Finanzmärkte und eine generelle Stärkung des Staates im Zentrum der öffentlichen Debatte. Eine Rückkehr zur Ordnungspolitik oder zum Ordoliberalismus wird gefordert. Im Prinzip also ein marktwirtschaftliches System mit festen Spielregeln innerhalb von Recht und Gesetz, denn „nicht die Marktwirtschaft als Organisationsmodell der Wirtschaft ist am Ende, sondern es hat sich bitter gerächt, dass (...) die Grundregeln dieser Ordnung nicht beachtet worden sind.“²⁸¹

Im Hinblick auf die ASEAN ist ein Aufflammen der Debatte über die „Asien Values“ nicht unwahrscheinlich. Beispielsweise schreibt Kishore Mahbubani, Dekan der *Lee Kuan Yew School of Public Policy* in Singapur, in ein einem Artikel der Onlineausgabe der *Financial Times*:

„Asians will naturally view with caution any western advice on economics particularly because most Asians believe that the crisis is only vindicated the Asian approach to capitalism.“²⁸²

Zwar lassen sich die positiven Effekte des Kapitalismus für Asien nicht abstreiten, so argumentiert er weiter, aber in der asiatischen Psyche ist der Wunsch nach einer geordneten Gesellschaft tief verwurzelt. So wusste man, dass eine Überwachung der Wirtschaft durch den Staat große Wichtigkeit besitzt. Die Asienkrise von 1997-98 und das Versagen der westlichen Politikmaßnahmen und des IWF lehrte sie, dass sie ihre eigenen Sicherheitsmechanismen bilden müssen um sich vor derartigen wirtschaftlichen Krisen zu schützen. Für die Zukunft sieht Mahbubani die asiatische Form des Kapitalismus als das bessere und dominante System:

²⁸¹ Beise, Marc: Die neue Welt-Unordnung, in: *Süddeutsche Zeitung*, Jahrgang 65, Nr. 21, 27.01.2009, S. 21

²⁸² Mahbubani, Kishore: Lessons for the west from Asian capitalism, in: *FT. Com Financial Times*, 18.03.2009. Online in Internet: URL: http://www.ft.com/cms/s/0/a9c335e4-13f8-11de-9e32-0000779fd2ac,dwp_uuid=ae1104cc-f82e-11dd-aae8-000077b07658.html [Stand: 25.03.2009]

„(...) it will be an Asian mix of capitalism, not a western formula, that will become the dominant form of global capitalism, where the „invisible hand“ of the free markets will be balanced by the „visible hand“ of good governance“

Auch in der lateinamerikanischen Region wird vor dem Hintergrund der Finanzkrise laut Kritik am westlichen System geäußert. Der argentinische Soziologe Atilio Borón äußert sich in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung zu diesem Thema folgendermaßen: „Hier waren die zerstörerischen Effekte des Neoliberalismus früher zu spüren, als in Europa oder den USA, deshalb suchen große Teile der Gesellschaft Alternativen. Jetzt setzen auch regionale Integrationsversuche der erdrückenden US-Politik Grenzen.“²⁸³

Da die Ursachen der derzeitigen Wirtschaftskrise vorwiegend im westlich liberalen kapitalistischen System gesucht werden, verliert dieses aus der Sicht nicht-westlicher Regionen zusehends an Legitimität. Die Proliferation von westlichen Werten wie Demokratie und Liberalismus begründete sich in den letzten Jahrzehnten weitgehend in ihrem Erfolg. So argumentierten, beispielsweise William Odom und Robert Dujarric noch im Jahr 2004, dass sich aufgrund des Erfolgs der liberalen Werte unbeabsichtigt ein „liberales Imperium“ unter der Führung der USA weiter ausbreitet.²⁸⁴ Dies erscheint im Hinblick auf die aktuelle Krise allerdings eher unwahrscheinlich. Mit dem derzeit wahrgenommenen Scheitern dieser Werte kann es sein, dass der Westen einerseits zusehends seine Glaubwürdigkeit verliert und ihm andererseits dadurch die Berechtigung diese zu verbreiten entzogen wird. Insgesamt scheint es so, als ob die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das System des westlichen Kapitalismus, die oben beschriebenen Hirschmannschen Effekte zusätzlich aushebeln. Damit wird der Einfluss des Westens weiter zurückgedrängt. Dies und die Entstehung von regionalen Alternativen sind keine guten Voraussetzungen für die weitere Ausbreitung von liberaler Demokratie auf der Welt.

²⁸³ Burghardt, Peter: „Marx war kein Prophet“, in: Süddeutsche Zeitung, Jahrgang 65, Nr. 21, 27.01.2009, S. 24

²⁸⁴ Vgl. Odom, William E./ Dujarric, Robert: America's Inadvertent Empire, New Haven and London, 2004, S. 1-9 u. 36ff

Literaturverzeichnis

Primärliteratur:

ASEAN – Official Website: About ASEAN. ASEAN Structure. Online in Internet:
URL: <http://www.aseansec.org/13103.htm> [Stand: 04.03.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Agreement On The Common Effective Preferential Tariff (CEPT) Scheme For The ASEAN Free Trade Area (1992). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1164.htm> [Stand: 03.02.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. ASEAN Vision 2020 (1997). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1814.htm> [Stand: 04.03.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Bangkok Declaration (1967). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1212.htm> [Stand: 21.02.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Charta of the Association of Southeast Asian Nation (2007). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/145.htm> [Stand: 09.03.2003]. HINWEIS: Internetlink zur ASEAN Charta funktioniert derzeit nicht.

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Declaration of ASEAN Concord (1976). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1216.htm> [Stand: 20.03.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Declaration of ASEAN Concord II (Bali Concord) (2003). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/15159.htm> [Stand: 09.03.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Ha Noi Plan of Action (1998): Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/687.htm> [Stand: 04.03.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia (1976). Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1217.htm>

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Basic Documents. Zone of Peace, Freedom and Neutrality Declaration, 1971. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/1215.htm> [Stand: 22.02.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. History. The Founding of ASEAN. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/7069.htm> [Stand: 21.02.2009]

ASEAN – Official Website: About ASEAN. Overview. Online in Internet:
URL: <http://www.aseansec.org/64.htm> [Stand: 21.02.2009]

ASEAN – Official Website: Map of ASEAN.
Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/69.htm> [Stand: 21.02.2009]

ASEAN – Official Website: Politics and Security. Overview. Online in Internet:
URL: <http://www.aseansec.org/92.htm> [Stand: 22.02.2009];

ASEAN – Official Website: Politics and Security. Political Statements. Human Rights. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/17661.htm> [Stand: 06.02.2009]

ASEAN – Official Website: The Association of Southeast Asian Nations. Online in Internet.
URL: <http://www.aseansec.org/11516.htm> [Stand: 03.03.2009]

ASEAN – Statistical Pocketbook 2009. Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/19188.htm> [Stand: 03.02.2009]

ASEAN - Official Website: Trade.
Online in Internet: URL: <http://www.aseansec.org/12021.htm> [Stand: 02.03.2009];

Auswärtiges Amt – Offizielle Website: Länder, Reisen, Sicherheit. Online in Internet: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/LaenderReiseinformationen.jsp> [Stand: 27.02.2009]

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Argentina Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Bolivia Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Brazil Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Cambodia Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Chile Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Indonesia Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Laos Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Malaysia Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Myanmar Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Paraguay Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Philippines Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Uruguay Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Singapore Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Venezuela Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Vietnam Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Stiftung, BTI 2008 – Thailand Country Report. Gütersloh, 2007

Bertelsmann Transformation Index 2008: Bewertungskriterien und Methode, 2007.
Online in Internet: URL: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/4_Bewertungskriterien_und_Methode.pdf [Stand: 11.02.2009]

Bertelsmann Transformation Index 2008: Kurzgutachten. Indonesien. Online in Internet: URL: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Kurzgutachten_BTI_2008/ASO/BTI_2008_Indonesien.pdf [Stand: 14.02.2009]

Bertelsmann Transformation Index 2008: Management-Index. Online in Internet: URL: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/33.0.html> [Stand: 11.02.2009]

Bertelsmann Transformation Index 2008 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung, 2007. Online in Internet: URL: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Broschuere_DE.pdf [Stand: 25.01.2009]

Bertelsmann Transformation Index 2008: Status-Index. Online in Internet: URL: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/37.0.html> [Stand: 11.02.2009]

Bertelsmann Transformation Index 2008: Rangliste. Online im Internet: URL: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Rangliste_DE.pdf [Stand: 19.01.2009]

Charta der Vereinten Nationen: Präambel. Online in Internet: URL: http://www.unric.org/index.php?option=com_content&task=view&id=108&Itemid=196&lang=de [Stand: 06.02.2009]

CIA - The World Factbook. Online in Internet: URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2003.html> [Stand: 26.01.2009]

Corporación Latinobarómetro: Informe 2008, Santiago de Chile, 2008. Online in Internet: URL: http://www.latinobarometro.org/docs/INFORME_LATINOBAROMETRO_2008.pdf [Stand: 10.03.2009]

European Commission: Standard Eurobarometer 65. Public Opinion in the European Union. First Results, Spring 2006. Online in Internet: URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_first_en.pdf [Stand: 10.03.2009]

Europa Glossar: Beitrittskriterien (Kopenhagener Kriterien). Online in Internet: URL: http://europa.eu/scadplus/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm [Stand: 20.01.2009]

Freedom House: *Freedom in the World*: Comparative and Historical Data. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439> [Stand: 28.02.2009]

Freedom House: *Freedom in the World*: Country Ratings. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/uploads/fow08/CountryStatusAndRatingsOverview1973-2008.pdf> [Stand: 11.01.2008]

Freedom House: *Freedom in the World 2008*: Country Reports. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=21&year=2008> [Stand: 27.02.2009]

Freedom House: *Freedom in the World 2008*: Country Report. Brunei. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7360&year=2008> [Stand: 04.03.2009]

Freedom House: *Freedom in the World 2008*: Electoral Democracies. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=411&year=2008> [Stand: 07.01.2009]

Freedom House: *Freedom in the World 2008*: Methodology. Online in Internet: URL: http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=341&year=2008 [Stand: 09.01.2009]

Freedom House: *Freedom in the World 2008*: Tables and Charts. Table of Independent Countries. Online in Internet: URL: <http://www.freedomhouse.org/uploads/Chart114File166.pdf> [Stand: 26.01.2009]

Freedom House: *Freedom in the World 2009*: Tables and Graphs. Online in Internet: URL: http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09_Tables&GraphsForWeb.pdf [Stand: 10.02.2009]

Free Trade Area of the Americas (FTAA) – Official Website: About the FTAA. Online in Internet: URL: http://www.ftaa-alca.org/View_e.asp [Stand: 20.03.2009]

Human Development Report 2007 Data. Online in Internet: URL: http://hdrstats.undp.org/buildtables/rc_report.cfm [Stand: 15.03.2009]

Index of Economic Freedom 2009: Ranking the Countries. Online in Internet: URL: <http://www.heritage.org/Index/Ranking.aspx> [Stand: 22.02.2009]

International Monetary Fund: About the IMF. Country Representation. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/about/govrep.htm> [Stand: 04.02.2009]

International Monetary Fund: Factsheet – May 2008. IMF Conditionality. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/conditio.htm> [Stand: 17.03.2009]

International Monetary Fund: Factsheet – September 2008. The IMF and the World Bank. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/imfwb.htm> [Stand: 04.02.2009]

International Monetary Fund: IMF Members' Quotas and Voting Power, and IMF Board of Governors, 2008. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.htm#total> [Stand: 06.02.2009]

International Monetary Fund: The IMF's Approach to Promoting Good Governance and Combating Corruption – A Guide, 2005. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/np/gov/guide/eng/index.htm> [Stand: 07.02.2009]

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, Artikel 6 vom 24.12.2002. Online in Internet: URL: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002M/pdf/12002M_DE.pdf [Stand: 20.01.2009];

MERCOSUR – Portal Oficial: Quienens Somos. El MERCOSUR. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 13.03.2009]

MEROSUR – Portal Oficial: Quienes Somos. Estructura Institucional. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 14.03.2009]

MERCOSUR – Portal Oficial: Documentos MERCOSUR. Protocolo de Ouro Preto. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 15.03.2009]

MERCOSUR – Portal Oficial: Documentos MERCOSUR. Protocolo de Ushuaia. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 14.03.2009]

MERCOSUR – Portal Oficial: Documentos MERCOSUR. Tratado de Asunción. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 11.03.2009]

MERCOSUR – Portal Oficial: Declaración Presidencial sobre Compromiso Democrático. Online in Internet: URL: <http://www.mercosur.int/msweb/portal%20intermediario/es/index.htm> [Stand: 11.03.2009]

Millennium Challenge Corporation: About MCC.
Online in Internet: URL: <http://www.mcc.gov/about/index.php> [Stand: 16.02.2009]

Naciones Unidas – CEPAL: Division de Comercio Internacional e Integracion. Cuadros Estadísticos. Online in Internet: URL: http://www.cepal.org/Comercio/paninsal/Anexo2006_2007/espanol/cuadroestadisticos.htm [Stand: 13.03.2009]

Naciones Unidas – CEPAL: Sistema Interactivo Gráfico de Datos de Comercio Internacional (SIGI). Online in Internet: URL: <http://www.eclac.cl/cgi-bin/getProd.asp?xml=/comercio/noticias/paginas/0/27090/P27090.xml> [Stand: 15.03.2009]

Universal Declaration of Human Rights: Artikel 21, Absatz 3. Online in Internet: URL: <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/eng.pdf> [Stand: 07.02.2009]

United Nations ESCAP: Asia – Pacific Trade and Investment Agreement Database. Online in Internet: URL: http://www.unescap.org/tid/aptiad/index_trds_fm.aspx [Stand: 03.02.2009]

Sekundärliteratur:

Abdelal, Rawi/ Kirshner, Jonathan: Strategy, Economic Relations and the Definition of National Interests, in: Security Studies 9/1 (1999), S. 119-159

Acharya, Amitav: Democratisation and the prospects for participatory regionalism in Southeast Asia, in: Third World Quarterly, 24/2 (2003), S. 375-390

Alimonda, Héctor/ Villalobos, Ruy de: La Crisis Argentina y el MERCOSUR, in: Amayo Zevallos, Enrique et al. (Hrsg.): MERCOSUR en la integración latinoamericana y caribeña. Contextos, dimensiones y procesos, Guadalajara, 2006, S. 119-162

Balassa, Béla A.: The Theory of Economic Integration, London, 1961

Bhagwati, Jagdish/ Pangariya, Arvind: Preferential Trading Areas and Multilateralism – Strangers, Friends, or Foes?, in: Bhagwati, Jagdish et al. (Hrsg.): Trading Blocs: alternative approaches to analyzing preferential trade, MIT, 1999, S. 33-100

Becker, Maren/ John, Stefanie/ Schirm, Stefan: Globalisierung und Global Governance, Paderborn, 2007

Beise, Marc: Die neue Welt-Unordnung, in: Süddeutsche Zeitung, Jahrgang 65, Nr. 21, 27.01.2009, S. 21

Bendel, Petra/ Croissant, Aurel/ Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Diktatur und Demokratie. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen, 2002

Boeckh, Andreas: Lateinamerika am Scheideweg: Neue Formen der Demokratie oder Rückkehr zum Autoritarismus? Einleitung, in: Lateinamerika Analysen 20/2 (2008), S. 49-54

Burghardt, Peter: „Marx war kein Prophet“, in: Süddeutsche Zeitung, Jahrgang 65, Nr. 21, 27.01.2009, S. 24

- Burghardt, Peter:** „Ein klarer Sieg der Revolution“, in: Süddeutsche Zeitung , Jahrgang 65, Nr. 39, 17.02.2009, S. 8
- Carothers, Thomas:** The End of The Transition Paradigm.”, in: Journal of Democracy 13/1 (2002), S. 5-21
- Castañda, Jorge G.:** Latin America’s Left Turn, in: Foreign Affairs 85/3 (2006), S. 28-43
- Conzelmann, Thomas:** Neofunktionalismus, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 2003
- Croissant, Aurel:** Einleitung: Demokratische Grauzonen – Konturen und Konzepte eines Forschungszweigs, in: Bendel, Petra/Croissant, Aurel/ Rüb Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen, 2002
- Dahl, Robert A.:** Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven and London, 1971
- Diamond, Larry:** Developing Democracy: Toward Consolidation, Baltimore, 1999
- Diamond, Larry:** The Democratic Rollback, in Foreign Affairs 87/2 (2008), S.36-48
- Diamond, Larry:** The Spirit of Democracy. The Struggle to Build Free Societies throughout the World, New York, 2008
- Dieter, Heribert/ Grabendorff, Wolf/ Scherpenberg/ Jens van:** Argentinien: Wege aus dem Staatsbankrott, SWP- Berlin, 2002
- Dilger, Gerhard:** Linksruck oder rosarote Welle? Lateinamerika jenseits des neoliberalen Konsens, Bundeszentrale für politische Bildung, 2008. Online in Internet: URL: http://www.bpb.de/themen/XNO2S4,0,0,Linksruck_oder_rosarote_Welle.html [Stand: 20.03.2009]
- Estanislao, Jesus P./ Simon S.C. Tay:** The Relevance of ASEAN. Crisis and Change, in: Estanislao, Jesus P. et al. (Hrsg.): Reinventing ASEAN, Singapur, 2001, S. 3-24
- Focus Money Online:** Bank des Südens. Südamerika gegen den IWF. (Vom 10.12.2007) Online in Internet: URL: http://www.focus.de/finanzen/banken/bank-des-suedens_aid_228839.html [Stand: 20.03.2009]
- Fukuyama, Francis:** Das Ende der Geschichte, München, 1992. (Titel der Originalausgabe: The End of History. Originalverlag: The Free Press, New York)
- Fukuyama, Francis:** After the ‘end of history’, 2006. Online in Internet: URL: http://www.opendemocracy.net/democracy-fukuyama/revisited_3496.jsp [Stand: 06.01.2008]
- Fürst, Dietrich:** Region/Regionalismus, in: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf: Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2 N-Z, München, 2002, S. 847ff
- Gilpin, Robert:** Global Political Economy. Understanding the International Economic Order, New Jersey, 2001
- Global Trade Negotiations Home Page:** Washington Consensus, 2003. Online in Internet: URL: <http://www.cid.harvard.edu/cidtrade/issues/washington.html> [Stand: 06.02.2009]
- Gourevitch, Peter:** The second image reversed: the international sources of domestic politics, in: International Organization 32/4 (1978), S. 881-912

- Gratius, Susanne:** Neue Impulse für den MERCOSUR: Der Faktor „Lula“, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 04-03, Hamburg, 2003,
- Grieco, Joseph M./ Ikenberry, John G.:** State Power and World Politics. The International Political Economy, New York and London, 2003
- Haas, Ernst B.:** Beyond the Nation-State. Functionalism and International Organization, Stanford, 1964
- Hasenclever, Andreas:** Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“, in Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 2003; S. 199-225
- Hernández, Jorge/ Preciado, Jaime:** La Reforma del Estado en el Contexto del ALCA y MERCOSUR, in: Amayo Zavallos, Enrique et al. (Hrsg.): MERCOSUR en la integración latinoamericana y caribeña. Contextos, dimensiones y procesos, Guadalajara, 2006, S. 19-64
- Hirschman, Albert O.:** National Power and the Structure of Foreign Trade, Expanded Edition, Berkeley, Los Angeles and London, 1980 [1945]
- Holler, Lasse:** Südamerikanische Integration in der Globalisierung, in: Chiappini, Ligia/ Hauck, Jan David (Hrsg.): Mercosul/ Mercsur. Dynamik der Grenzen und kulturelle Integration, Mettingen, 2007, S. 18-38
- Huntington, Samuel P.:** Democracy's Third Wave, in: Journal of Democracy 2/2 (1991), S. 12-34
- Huntington, Samuel P.:** Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, 2002
- Huntington, Samuel P.:** The Third Wave. Democratization in the late 20th century, Norman and London, 1991
- Huntington, Samuel P.:** The Clash of civilizations?, in: Foreign Affairs, 72/3 (1993); S. 22-49
- Husar, Jörg/ Maihold, Günther:** Neue Prioritäten im Mercosur. Der Beitritt Venezuelas und seine Folgen für das südamerikanische Staatenbündnis, SWP – Aktuell, Berlin, 2006
- Husar, Jörg:** Neue Formen der Integration in Lateinamerika: Vom offenen Regionalismus zur Binnenorientierung?, in: Lateinamerika Analysen 17/2 (2007), S. 83-99
- Karnofsky, Eva:** Der Wechsel von der Militärherrschaft zur Präsidentialdemokratie, in: Rill, Bernhard (Hrsg.): Brasilien. Großmacht in Lateinamerika, Hans-Seidel-Stiftung e.V., München, 2007, S. 13-20
- Keohane, Robert O.:** Neoliberal Institutionalism: A Perspective on World Politics, in International Relations Theory, Boulder, CO: Westview, 1989, S. 1-20
- Keohane, Robert O./ Nye, Joseph S.:** Power and Interdependence. Third Edition, New York [u.a.], 2001
- Köllner, Patrick:** Autoritäre Regime in Asien: Allgemeine Trends und jüngere Entwicklungen, in: GIGA Focus. Asien Nr. 12 (2008)
- Krugman, Paul R.:** Increasing Returns, Monopolistic Competitions, and International Trade, in: Journal of International Economics 9/4 (1979), S. 469-479

- Krugman, R. Paul/ Obstfeld, Maurice:** Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft, München, 2006
- Lane, Timothy** et al.: IMF Supported Programs in Indonesia, Korea, and Thailand. A Preliminary Assessment, 1999, Washington DC: International Monetary Fund
- Langguth, Gerd:** Asian values revisited, in: Asia Europe Journal 1 (2003), S. 25-42
- Lijphart, Arend:** Comparative Politics and the Comparative Method, in: The American Political Science Review 65/3 (1971), S. 682-693
- Lim, Paul:** The Politics of Asian Values, in: Bhattacharyya, Harihar et al. (Hrsg.): Rule of Law an Organisation of the State in Asia. The Multicultural Challenge, München, 2000, S. 61-89
- Linz, Juan J./ Stepan, Alferd:** Toward Consolidated Democracies, in: Journal of Democracy 7/2 (1996), S. 14-33
- Lipset, Seymour M.:** Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: American Political Science Review 53/1 (1959), S. 69-105
- Mahbubani, Kishore:** Lessons for the west from Asian capitalism, in: FT. Com Financial Times, 18.03.2009. Online in Internet: URL: http://www.ft.com/cms/s/0/a9c335e4-13f8-11de-9e32-0000779fd2ac,dwp_uuid=ae1104cc-f82e-11dd-aae8-000077b07658.html [Stand: 25.03.2009]
- Mansfield, Edward D. et al.:** Preferential Trading Arrangements and Military Disputes, in: Security Studies 9/1 (1999) S. 91-118
- Mansfield, Edward D./ Milner, Helen V.:** The New Wave of Regionalism, in: International Organization 53/3 (1999), S. 589-627
- Mansfield, Edward D./ Pevehouse, Jon C.:** Democratization and the Varieties of International Organizations, in: Journal of Conflict Resolution 52/2 (2008), S. 269-294
- Mähler, Annegret:** Wie autoritär ist Lateinamerika?, in: GIGA Focus. Lateinamerika Nr. 8 (2008)
- Merkel, Wolfgang:** Demokratie in Asien. Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie, Bonn, 2003
- Merkel, Wolfgang:** Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen, 1999
- Milner, Helen:** Interests, Institutions, and Information: Domestic Politics and International Relations, Princeton, 1997
- Moore, Barrington:** Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt am Main, 1969
- Morgenthau, Hans J.:** Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh, 1963 [1948]
- Moravcsik, Andrew:** Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51/4 (1997), S. 513-553
- Naim, Moises** (Hrsg.): Fads and Fashion in Economic Reforms: Washington Consensus or Washington Confusion?, in: Foreign Policy Magazine, 1999. Online in Internet: URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/1999/reforms/Naim.HTM> [Stand: 20.01.2009]

- Nem Singh, Jewellord T.:** Process of Institutionalisation and Democratisation in ASEAN: Features, Challenges and Prospects of Regionalism in Southeast Asia, in: UNISCI Discussion Papers 16 (2008), S. 141-168
- Nye, Joseph S.:** Soft Power, in Foreign Policy 80 (1990), S. 153-171
- Odom, William E./ Dujarric, Robert:** America's Inadvertent Empire, New Haven and London, 2004
- Oliveira, Marcos Guedes de:** Limitations on Democratic Transitions in Latin America and the Fate of Mercosur, in: Domínguez, Francisco/ Oliveira, Marcos Guedes de (Hrsg.): Mercosur: Between Integration and Democracy, Oxford [u.a.], 2004. S. 17-28
- Pangariya, Arvind:** Regionalism in Trade Policy. Essays on Preferential Trade, Maryland, 1999
- Peña, Félix:** Los Grandes Objetivos del MERCOSUR, in: Barbosa, Rubens A.: MERCOSUL quinze anos, 2007, Sao Paulo, S. 13-43
- Pevehouse, Jon C.:** With a Little Help from my Friends? Regional Organizations and the Consolidation of Democracy, in: American Journal of Political Science, 46/3 (2002), S. 611-626
- Pevehouse, Jon C.:** Democracy from the Outside-In? International Relations and Democratization, in: International Organization, 56/3, 2002, S. 515-549
- Puddington, Arch:** Freedom in the World 2009: Setbacks and Resilience, Freedom House, 2008. Online in Internet: URL: http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09_OverviewEssay_Final.pdf [Stand: 19.02.2009]
- Putnam, Robert D.:** Diplomacy and domestic politics: the logic of two-level games, in: International Organization 42/3 (1988), S.427-460
- Putnam, Robert D.:** Making Democracy Work. Civic Traditions in modern Italy, Princeton, 1993
- Przeworski, Adam/Limongi, Fernando:** Modernization. Theories and Facts, in: World Politics 49 (1997), S. 155-183
- Rodrik, Dani:** Goodbye Washington Consensus, Hello Washington Confusion?, Harvard University, 2006. Online in Internet: URL: http://ksghome.harvard.edu/~drodrik/Lessons%20of%20the%201990s%20review%20_JEL.pdf [Stand: 07.02.2009];
- Rueschemeyer, Dietrich/ Stephens, Evelyn/ Stephens John:** Capitalist Development and Democracy, Cambridge, 1992
- Sangmeister, Hartmut:** Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz, in: Ibero – Analysen, Ibero – Amerikanisches Institut, Heft 9, Berlin, 2001
- Sangmeister, Hartmut:** Amerika den Amerikanern: Das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA/FTAA) wird in Lateinamerika unterschiedlich beurteilt, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 03-03, Hamburg, 2003
- Sangmeister, Hartmut:** Der ALCA – Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar, in: Ibero – Analysen, Ibero – Amerikanisches Institut, Heft 14, Berlin, 2003

- Schieder, Siegfried:** Neuer Liberalismus, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 2003, S. 169-198
- Schirm, Stefan:** Globale Märkte, nationale Politik und regionale Kooperation – in Europa und den Amerikas -, Baden-Baden, 1999
- Schirm, Stefan:** Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung, Baden-Baden, 2004
- Severino, Rodolfo C.:** ASEAN Beyond Forty: Towards Political and Economic Integration, in: Contemporary Southeast Asia 29/3 (2007), S. 406-423
- Severino, Rodolfo C.:** Southeast Asia in Search of an ASEAN Community. Insights from the former ASEAN Secretary-General, Singapur, 2006
- Schubert, Gunter/ Tetzlaff, Rainer (Hrsg.):** Blockierte Demokratien in der Dritten Welt, Opladen, 1998;
- Schubert, Gunter/ Tetzlaff, Rainer/ Vennewald, Werdner (Hrsg.):** Demokratisierung und politischer Wandel: Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen, Hamburg, 1994
- Schumpeter, Joseph A.:** Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern, 1950
- Sica, Dante:** MERCOSUR: Evolución y Perspectivas, in: Barbosa, Rubens A.: MERCOSUL quinze anos, 2007, Sao Paulo; S. 45-100
- Spindler, Manuela:** Regionalismus im Wandel. Die neue Logik der Region in einer globalen Ökonomie, Wiesbaden, 2005
- Stiglitz Joseph E.:** *Working Paper Series.* The Post Washington Consensus Consensus, Columbia University. Online in Internet: URL: http://www0.gsb.columbia.edu/ipd/pub/barcelonaINTROjes11_8.pdf [Stand: 07.02.2009]
- Solingen, Etel:** Democracy, Economic Reform and Regional Cooperation, in: Journal of Theoretical Politics 8/1 (1996), S. 79-144
- Thiery, Peter:** Intakte und defekte Demokratien – Wohin bewegt sich Lateinamerika?, in: Lateinamerikanalysen 20/2 (2008), S. 55- 75
- Thiery, Peter:** Lateinamerika: Politische Transformation zur Demokratie, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 2007.
Online in Internet: URL: <http://www.bpb.de/themen/98RPUA.html> [Stand: 20.03.2009]
- The Economist:** Asian Values Revisited. What would Confucius say now?, in: The Economist 348/8078 (25.07.1998), S. 23-28
- Than, Mya:** Myanmar in ASEAN. Regional Cooperation Experience, Singapur, 2005
- Ufen, Andreas:** Die ASEAN. Vom Antikommunismus zu umfassender Kooperation in Südostasien, in: Südostasien Aktuell, Januar 2004, S. 72-84
- Van Evera, Stephen:** Guide to Methods for Students of Political Science, Ithaca and London, 1997
- Vanhanen, Tatu:** The Process of Democratization: A Comparative Study of 147 States, 1980-1988, New York [u.a.], 1990

- Venezuela Aktuell:** Bank des Südens kommt langsam voran. (Vom 1.10.2008)
Online in Internet: URL:
http://www.venezuela-aktuell.de/index.php?option=com_content&task=view&id=699&Itemid=29 [Stand: 20.03.2009]
- Wah, Chin Kin:** Introduction: ASEAN: Facing the Fifth Decade, in: Contemporary Southeast Asia, 29/3 (2007), S. 394
- Waltz, Kenneth N.:** Theory of International Politics, New York, 1979
- Werz, Nikolaus:** Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Ein Zwischenbericht, in: Ibero-Analysen, Heft 21, Berlin, 2007
- Zakaria, Fareed:** Culture is density – A Conversation with Lee Kuan Yew, in: Foreign Affairs 73/2 (1994), S.109-126
- Zakaria, Fareed:** The Rise of illiberal Democracy, in: Foreign Affairs 76/6 (1997), S. 22-42
- Zakaria, Fareed:** Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch?, Frankfurt am Main, 2005
- Zilla, Claudia:** Brasilien und der MERCOSUR unter der Regierung Lulas, in: Rill, Bernhard (Hrsg.): Brasilien. Großmacht in Lateinamerika, Hans-Seidel-Stiftung e.V., München, 2007,

Anhang

Anhang I: Kriterienkatalog und Einzelfragen des Bertelsmann Transformation Index²⁸⁵

Status Index

Der Status der politischen Transformation wird aus dem Mittelwert der folgenden Kriterien errechnet: Staatlichkeit, politische Partizipation, Stabilität der demokratischen Institutionen und politische und gesellschaftliche Integration. Der Status der wirtschaftlichen Transformation bezieht sich auf folgende Kriterien: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau, Markt- und Wettbewerbsordnung, Währungs- und Preisstabilität, Privateigentum, Sozialordnung, Leistungsstärke der Volkswirtschaft und Nachhaltigkeit. Insgesamt errechnet sich der Status-Index als Mittelwert der beiden genannten Dimensionen, welche sich wiederum aus den Bewertungen der einzelnen Kriterien errechnen.

Politische Transformation

Die Dimension der politischen Transformation umfasst 5 Kriterien zum Entwicklungsstand und 18 Einzelfragen.

Entwicklungsstand der Demokratie: Kriterien und Fragen:

1. *Staatlichkeit*: Es besteht Klarheit über die nationale Staatlichkeit mit hinreichend etablierten und differenzierten Machtstrukturen.

1.1 Inwieweit ist das staatliche Gewaltmonopol auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnt?

1.2 Inwieweit sind sich relevante gesellschaftliche Gruppen über die Zugehörigkeit zum Staatsvolk einig und akzeptieren den Nationalstaat als legitim?

1.3 Inwieweit sind die Legitimität staatlicher Herrschaft und die staatliche Rechtsordnung und ohne Beeinflussung durch religiöse Dogmen definiert?

1.4 Inwieweit bestehen grundlegende Verwaltungsstrukturen?

²⁸⁵ Die Kriterien und Einzelfragen wurden von der Homepage des BTI im selben Wortlaut übernommen.
Quelle: Bertelsmann Transformation Index 2008 – Bewertungskriterien und Methode, 2007, S. 80f
Online in Internet: URL: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/4_Bewertungskriterien_und_Methode.pdf [Stand: 11.02.2009]

2. *Politische Partizipation*: Die Bevölkerung bestimmt die Herrschaftsträger und verfügt über weitere politische Freiheiten.

2.1 Inwieweit werden die Herrschaftsträger durch allgemeine, freie und faire Wahlen bestimmt?

2.2 Inwieweit besitzen demokratisch gewählte Herrschaftsträger die effektive Regierungsgewalt? Existieren Vetomächte und politische Enklaven?

2.3 Inwieweit können sich unabhängige politische und/oder zivilgesellschaftliche Gruppen frei bilden und versammeln?

2.4 Inwieweit können Bürger, Organisationen und Medien ihre Meinung frei äußern?

3. *Rechtstaatlichkeit*: Die staatlichen Gewalten kontrollieren sich wechselseitig und gewährleisten die bürgerlichen Freiheitsrechte.

3.1 Inwieweit funktioniert die Teilung und wechselseitige Kontrolle der staatlichen Gewalten?

3.2 Inwieweit existiert eine unabhängige Justiz?

3.3 Inwieweit wird Amtsmissbrauch von Mandatsträgern rechtlich oder politisch geahndet?

3.4 Inwieweit sind bürgerliche Freiheitsrechte gewahrt und geschützt und inwieweit können sie von Bürger eingeklagt werden?

4. *Stabilität demokratischer Strukturen*: Die demokratischen Institutionen sind leistungsfähig und hinreichend akzeptiert.

4.1 Sind die demokratischen Institutionen, inklusive Verwaltungs- und Justizsystem, leistungsfähig?

4.2 Inwieweit werden die demokratischen Institutionen von den relevanten Akteuren akzeptiert und gestützt?

5. *Politische und gesellschaftliche Integration*: Es existieren stabile Repräsentationsmuster zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat sowie eine gefestigte Bürgerkultur.

5.1 Inwieweit existiert ein stabiles, moderates, gesellschaftlich verankertes Parteiensystem zur Artikulierung und Aggregation gesellschaftlicher Interessen?

5.2 Inwieweit existiert ein Netz kooperationsfähiger Verbände oder Interessensgruppen zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und politischem System?

5.3 Wie groß ist die Zustimmung der Bürger zu demokratischen Normen und Verfahren?

5.4 In welchem Maße sind die gesellschaftliche Selbstorganisation und der Aufbau von Sozialkapital vorangeschritten?

Wirtschaftliche Transformation

Die Dimension der wirtschaftlichen Transformation umfasst 7 Kriterien zum Entwicklungsstand und 14 Einzelfragen.

Entwicklungsstand der Marktwirtschaft: Kriterien und Fragen

6. *Sozioökonomisches Entwicklungsniveau*: Der Entwicklungsstand eines Landes ermöglicht im Prinzip allen Bürgern hinreichende Entscheidungsfreiheit.

6.1 Inwieweit erleben bedeutende Teile der Bevölkerung soziale Ausgrenzung aufgrund von Armut und Ungleichheit (Einkommen, Bildungsniveau, Ethnizität, Gender oder Religion)?

7. *Markt- und Wettbewerbsordnung*: Es existieren eindeutige Regeln für einen stabilen marktwirtschaftlichen Wettbewerb.

7.1 In welchem Maße sind die Grundlagen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs ausgebildet?

7.2 Inwieweit bestehen Vorkehrungen gegen die Entwicklung von ökonomischen Monopolen oder Kartellen?

7.3 In welchem Maße ist der Außenhandel liberalisiert?

7.4 Inwieweit ist ein solides Bankensystem und ein Kapitalmarkt etabliert?

8. *Währungs- und Preisstabilität*: Es existieren institutionelle oder politische Vorkehrungen für eine nachhaltige Inflationskontrolle sowie für angemessene Geld- und Finanzpolitik.

8.1 Inwieweit betreibt der Staat eine konsistente Inflationspolitik sowie eine angemessene Wechselkurspolitik? Existiert eine unabhängige Zentralbank?

8.2 Inwieweit stützt die Finanz- und Schuldenpolitik der Regierung die makroökonomische Stabilität?

9. *Privateigentum*: Es existieren hinreichende Rahmenbedingungen für einen funktionsfähigen Privatsektor.

9.1 Inwieweit gewährleisten die staatlichen Instanzen eindeutig definierte Rechte an Privateigentum sowie die Regulierung des Eigentumserwerbs?

9.2 Inwieweit sind privatwirtschaftliche Unternehmen zugelassen? Erfolgt eine marktkonforme Privatisierung staatlicher Unternehmen?

10. *Sozialordnung*: Die sozialen Kosten des kapitalistischen Wirtschaftssystems werden durch tragfähige Ausgleichsarrangements kompensiert?

10.1 Inwieweit existieren soziale Netze zur Kompensation von Armut und anderen Risiken (Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Invalidität)?

10.2 Inwieweit ist Chancengleichheit gegeben?

11. *Leistungsstärke der Volkswirtschaft*: Die Leistungskraft der Volkswirtschaft weist auf ein solides Wachstum hin.

11.1 Wie leistungsstark ist die Volkswirtschaft, gemessen an makroökonomischen Indikatoren?

12. *Nachhaltigkeit*: Das volkswirtschaftliche Wachstum ist sozial ausgewogen, umweltverträglich und zukunftsorientiert.

12.1 Inwieweit werden Umweltbelange volks- und betriebswirtschaftlich berücksichtigt?

12.2 Inwieweit sind solide Einrichtungen für Schule, Aus- und Weiterbildung sowie für Forschung und Entwicklung vorhanden?

Management-Index

Die Management-Leistung ergibt sich aus dem Mittelwert folgender Kriterien: Gestaltungsfähigkeit, Ressourceneffizienz, Konsensbildung und internationale Zusammenarbeit. Der Schwierigkeitsgrad der politischen Transformation errechnet sich aus sechs Indikatoren: strukturelle Rahmenbedingungen, zivilgesellschaftliche Traditionen, Intensität gesellschaftlicher Konflikte, Bildungsniveau, Wirtschaftsleistung und die institutionelle Kapazität eines Landes.

Managementleistung: Kriterien und Fragen

13. Schwierigkeitsgrad

- 13.1 Inwieweit schränken strukturelle Probleme die Steuerungsfähigkeit der politischen Führung ein?
- 13.2 Inwieweit bestehen zivilgesellschaftliche Traditionen?
- 13.3 Wie tief greifend sind ethnische, religiöse und gesellschaftliche Konflikte?
- 13.4 Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen zu Kaufkraftparitäten (2005)
- 13.5 UN-Bildungsindex als Maß für das Bildungsniveau
- 13.6 Staatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit
(Mittelwert der BTI – Kriterienbewertungen)

14. Gestaltungsfähigkeit: Die politische Führung steuert die Reformen in effektiver Weise und kann ihre Prioritäten umsetzen.

- 14.1 Inwieweit setzt die politische Führung strategische Prioritäten und verfolgt sie kontinuierlich?
- 14.2 Wie erfolgreich setzt die Regierung ihre Reformpolitik um?
- 14.3 Wie flexibel, innovativ und lernfähig ist die politische Führung?

15. Ressourceneffizienz: Die Regierung nutzt die Ressourcen auf optimale Weise.

- 15.1 Inwieweit nutzt die Regierung die verfügbaren ökonomischen und Humanressourcen in effizienter Weise?
- 15.2 Inwieweit kann die Regierung gegenläufige Ziele miteinander koordinieren und eine kohärente Politik formulieren?
- 15.3 Inwieweit kann die Regierung erfolgreich die Korruption einschränken?

16. Konsensbildung: Die politische Führung stellt einen breiten Konsens mit anderen gesellschaftlichen Akteuren über die Reformen her, ohne ihre Reformziele aufzugeben.

16.1 Inwieweit stimmen die wesentlichen politischen Akteure darin überein, Marktwirtschaft und Demokratie als strategische, langfristige Ziele anzustreben?

16.2 Inwieweit können die Reformer antidemokratische Veto-Akteure ausschließen oder einbinden?

16.3 Inwieweit geht die Regierung mit politischen Differenzen so um, dass sie nicht zu schweren Konflikten eskalieren?

16.4 Inwieweit ermöglicht die politische Führung die Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Prozess?

16.5 Inwieweit kann die politische Führung eine Versöhnung zwischen Opfern und Tätern vergangener Unrechtstaten herbeiführen?

17. Internationale Zusammenarbeit: Die politischen Akteure sind bereit, mit externen Unterstützern und Organisationen sowie mit Nachbarstaaten zu kooperieren.

17.1 Inwieweit nutzt die politische Führung die Hilfen internationaler Partner, um ihre Reformpolitiken zu verbessern?

17.2 Inwieweit agiert die Regierung als glaubwürdiger und verlässlicher Partner in ihren Beziehungen mit der internationalen Staatengemeinschaft?

17.3 Inwieweit ist die politische Führung zur Kooperation mit Nachbarstaaten in regionalen und internationalen Organisationen bereit?

Anhang II: Freedom House

1. Berechnung der Ratings:

Die Berechnung der Ratings basiert auf einem Fragenkatalog von zehn Fragen zur politischen und fünfzehn zur bürgerlichen Freiheit. Jede Frage erhält 0 bis 4 Punkte, wobei 4 die höchste und 0 die niedrigste Punktzahl ist. Somit ist in der Dimension der politischen Freiheit 40 die bestmögliche erreichbare Gesamtpunktzahl, bei den bürgerlichen Freiheiten ist es 60. Die Berechnung der Ratings erfolgt nach folgender Tabelle:

Politische Rechte		Bürgerliche Rechte	
Gesamtpunktzahl	Rating	Gesamtpunktzahl	Rating
36-40	1	53-60	1
30-35	2	44-52	2
24-29	3	35-43	3
18-23	4	26-34	4
12-17	5	17-25	5
6-11	6	8-16	6
0-5	7	0-7	7

Quelle: Freedom House: *Freedom in the World 2008*: Methodolgy. Online in Internet: URL: http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=341&year=2008
[Stand: 09.01.2009]

2. Definition der Ratings

In der folgenden Aufzählung wird beschrieben, was die einzelnen Ratings konkret bedeuten.

Politische Rechte

Mit 1 geratet - Länder und Gebiete, die mit einer 1 im Bezug auf ihre politischen Rechte geratet werden, kommen den in der Prüfliste dargestellten Freiheiten, beginnend mit freien und demokratischen Wahlen, am nächsten. Die gewählten verfügen über exekutive Macht, konkurrierende Parteien oder weitere politische Gruppierungen sind vorhanden und die Opposition spielt eine bedeutende Rolle und hat tatsächliche Macht. Minderheiten sind in der Lage, sich angemessen selbst zu verwalten oder können über informellen Konsens an der Regierung teilnehmen.

Mit 2 geratet - Länder und Gebiete, die mit einer 2 im Bezug auf ihre politischen Rechte geratet werden, sind weniger freiheitlich als solche, die mit einer 1 geratet wurden. Faktoren wie politische Korruption, Gewalt, politische Diskriminierung von Minderheiten sowie ausländischer oder militärischer Einfluss auf die Politik können vorhanden sein und schwächen das Maß der Freiheit.

Mit 3, 4, 5 geratet - Die gleichen Bedingungen, die auch die Freiheit in Ländern und Gebieten untergraben, die mit einer 2 geratet wurden, können auch die politischen Rechte in solchen Ländern und Gebieten schwächen, die ein Rating von 3,4 oder 5 haben. Weitere schädliche Elemente können Bürgerkrieg, weit reichender militärischer Einfluss in die politischen Kreise, andauernde monarchische Macht, undemokratische Wahlen und die Dominanz einer politischen Partei sein. Nichtsdestotrotz genießen Länder und Gebiete in diesen Kategorien noch Elemente politischer Rechte, die Möglichkeit, quasi-politische Gruppierungen zu organisieren, angemessen freie Referenda durchzuführen oder weitere signifikante Produkte bürgerlichen Einflusses auf die Regierung mit eingeschlossen.

Mit 6 geratet - Länder und Gebiete, die mit einer 6 im Bezug auf ihre politischen Rechte geratet werden, weisen Systeme auf, die von Militärregimes, 1-Parteien Diktaturen, religiösen Hierarchien oder Autokraten regiert werden. In diesen Regimes kann es vorkommen, dass nur ein minimales Maß an politischen Rechten vorhanden ist, so wie ein gewisser Grad an Repräsentation oder Autonomie der Minderheiten. Einige wenige Staaten sind traditionelle Monarchien, die den relativen Mangel an politischen Rechten durch Konsultation ihrer Staatsangehörigen, Toleranz gegenüber politischem Diskurs und Akzeptanz öffentlicher Petitionen lindern.

Mit 7 geratet - Für Länder und Gebiete mit einem Rating von 7 sind politische Rechte nahezu nicht existent als ein Resultat der extrem repressiven Natur des Regimes oder dienen der Repression im Zuge eines Bürgerkriegs. Staaten und Gebiete in dieser Gruppe können auch von extremer Gewalt oder der Herrschaft eines Kriegsherren, die die politische Macht in Abwesenheit einer verlässlichen, funktionierenden zentralen Regierung dominiert, gekennzeichnet sein.

Bürgerliche Freiheit

Mit 1 geratet - Länder und Gebiete, die mit einer 1 geratet werden, kommen den in der Prüfliste dargestellten bürgerlichen Freiheiten, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Ausbildungs- sowie Religionsfreiheit am nächsten. Sie zeichnen sich durch ein

fundiertes und allgemein faires Rechtsstaatssystem aus. Länder und Gebiete mit diesem Rating genießen freie wirtschaftliche Aktivität und trachten nach Chancengleichheit.

Mit 2 geratet - Länder und Gebiete mit einem Rating von 2 weisen Mängel in einigen wenigen bürgerlichen Freiheiten auf, sind aber dennoch relative frei.

Mit 3, 4, 5 geratet - Länder und Gebiete, die mit einer 3,4 oder 5 geratet wurden, reichen von solchen, die zumindest teilweise die Prüflistenstandards mit einer Kombination aus hohen oder mittleren Werten in manchen Punkten und geringen oder sehr geringen Werten in anderen Kriterien erfüllen. Das Maß der Repression steigt sukzessive mit jedem Rating, die Bereich der Zensur, politischer Terror und die Unterbindung von Versammlungen eingeschlossen. In vielen Fällen engagieren sich auch Staatsfeinde im Zuge des politischen Terrors und untergraben damit weitere Freiheiten.

Mit 6 geratet - Bürger in Ländern und Gebieten mit einem Rating von 6 erfahren ernsthaft eingeschränkte Rechte im Bezug auf Meinungsäußerung sowie Versammlung und es sind nahezu immer politische Inhaftierung oder andere Ausdrücke des politischen Terrors festzustellen. Diese Länder können durch einige wenige Rechte beschrieben werden, hierunter einige religiöse oder soziale Freiheiten, einige hoch beschränkte privatwirtschaftliche Aktivitäten und ein relativ freier privater Diskurs.

Mit 7 geratet - Länder und Gebiete mit einem Rating von 7 sind weitgehend unfrei und gewähren keine Freiheiten. Eine erschlagende und gerechtfertigte Angst vor Unterdrückung charakterisieren diese Gesellschaften. Länder und Gebiete haben im Allgemeinen Ratings im Bezug auf ihre politischen Rechte und ihre bürgerliche Freiheit, die sich gegenseitig bedingen. Ohne eine gut entwickelte Zivilgesellschaft, ist es schwer, wenn nicht sogar unmöglich, eine Atmosphäre vorzuweisen, die politische Rechte unterstützt. Folglich erzielt kein Land in der Untersuchung ein Rating von 6 oder 7 im Bezug auf bürgerliche Freiheit und zur selben Zeit ein Rating von 1 oder 2 im Bezug auf politische Rechte, oder umgekehrt.

Lebenslauf

Zur Person

Julia Marlene Kammerer geboren am 2. April 1983
in Ebersberg, ledig

Schulbildung

Juni 2003

Abitur am Maria-Theresia Gymnasium in München
Leistungskurse: Deutsch; Englisch

Studium

Seit Oktober 2003

Studium der Politischen Wissenschaften an der
Universität München (LMU)
Nebenfächer: Volkswirtschaftslehre, Arbeits- und
Organisationspsychologie

Seit Oktober 2005

Teilnahme am Praxisprogramm „Student und Ar-
beitsmarkt mit den Kursen:
EDV (absolviert März 2006)
BWL (absolviert Juli 2006)
Öffentlichkeitsarbeit (absolviert Februar 2007)

Februar 2006

Zwischenprüfung

Seit Oktober 2008

Verfassen der Magisterarbeit, Abgabe am
31.03.2008
Thema: Ist liberale Demokratie ein regionales Phä-
nomen? Der Aufstieg von nicht-demokratischen
Regierungssystemen durch den Einfluss regionaler
Wirtschaftsintegration.

Juli 2009

Voraussichtlich Abschluss des Studiums

Praktika

Februar-April 2007

Praktikum bei der Willy-Brandt-Stiftung in Berlin
im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Mitarbeit bei der
Vorbereitung der Dauerausstellung für das Willy
Brandt Haus in Lübeck

Nebentätigkeiten

1999

Aushilfe im Verkauf von Lederwarengeschäft
Hetzenecker in München, 6 Monate

2001-2002

Aushilfe als Servicekraft in der Gaststätte Leo`s
Lounge
München

Seit 2003

Aushilfe als Servicekraft in der Gaststätte
Bobolovsky' s in München

Berufliche Erfahrung

*September 2006-
September 2007*
München

Werkstudententätigkeit bei ORACLE GmbH Mün-
chen
im Bereich Development, Qualitätssicherung im
Rahmen des Projekts Global Payroll Germany und
Global Payroll Switzerland

April 2008- Oktober 2008

Werkstudententätigkeit bei Siemens Financial Ser-
vices GmbH, Leitungsassistenz in der Abteilung
Treasury & Investment, Credit Warehouse

Seit Oktober 2008

Werkstudententätigkeit bei Siemens Financial
Services GmbH im Bereich Operations in der Abtei-
lung Treasury & Investment, Credit Warehouse

Sprachen

Deutsch

Muttersprache

Englisch

sicher in Wort und Schrift

Französisch

Schulkenntnisse 5 Jahre
Auffrischkurs an der Universität 2004-2006
Zweiwöchige Sprachreise nach Bordeaux 2005

Spanisch

Sprachniveau B2, Kurs an der Universität seit 2006

EDV

Sicherer Umgang mit dem Microsoft Office-Paket,
der Windowsoberfläche und dem Internet, erste Er-
fahrungen mit SAP

Interessen

Wirtschaft, Politik, Literatur, Yoga und Musik

Ehrenamtliche
Tätigkeiten

9. – 11. Schuljahr Tutorin für die Unterstufe

München, der 31.03.2009

Marlene Kammerer

Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Magisterarbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Magisterarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

München, der 31.03.2009

Marlene Kammerer